



# AIB

2V 7426 E

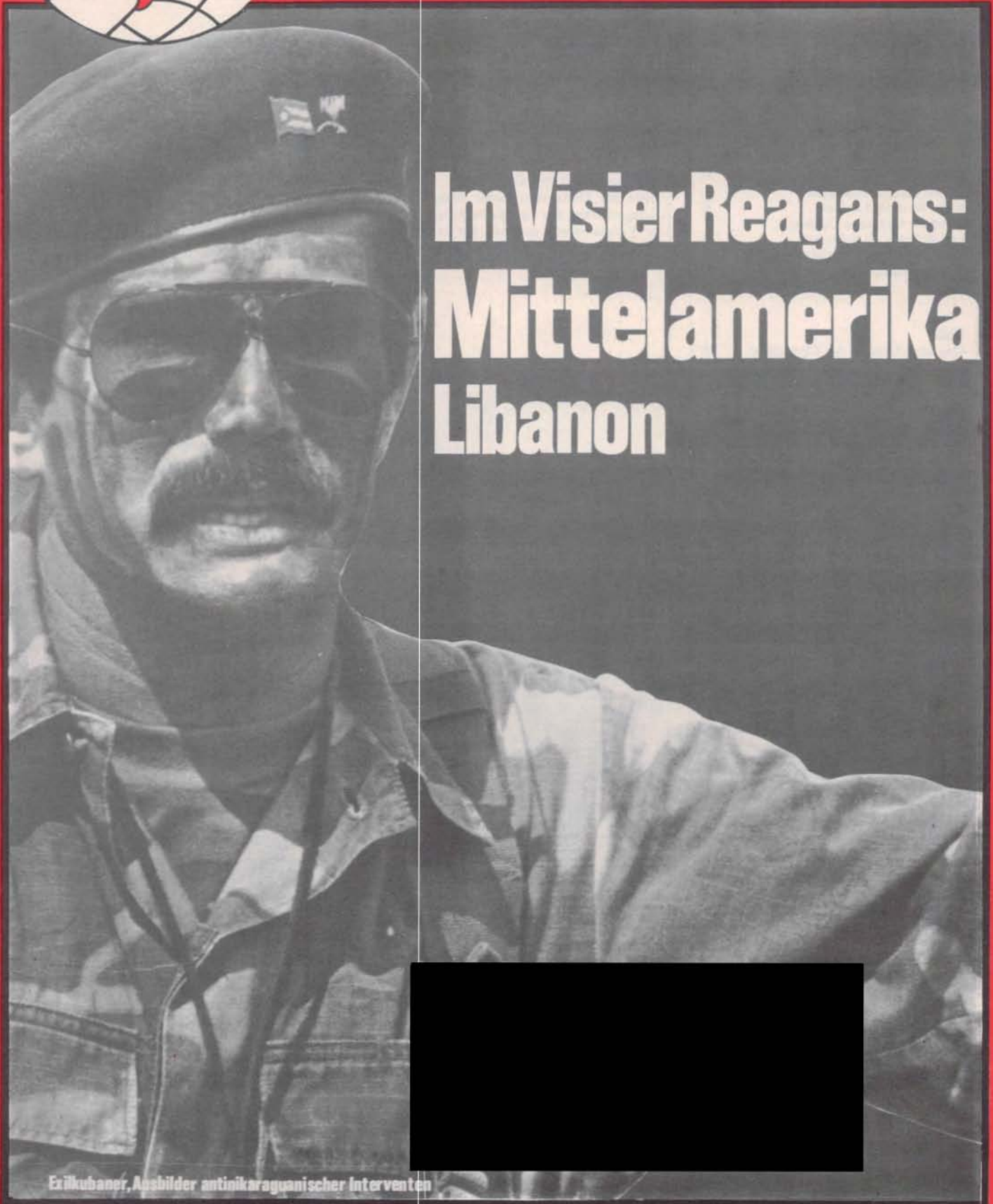
2,50 DM

Oktober

10/1982

13. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin



## Im Visier Reagans: Mittelamerika Libanon

Exilkubaner, Apsbilder antinikaraguanischer Interventionen

## Inhalt

**AIB-Aktuell:**  
Israels Libanonkrieg und wir 3

### Mittelamerika

Reagan regionalisiert  
den Kriegszustand 4  
Daniel Ortega: Reagan ist für die  
Eskalation verantwortlich 6  
Carlos Rafael Rodriguez:  
Kuba ist unverkäuflich 8  
Salvador Cayetano Carpio:  
Der Krieg in El Salvador 9  
Honduras' Linke macht mobil 13  
Wirtschaftssanierung à la Reagan 14

### Chile

Das neue Gesicht der Opposition 16

### Libanon

Wie weiter nach dem Abzug  
der PLO aus Beirut? 19  
Gerhard Stuby: Israels Libanon-  
praktiken erfüllen den Tatbestand  
des Völkermords 28  
Begins „humane Kriegführung“ 30  
Der Standort der BRD/EG zu Israel 32

### Südliches Afrika

Südafrikas „totaler Krieg“  
gegen die Frontstaaten 34

### Bundesrepublik – Afrika

Das Horn von Afrika im Visier  
der Friedrich-Ebert-Stiftung 36

### Ost-Timor

Der lebende Zaun 38

### Befreiungskampf

Che Guevara – der neue Mensch 40

**Rückblick:** Aufstand der  
„Mau Mau“ 43

**Rezensionen:** Vietnam/Indochina 44

**Infodienst** 45

**Kurzinformationen** 46



## Kriegsende im Libanon S.19

Mit dem Abzug der PLO-Verbände Ende August d.J. aus Beirut haben die Israelis eines ihrer Kriegsziele erreicht. Mit der Wahl des Phalangeführers Gemayel ein weiteres. Und dann kam R. Reagan am 1. September mit einer Nahost-Initiative. Wie weiter im Libanon und der Nahostregion? Über der Diskussion dieser Frage sollten die Kriegsuntaten der israelischen Invasoren nicht in Vergessenheit geraten. Sie untersucht der Bremer Völkerrechtler Prof. Gerhard Stuby.

## Mittelamerika/Karibik S.4

Ein weiteres Mal hat sich im Juli-September 1982 die Mittelamerikakrise verschärft und regional ausgeweitet. Am 11. August d.J. billigte der Senat in Washington die Entscheidung von US-Kampftroepen in die Region. Eine neue Tongking-Resolution...

Wir bringen eine Bilanz der Regionalisierung der Mittelamerikakrise, Beiträge von FMLN-Comandante Cayetano Carpio (El Salvador), Ricardo Lagos (Honduras) sowie die Positionen Nikaraguas (Daniel Ortega) und Kubas (Rafael Rodriguez).



## Südliches Afrika S.34

Fast unbeachtet blieb ein neuer südafrikanischer Krieg gegen Angola und eine Eskalation des „unerklärten Krieges“ gegen Moçambique und Zimbabwe. Wächst die „totale Strategie“ des südafrikanischen Premierministers P. Botha in einen „totalen Krieg“ gegen die Frontstaaten hinüber?



## Che Guevara S.40

15 Jahre nach der Ermordung Che Guevaras in Bolivien ist die vom Symbol „Che“ ausgehende Faszination ungebrochen. War Che ein „Aussteiger“? Kann er gegen das heutige revolutionäre Kuba beansprucht werden?

## Impressum

Das AIB erscheint monatlich. **Jahresabonnement** (inklusive Porto): Inland 25,— DM; Ausland normal 30,— DM, Luftpost Europa 35,— DM, übrige Länder 50,— DM; Förderabos 50,— DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 4,50 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung

**Verlag:** Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund  
**Druck:** Plambeck & Co., Neuss

**Anschrift** von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg, Telefon (0 64 21) 2 46 72

**Konten:** AIB-Weltkreis-Verlag, Postcheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M. oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

**Herausgeber:** Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Bröner, Dr. Jutta von Freyberg, Werner Stürmann, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Uwe Knickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

**Redaktionskollektiv:** Nico Biver, Wolfram Bröner (verantwortlich), Rainer Falk, Andreas Krajczek, Hans-Erich Schäfer

**Mitarbeiter:** A. J. Arndt, B. Brinkmann, H. Denk, P. Grund, M. Hofmann, L. Lübber-Pistofidis, P. Maaskola, J. Ostrowsky, U. Rupp, L. Schmitz, B. Weng

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.

Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion.  
Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusage von zwei Belegexemplaren gestattet.

**Adressenänderung** bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

**Redaktionsschluß:** 3. September 1982

**Anzeigen:** Konkret, Hammer/Jugenddienst Verlag, Magazin Verlag, Chile-Komitee Marburg, ASK, Lamuv Verlag, Plambeck, Deutsche Volkszeitung

# AIB-Aktuell: Israels Libanonkrieg und wir

Mehr als zwei Monate brauchte die Bundesregierung, bevor ihr die ersten deutlichen Worte der Distanzierung von der israelischen Kriegsführung im Libanon über die Lippen kamen. Bundeskanzler Helmut Schmidt äußerte gegenüber der Welt vom 14./15. August 1982, daß Israel im Zuge seiner Dauerbombardierung Westbeiruts unnötigerweise den Tod von Zivilisten herbeigeführt und gegen die Menschenwürde verstoßen habe.

Zugleich aber brachte der Bundeskanzler wie eh und je „Verständnis“ für die Israelis auf – wie für die Palästinenser, Libanesen, Syrer und die arabischen Randbeteiligten. „Verständnis“ gleichermaßen für jene, die sich flagranter Verletzungen des Völkerrechts schuldig gemacht haben, wie für ihre Opfer, die 40.000 Toten und 100.000 verwundeten Libanesen und Palästinenser? „Verständnis“ gleichermaßen für jene, die – laut einer Internationalen Untersuchungskommission zum Libanonkrieg (siehe Beitrag von G. Stuby) – die Tatbestände der Aggression und des Völkermords erfüllen, wie für die libanesisch-palästinensischen Verteidiger eines halbokkupierten Landes, die von ihrem völkerrechtlich verbrieften Recht auf Widerstand Gebrauch machen?

Was Bonn wieder einmal schuldig blieb, war eine unmißverständliche Verurteilung des Aggressors, waren praktische Konsequenzen gegen Israel, mit denen man doch zuvor im Falkland/Malwinenkrieg – mit Wirtschaftssanktionen – gegen Argentinien nicht gezögert hatte. Solche Maßnahmen gegen Israel seitens der Bundesrepublik (sie ist Israels Handelspartner Nr. 2) und der EG wären ausgesprochen wirksam, da ihr Anteil an israelischen Gesamtexporten um die 45% ausmacht, verglichen mit rund 25% der USA. Bei den Importen Israels ist dieses Verhältnis ähnlich. (Bfa-Mitteilungen, Weltwirtschaft zur Jahresmitte 1982, Israel, Juli 1982)

Innerhalb der EG gibt es auch Kräfte, die angesichts der Unnachgiebigkeit Israels in der Palästinenserfrage und seiner Libanonkriegsführung auch tatsächlich für Sanktionsschritte eintreten, allen voran Griechenland, das inzwischen als erster Staat Westeuropas die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) anerkannte.

Die sozialliberale Bundesregierung hat zwar gelegentlich auch – besonders wenn es um große Geschäfte mit arabischen Ölmächten ging – das „Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser“ im Munde geführt. Aber zugleich stimmte sie Lobeshymnen auf den Separatfriedensprozeß der USA, Israels und Ägyptens von Camp David (September 1978) an, der doch eben dieses Selbstbestimmungsrecht zu eliminieren trachtet, der den von der UNO anerkannten Anspruch der Palästinenser auf einen eigenen Staat verneint. Die Bundesregierung zog auch keinerlei Konsequenzen aus den dreisten Völkerrechtsbrüchen der Regierung Begin 1980/81, als diese nacheinander Ostjerusalem und die syrischen Golanhöhen annektierte.

## Bonn blockt EG-Sanktionen

Mehr noch, als Anfang Juni d.J. Außenminister Hans-Dietrich Genscher von einem Besuch in Israel zurückkehrte, tat er „Sympathie“ für seine Gastgeber kund. Nachdem die „sympathische“ Regierung Begin am 6. Juni 1982 ihren Angriffskrieg gegen den Libanon und die dorthin vertriebenen Palästinenser angeordnet hatte, herrschte in Bonn vornehmes Schweigen.

Hinter den Kulissen freilich zeigte sich die Bundesregierung tatkräftig. Sie vereitelte innerhalb der EG sowohl eine Verurteilung Israels als auch die Verhängung von Sanktionen (zur Veränderung EG-Nahostposition siehe S. 32-33). Und als am 19. August d.J. die UN-Sondervollversammlung zu Palästina in New York in einer Resolution mit 120 : 2 Stimmen (Gegenstimmen: USA, Israel), bei 20 Enthaltungen, Israel wegen seines Nichtabzuges aus dem Libanon verurteilte und ihm im Fall der weiteren Nichtbefolgung der UN-Sicherheitsratsentscheide (Wortlaut siehe AIB 9/1982, S.5) Sanktionen androhte, enthielt sich die Bonner Vertretung der Stimme.

Trotz aller Sonntagsreden von einer „Ausgewogenheit“ der bundesdeutschen Nahostpolitik hält die Bundesregierung faktisch an ihrer traditionell einseitigen Parteinahme für das expansionslüsterne Israel fest. Eben deshalb ergibt sich eine besondere Verantwortlichkeit der Regierenden in Bonn am Schicksal der 4,5 Mio Palästinenser, die durch die Kriegsverbrechen Israels und durch deren Stützung seitens der Westmächte zu einem Volk von Vertriebenen, Verfolgten und Unterdrückten wurden. Die BRD hat zu Israels Stärkpolitik den drittgrößten Beitrag an Wirtschaftshilfe überhaupt – neben den USA und dem Weltjudentum – in einer Höhe von bislang über 8 Mrd DM geleistet. Hinzu kommt eine insgeheime unentgeltliche Waffenhilfe



Bonn in den 50er/60er Jahren an Israel in Höhe von 500 Mio Dollar, die Tel Aviv zu seinem Eroberungskrieg im Juni 1967 ermuntern half. In jenem Blitzkrieg ergriffen Bundesregierung, Bundestagsparteien und hiesige Massenmedien nahezu ausnahmslos Partei für den Aggressor, ja kam Jubelstimmung auf.

Bei Israels Libanonkrieg des Jahres 1982 regte sich in einem Teil der Massenmedien Kritik. Verschiedentlich wurde der Regierung Begin das Recht abgesprochen, die israelischen Verbrechen an Palästinensern und Libanesen mit dem Holocaust des Hitlerfaschismus an Mio Juden zu legitimieren. Vereinzelt wurde ferner festgestellt, daß die zahlreichen hiesigen Protestaktionen gegen den Libanonkrieg Israels, darunter die Demonstrationen der 7.000 am 21. August d.J. in Frankfurt oder von Tausenden am 25. September in Bonn, Widerstand gegen die Kriegsverbrechen der zionistischen Regierung Begin sind und nichts mit Antisemitismus gemein haben.

Aber das Gros der bundesdeutschen Medienlandschaft erstattete beschönigend über die Libanonzerie und die Vorgehensweise der Invasoren Bericht. Vor allem: Sie lenkten davon ab, daß der unverzügliche Abzug Israels aus dem Libanon, und nicht etwa der der PLO, weltweit und vom UN-Sicherheitsrat gefordert war. Sie verniedlichten den israelischen Bomben- und Vernichtungskrieg gegen die libanesisch-palästinensische Zivilbevölkerung. Und sie suchten obendrein die Reagan-Administration, die größte Stütze des Begin'schen Kriegskabinetts, als den Friedensstifter zu verkaufen.

Dennoch hat die langwierige, unmenschliche Kriegsführung Israels in diesem Libanonkrieg Teilen der bundesdeutschen Bevölkerung die Augen geöffnet. Die Forderungen nach der bedingungslosen Räumung des Libanon und der anderen besetzten Gebiete durch Israel, nach dem Stopp der Bonner Unterstützung für Israel, nach Anerkennung der PLO und Distanzierung von Camp David durch die Bundesregierung finden heute breitere Unterstützung.

Bei vielen Menschen ist das vormals gängige Israelbild erschüttert und Platz freigeräumt worden für Einsichten, wie sie der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky im Stern vom 26.8.1982 zu Papier brachte:

„Hoffnung, daß Israel sich ändert, daß es kompromißbereit wird, gibt es kaum... Heute sind Arafat und die PLO in aller Munde – man weiß, daß man mit ihm verhandeln muß... Israel aber steht moralisch entblößt da, seine Machthaber haben ihr wahres Gesicht gezeigt. Der Krieg im Libanon hat Israel jene Sympathien und Unterstützung gekostet, die es in den letzten Jahrzehnten erhalten hat. Vor dem Wahnsinn seiner führenden Leute, die sich nur auf ihre Waffen verlassen, fürchtet sich die Welt.

Mit diesem Israel will ich nichts mehr zu tun haben... Ich werde überall, wo ich kann, diesen Standpunkt vertreten. Auch in der Sozialistischen Internationale. Die hat eigentlich nie wirklich Farbe bekannt. Es sind gigantische Verbrechen geschehen, und wer hier schweigt, macht sich mitschuldig.“

Und wann eigentlich wollen H. Schmidt, H.D. Genscher, SPD, FDP und CDU/CSU „Farbe bekennen“, wenn nicht einmal angesichts der israelischen Kriegsverbrechen im Libanon?

Wolfram Brönner

## Die Reagan-Administration regionalisiert den Kriegszustand



Ein Dauerzustand an der Grenze Nikaragua-Honduras: von Somoza-Gardisten verwundeter Sandinist wird abtransportiert

Im Juli/August 1982 wurden in Washington die Weichen für eine weitere Eskalierung der mittelamerikanisch-karibischen Krise gestellt. Wichtige Entscheide des Abgeordnetenhauses der USA und forcierte Interventionsaktivitäten gegen die revolutionären Kräfte der Region kamen zusammen.

Am 11. August d.J. billigte eine Zweidrittelmehrheit im US-Senat eine Entschliebung, in der die Regierung Reagan ermächtigt wurde, alle von ihr für notwendig befundenen Mittel, „bewaffnete eingeschlossen“, zur Eindämmung der „marxistisch-leninistischen Subversion“ in der Region einzusetzen. Damit gab man Grünes Licht für ein Vorhaben, das von der Reagan-Administration und führenden Militärs der USA wiederholt zur unverzichtbaren militärischen Option für Mittelamerika erklärt worden war: die Entsendung von US-Kampftruppen, falls andere Gegengifte versagen sollten. Der republikanische Senator Charles Percy, der zusammen mit 27 anderen Senatoren gegen diese Resolution stimmte, bezeichnete sie als eine neue „Golf-von-Tongking-Resolution“, da sie seit langem erstmals dem Einsatz von Waffen den Vorzug einräumte.<sup>1</sup>

Ch. Percy, zugleich Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des Senats, bezog sich auf eine in den 60er Jahren zustandegekommene Senats-Entschliebung, die es dem seinerzeitigen Präsidenten L.B. Johnson ermöglichte, Angriffe der US-Armee auf die Demokratische Republik Vietnam

(DRV) anzuordnen. Damals diente eine frei erfundene „vietnamesische Bedrohung“ als Aufhänger, um Angriffe der US-Kriegsflotte am 2. und 4. August 1964 auf nordvietnamesische Schiffe in der Bucht Bac Bo (Tongking) zu rechtfertigen – das Vorspiel eines zeitweise totalen Bombenkrieges der USA gegen die DRV und des Einsatzes von bis zu 500.000 Mann der US-Armee im Spezialkrieg in Südvietnam.

Mit dem Freibrief vom 11.8.1982 für R. Reagans Konfrontationskurs kann Tongking sich morgen im Golf von Fonseca oder in karibischer Küstennähe wiederholen. Die bevorzugten Angriffsziele sind längst markiert: Nicaragua, die (teil)kontrollierten Gebiete in El Salvador und Guatemala, Kuba.<sup>2</sup>

Die besagte Senats-Resolution wurde einer Gesetzesvorlage beigefügt, die noch Mitte August d.J. die Hürde eines gemeinsamen Ausschusses von Senat und Kongreß nahm und die anschließend der Kongreß verabschiedete. Mit ihr billigten die Abgeordnetenhäuser der USA jenes Sonderhilfsprogramm, das Präsident Reagan am 24. Februar 1982 vor der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Washington als „Initiative für das Karibische Becken“<sup>3</sup> angeboten hatte. Bewilligt wurden jetzt für das im September 1982 endende Haushaltsjahr zusätzliche 350 Mio Dollar an Wirtschaftshilfe, wovon auf die verbündeten Länder des Krisenzen-

trums Mittelamerika, El Salvador (75 Mio Dollar), Kostarika (70 Mio), Honduras (17 Mio) und Guatemala (11 Mio), der größte Anteil entfiel. Hinzu kommen noch 27 Mio Dollar an außerordentlicher Militärhilfe, von der Honduras mit 10 Mio Dollar der dickste Brocken zufällt.

Obendrein billigte das Repräsentantenhaus am 11.8.1982 für das Haushaltsjahr 1983 die Bereitstellung von 5 Mio Dollar für eine spanischsprachige antikubanische Radiostation („Radio Marti“) in Florida und von 21 Mio Dollar für den Ausbau dreier Flughäfen in Honduras, die man für Militärflugzeuge der USA nutzbar machen will.

Nicht mehr als ein Wermutstropfen ist die Kürzung der von der Reagan-Administration beantragten Sonderwirtschaftshilfe 1982 für das salvadorianische Regime von 128 auf 75 Mio Dollar, nebst einer neuerlichen Sonderhilfe auf militärischem Gebiet (beantragt waren 35 Mio Dollar). Denn zum einen übersteigt die von der US-Regierung für 1982 an El Salvador vergebene Wirtschafts- und Militärhilfe auch schon 200 Mio Dollar und hatte Ronald Reagan längst, im Februar 1982, dem Sonderfonds des US-Präsidenten 55 Mio Dollar (bei einem jährlichen Gesamtvolumen von 75 Mio Dollar!) an militärischer „Sicherheitsnothilfe“ für San Salvador entnommen.<sup>4</sup>

Zum anderen hatte die Regierung in Washington über die internationalen Finanzinstitutionen, in denen die USA dominieren, vorsorglich für ausgleichende multilaterale Hilfszusagen gesorgt: Der Internationale Währungsfonds (IMF) gewährte dem salvadorianischen Regime am 16. Juli 1982 einen Kredit von 84,7 Mio Dollar, der nicht projektgebunden und daher auch für militärische Zwecke nutzbar ist. Die Interamerikanische Entwicklungsbank bereitet ein Programm für El Salvador in Höhe von immerhin 194,1 Mio Dollar vor, das zugeschnitten ist auf die Finanzierung von militärstrategisch bedeutenden Projekten (20 Mio Dollar für die Wiederinstandsetzung der Goldenen Brücke, die von der Guerilla 1981 gesprengt wurde; 30,8 Mio Dollar würden bereits für den Bau neuer Straßen in ländlichen Gebieten Chalatenangos, also in von der Guerilla kontrolliertem Gebiet bereitgestellt usw.). Und siehe da, auch für Honduras macht der IMF 55 Mio Dollar zur „Stabilisierung“ locker.<sup>5</sup> Was sich hinter diesen Zahlen verbirgt, ist einmal die neuerliche drastische Ausweitung der US-Überlebenshilfe für das salvadorianische Regime, das heute der Spitzenempfänger in ganz Lateinamerika ist. Es soll zu einem militärischen Endsieg in der Aufstandsbekämpfung befähigt werden.

Zu diesem Zweck lieferte die Regierung Reagan im Jahr 1982 20 neue Kampfhubschrauber und stationierte – laut General Wallace Nutting – in El Salvador 50 Militärberater und in Honduras gar 124. Ihr Eingreifen in den Spezialkrieg gegen das salvadorianische Volk (siehe nachstehenden Beitrag von S. Cayetano Carpio), der seit 1980 nahezu 35.000 Todesopfer kostete, ist erwiesen.

### Honduras: Kriegsspiele „ohne Grenzen“

Die Streitkräfte der USA haben ferner, laut W. Nutting, salvadorianische Militärs in einer Stärke von 1.700 im Jahr 1981 und 3.600 im ersten Halbjahr 1982 ausgebildet. Darunter finden sich jene in Fort Bragg und Fort Benning instruierten Elitetruppen „Atonal“, „Ramon Beloso“, „Atlatcatl“, die von vietnamerfahrenen „Green Berets“ (Grünmützen) für die skrupelloseste Antiguerilla-Kriegsführung getrimmt wurden.<sup>6</sup>

Bei ihren Großeinsätzen in Chalatenango, Morazan oder Usulután im Zeitraum Ende Mai bis August d.J. hatten sie jedoch alarmierende Verlustzahlen (offiziell verbuchte die Armee bis Mitte Juli d.J. mehr als 1.000 Tote!), ohne irgendwelchen Boden wettzumachen. Der Einmarsch der hon-

duranischen Armee in einer Stärke von rund 3.000 Mann am 26. Juni 1982 war eine Reaktion darauf.

Es geht jedoch um mehr als die Ausweitung des salvadorianischen Krieges auf Honduras. Zurecht betonte das Generalkommando der salvadorianischen Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) Anfang Juli d.J., daß die honduranische Invasion Teil eines größeren Interventionsplanes für Mittelamerika sei, der „die Entsendung von US-Truppen nach Mittelamerika und eine gleichzeitige Intervention in El Salvador und Nicaragua“ beinhalte.<sup>7</sup> So gesehen weist die dramatische Ausweitung der US-„Stabilisierungshilfe“ gerade auch für Honduras aus, daß dieses Land zu der Operationsbasis des regionalen Interventionismus auserkoren ist. Schließlich bringt es die Ideallage gemeinsamer Grenzen mit El Salvador, Guatemala und Nicaragua mit.

Das honduranische Regime signalisierte seinerseits nach einem Washington-Besuch von Präsident R. Suazo Cordova und Generalstabschef G. Alvarez Martínez (Mitte Juli d.J.), daß man bereitwillig in diese Rolle zu schlüpfen gedenkt. General Alvarez unterstrich dies mit einer offenen Kriegserklärung an die FMLN, der er „einen Krieg nicht mit geographischen Grenzen, sondern einen Krieg, in welchem die Grenze unsere Freiheit, unsere Demokratie, unser christlicher Glaube und unsere soziale Harmonie ist“, ansagte.<sup>8</sup>

### Von der „stillen Invasion“ zum Regionalkrieg?

Nicht von ungefähr auch häuften sich in den letzten Monaten die Kriegsspiele „ohne Grenzen“ an den honduranischen Grenzabschnitten zu Nicaragua. Die Einfälle der insgesamt 8.000 bis 10.000 Mann starken antisandinistischen Trupps (Somozagardisten, vom CIA angeheuete Miskitos, Gefolgsleute Eden Pastoras u.a.) auf nikaraguanisches Territorium nahmen im Juli d.J. sprunghaft zu. Sie gipfelten in den Versuchen, den strategisch bedeutenden Atlantikhafen Puerto Cabezas zu erobern sowie die Treibstofflager Managuas und Corintos durch Raketenbeschuß in die Luft zu jagen. Die Angriffe wurden abgeschlagen, aber rund 100 sandinistische Verteidiger und Zivilisten fanden dabei den Tod – soviel wie im gesamten vorausgegangenen Jahr zusammengekommen.

Die Intensivierung dieser und anderer „verdeckter Operationen“ gegen Nicaragua haben zu tun mit jenem CIA-Programm zur Destabilisierung des Revolutionsprozesses, für das Ronald Reagan im November 1981 einen Startetat von immerhin 19 Mio Dollar bewilligt hatte.<sup>9</sup>

Vom honduranischen Regime werden die nunmehr ständige Infiltration der Interventionstrupps auf nikaraguanisches Territorium und der ihnen zukommende Waffenstrom aus den USA nicht nur geduldet. Da wurde auch mit der Reagan-Administration vereinbart, in Grenznähe zu Nicaragua drei Flughäfen (Palmerola, Goloson, La Mesa) für die militärische Nutzung durch die US-Luftwaffe auszubauen und zwei neue Marinebasen (Caratasca, Puerto Castilla) an der Atlantikküste zu errichten.

Es versteht sich, daß diese Basen gleichermaßen die Interventionskapazitäten der Exilnikaraguaner und der ihnen hilfreichen honduranischen Armee erweitern als auch für eine mögliche Entsendung von US-Kampftruppen gegen Nicaragua das Terrain bereiten. Die gemeinsamen vierzehntägigen Militärmanöver, die die Armeen der USA und Honduras im Juli/August d.J. wiederum in Grenznähe zu Nicaragua abhielten (sie sollen im Dezember 1982 wiederholt werden), heizten den Spannungszustand an diesem Frontabschnitt Mittelamerikas zusätzlich an.<sup>10</sup>

Kein Wunder, daß der sandinistische Regierungskoordinator Daniel Ortega Saavedra davon sprach, Nicaragua widerfähre „eine stille, jedoch blutige Invasion“ und die Regierung Rea-

# Daniel Ortega Saavedra Reagan ist für die Eskalation verantwortlich



Daniel Ortega Saavedra (36), Koordinator der nikaraguanischen Regierungsjunta für den nationalen Wiederaufbau und Führungsmitglied der Sandinistischen Front der Nationalen Einheit (FSLN), stellte in einem Interview Mitte Juli d.J. die nikaraguanische Sicht der Mittelamerikakrise dar. Die Reagan-Administration wird als eigentlich verantwortlich für die aktuelle Eskalationsgefahr benannt.

FRAGE: Existiert das reale Risiko der Ausweitung des Krieges in Mittelamerika?

D. ORTEGA: Wir stehen kurz vor einem solchen Krieg in Mittelamerika. Wir haben schon angefangen, ihn zu erleben. Honduras unterstützt die, die von seinem Territorium aus in Nicaragua einfallen wollen...

FRAGE: Nach dem Somozismus, so versichern alle Beobachter, gibt es keine politische Alternative. Somoza wurde durch den Volksaufstand gestürzt. Glauben Sie nicht, daß Sie ohne Grund den Somozismus in ein Schreckgespenst verwandeln?

D. ORTEGA: Augenblicklich gibt es etwa 5.000 Somozagardisten in Honduras. Wir wissen, daß sie das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen können, da Nicaragua sie mit seiner Revolution aus dem Land geworfen hat.

Zweifellos können sie trotzdem unserem Volk viel Schaden zufügen, da sich hinter ihren Aktivitäten der Wunsch verbirgt, das honduranische Heer in einen Krieg mit Nicaragua zu verwickeln.

FRAGE: Könnten Sie das näher ausführen?

D. ORTEGA: Von Honduras aus wurden von acht Punkten aus Angriffe gegen unser Land gestartet. In Puerta Cabezas (nikaraguanische Hafenstadt am Atlantik; d. Red.) haben die Zwischenfälle 51 Tote und mehr als 20 Verwundete gefordert.

## Vertrauen in die Verteidigungsfähigkeit unseres Volkes

Der Oberbefehlshaber des honduranischen Heeres, Gustavo Alvarez, hat sich immer dadurch ausgezeichnet, daß er verlangte, Krieg gegen Nicaragua zu führen. Sie zwingen uns dazu, die honduranische Guerilla zu unterstützen.

Mit El Salvador ist das noch schlimmer. Dort setzt Honduras seine Truppen in feindlicher Haltung zur Grenze hin in Bewegung. Alle diese Operationen können mit der Unterstützung der Regierung Reagan rechnen.

FRAGE: Übertreibt die nikaraguanische Regierung nicht die Rolle Nordamerikas in der Region?

D. ORTEGA: Schauen Sie: In Honduras ist mehr als eine nordamerikanische Kompanie stationiert, die die Aggressionen gegen Nicaragua und die Destabilisierung unterstützt. Auf der nordamerikanischen Halbinsel Florida gibt es immer noch Trainingscamps der Somoza-Garde, die die Reagan-Administration als Freiheitskämpfer unterstützt, was freilich auf die salvadorianische oder guatemaltekeische Guerilla nicht angewandt wird. Wir in Nicaragua übertreiben diese Angelegenheit nicht.

FRAGE: Warum?

D. ORTEGA: Wir haben Grund zu der Annahme, daß es eine Intervention der USA in Nicaragua geben wird. Es gibt eine Geschichte nordamerikanischer Interventionen gegen unser Volk.

Die Reagan-Administration ist bereit, die nikaraguanische Revolution zu liquidieren, kürzt die Wirtschaftshilfe, sät Konfusion, indem sie die mit uns befreundeten europäischen Länder und Organisationen unter Druck setzt, und schädigt unser Image vor dem internationalen Bankwesen.

FRAGE: Welche Auswirkungen hatte dieser Druck auf die europäischen Regierungen?

D. ORTEGA: Die Reaktionen waren unterschiedlich.

FRAGE: Gab es einen Wechsel in der Haltung der Sozialistischen Internationale (SI) zur sandinistischen Revolution?

D. ORTEGA: Die nordamerikanische Regierung hat versucht, nach allen Seiten zu schlagen und einen Teil der SI verwirrt. Wir vertrauen trotzdem darauf, daß sich die Vernunft durchsetzt.

FRAGE: Bei den Problemen, denen sich Ihr Land gegenüber sieht, machen Sie die amerikanische Regierung für die meisten Übel verantwortlich. In welchem Maß schreiben Sie sich selbst die Schuld zu?

D. ORTEGA: Die Verantwortung für unsere Probleme kommt zu 100% der gegenwärtigen Haltung der Nordamerikaner zu.

Als unsere Revolution siegte, nahm Jimmy Carter trotz der Wirkung, die dies auf die konservativsten Teile hatte, uns gegenüber eine realistische und pragmatische Position ein. Die Menschenrechtslage wurde beobachtet. Es wurden Gespräche begonnen. Ich traf mich mit Carter und glaubte, daß nun die neue Ära begänne, die Nicaragua erhofft.

FRAGE: Was verhinderte diesen Prozeß?

D. ORTEGA: Der Sieg von Reagan war maßgeblich dafür, daß die Verhandlungsmöglichkeiten eingeschränkt und die Risiken der Destabilisierung der Zone vermehrt wurden. Natürlich will sich Nicaragua mit der nordamerikanischen Regierung an einen Tisch setzen, aber Washington stellt unannehmbare Bedingungen im Vorhinein.

Um unseren Vorschlag zu verwirklichen, schlagen wir vor, mit einem Vermittlerland (Mexiko, Venezuela, Frankreich oder Spanien) als Zeugen alle Streitpunkte nochmals durchzugehen und zu klären und eine normale Situation in unseren Beziehungen zu erreichen. Bis jetzt hatten wir keinen Erfolg. (...)

FRAGE: Eden Pastora spricht von Regierungskorruption in Managua. Was ist Ihre Meinung dazu?

D. ORTEGA: Diese Vorwürfe sind leicht auszuposaunen, aber schwer zu beweisen. Er selbst weiß, daß er lügt. Jedes menschliche Wesen, das Macht erlangt, kann der Korruption verfallen, aber in Nicaragua unterhalten wir ein ständiges Überwachungssystem, um das zu vermeiden.

In Bezug auf das, was er darüber gesagt hat, wir würden Mercedes Benz fahren: Ich finde es nicht schlimm, gute Autos wie diese zu benutzen, die in Nicaragua bereits vorhanden waren.

FRAGE: Die Vereinigten Staaten werfen Nicaragua vor, einen gefährlichen und überproportionalen Rüstungswettlauf begonnen zu haben. Was denken Sie darüber?

D. ORTEGA: Das alles dient dazu, uns als superbewaffnetes Land hinzustellen, dessen Regierung nicht auf die Unterstützung des Volkes rechnet. Bis heute hat Nicaragua keine Luftwaffe. Sie haben behauptet, wir hätten MIGs und ich weiß nicht was noch.

Wir haben sehr bescheidene technische Mittel. Was wir haben, ist das Vertrauen und die Kampfkraft unseres Volkes, sowie die Möglichkeit, es zu bewaffnen, wenn es nötig ist. Nicaragua behält sich das Recht vor, sich eigenständig zu bewaffnen und seine Revolution zu verteidigen.

FRAGE: Es wird versichert, daß sich Ihr Land mit der Welt des Sozialismus verbündet habe. Wie sind die Beziehungen zwischen Ihrem Land und dem Osten?

D. ORTEGA: Wenn wir so mit dem Osten verbunden wären, läge uns nicht so viel daran, unsere Beziehungen zu Spanien, Frankreich, Mexiko oder Venezuela auszubauen, um einige Beispiele zu nennen. Um unsere Politik der Nichtpaktgebundenheit beizubehalten, müssen wir pluralistische wirtschaftliche, militärische und politische Unterstützung suchen. Wir haben wiederholt unseren Wunsch geäußert, mit den USA gute Beziehungen aufrechtzuerhalten.

Die UdSSR hat Nicaragua gegenüber eine sehr respektvolle Haltung eingenommen, keine Bedingungen für ihre Hilfe gestellt, und sie respektiert unsere Position. Unsere Beziehungen zur UdSSR, ebenso wie die zu Spanien, Venezuela, Mexiko und Frankreich, sind beispielhaft.

FRAGE: Und beispielhafte Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu haben, würde heißen, keine beispielhaften Beziehungen zur UdSSR zu unterhalten?

D. ORTEGA: Wir können keine Bedingungen dieses Typs akzeptieren. In dem Moment, wo Bedingungen auftauchen, können wir keine Politik der Nichtpaktgebundenheit mehr durchführen.

(Quelle: El Pais, Madrid, 15.7.1982)

gan steuere offenbar darauf zu, in Kürze den Ausbruch eines regulären Krieges zwischen Honduras und Nicaragua zu provozieren. Falls Nicaragua dann einen Angriff Honduras' mit militärischer Gegenwehr beantworten würde, könnten die USA argumentieren, „sie hätten das Recht, Truppen zur Unterstützung ihrer Freunde zu entsenden“.<sup>11</sup>

Ganz gleich, ob eine solche Kriegseskalation von El Salvador oder Nicaragua ausginge, sie drohte so oder so auf die mittelamerikanischen Anrainerstaaten überzugreifen. Dafür dürfte schon die im Januar 1982 auf Betreiben der USA gegründete Demokratische Gemeinschaft Mittelamerikas sorgen, der Honduras, El Salvador, Kostarika und neuerdings auch – seit Juli d.J. – Guatemala angehören.

Die Allianz wandte sich von Anbeginn scharf gegen Nicaragua und fixierte vertraglich, daß „jedes Mitgliedsland das Recht habe, auf kollektive Sicherheitsmaßnahmen zurückzugreifen“.<sup>12</sup> Eine ideale Grundlage für Einmarschaktionen wie sie die honduranische Armee bereits am 26. Juni 1982 gegen die salvadorianische Befreiungsbewegung vorexerzierte.



US-Militärberater bei der Ausbildung von Fallschirmjägern in Honduras

Mit dem großen Einstieg der honduranischen Streitkräfte in El Salvador, der Erweiterung der „stillen Invasion“ Nikaraguas und mit dem Votum des US-Senats vom 11. August d.J., gegebenenfalls eigene Kampftruppen ins Karibische Becken zu entsenden, sind die ersten Schritte einer Regionalisierung des Kriegszustandes getan. Unter dem abgelehnten Vorwand, Nicaragua und Kuba müßten vorab erst einmal ihrer Unterstützung für die FMLN abschwören, blockte die Reagan-Administration bislang jeden Ansatz eines Verhandlungsprozesses für eine politische Lösung der regionalen Krise ab.

Eben dies hatte Mexiko im Februar 1982 in einer übergreifenden Friedensinitiative<sup>13</sup> vorgeschlagen, und damit Gegenliebe bei den Konfliktparteien Nicaragua, Kuba und den salvadorianischen Befreiungsfronten FMLN/FDR (Demokratisch-Revolutionäre Front) gefunden. Washington hatte die Vermittlerdienste Mexikos zwar nicht vollkommen ausgeschlagen, aber jedwedes Verhandlungsergebnis mit Kuba, Nicaragua vereitelt (siehe Interviews mit Daniel Ortega und C. Rafael Rodriguez), politische Verhandlungen mit der FMLN/FDR von sich gewiesen und unterdessen seine Interventionsaktivitäten noch verstärkt.

Daß die Regierung Reagan an realen Entspannungsschritten gar nicht interessiert ist, hatte sie schon am 2. April 1982 mit ihrem Verhalten im UN-Sicherheitsrat offenbart. Vor dem Weltforum legten die USA ihr Veto ein gegen einen Resolutionsantrag (S/14941) zur Lage in Mittelamerika und der Karibik, der alle Beteiligten dazu aufrief, „sich der direkten, indirekten, offenen oder versteckten Anwendung von Gewalt gegen irgendein Land Mittelamerikas und der Karibik zu enthalten“ (Punkt 3) und sich „dem Dialog und der Verhandlung zuzuwenden, und ... bei der Bemühung um

eine friedliche Lösung der Probleme Mittelamerikas und der Karibik mitzuhelfen“ (Punkt 4).<sup>14</sup>

Die Alternative Washingtons aber kann, angesichts der realen Gegenmacht der revolutionären Kräfte der Region, kaum anders als militärische „Endlösung“, also Krieg heißen.

Und die Bundesregierung? Sie hat mit ihrer Entscheidung vom 16. Juni d.J., der Armee von Honduras erstmals 2 Mio DM an Ausrüstungshilfe für eine verbesserte „Grenzkontrolle“<sup>15</sup> zu gewähren, Kriegsbeihilfe zugesagt.

## Hilfen aus Bonn für die Interventen

Gleiches gilt für die – bislang unbeachteten – bundesdeutschen Anteile an Kreditvergaben, die der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und die Internationale Entwicklungsbank allein für das Jahr 1982 an die Völkermordregimes von El Salvador und Guatemala leisten, in Höhe von immerhin 30 Mio DM. 1980/81 ließ Bonn auf diesem Schleichweg der salvadorianischen Junta bereits 10 Mio DM zufließen.<sup>16</sup>

Andererseits hat sich die Bundesregierung noch immer nicht – wie etwa Frankreich, Griechenland, Holland u.a. – gegen den Reagan'schen Spannungskurs und für die regionalen Friedensvorschläge Mexikos ausgesprochen. Bonn wird damit zunehmend mitverantwortlich dafür, daß Washington die weltfriedensgefährdende Krise in Mittelamerika und der Karibik zügig weiter eskaliert.

Oder sollten in der Bundeshauptstadt die Warnungen des demokratischen US-Abgeordneten Christopher Dodd nicht durchgedrungen sein? Der Senator erklärte am 3. August 1982 nach einer vertraulichen Sitzung des Senats, auf der der Geheimdienst CIA einen Lagebericht zu Mittelamerika gegeben hatte: „Ich würde mich nicht wundern, wenn Reagan in einem halben oder einem Jahr vom Kongreß die Genehmigung für die Entsendung nordamerikanischer Truppen nach El Salvador verlangte. Ich glaube, daß der Krieg sich ausweiten wird und daß er (neben El Salvador; d. Red.) Guatemala, Honduras und Nicaragua erfassen wird.“<sup>17</sup>

Mit der „Tongking-Resolution“ des US-Senats vom 11. August 1982 könnte die Regierung Reagan diese Voraussage früher oder später wahr machen, sei es gegen die salvadorianische Befreiungsbewegung, Nicaragua oder Kuba.

### Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Latin America Weekly Report (LAWR), London, 20.8.1982 und Le Monde (LM), Paris, 19.8.1982
- 2) Siehe AIB-Sonderheft 1/1982, S. 10-13 und AIB 4/1982, S. 8ff.
- 3) Wortlaut: ebenda, S. 6-7
- 4) Daten nach: LAWR, a.a.O. und 23.7.1982; International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 17.8.1982; LM, 19.8.1982; Latin America Regional Reports, Caribbean (LARRC), London, 20.8.1982; Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 23.8.1982
- 5) Daten nach: CounterSpy, Washington, Jg. 7, Nr.1, Sept.-Nov. 1982, S. 42ff. und IDES, Berlin-West, Nr. 98/20.8.1982
- 6) Vgl. SALPRESS. Boletín Semanal, Mexiko-Stadt, Nr. 38/31.7.-6.8.1982 und AFP, Washington, 30.7.1982
- 7) SALPRESS..., Nr. 34/3.-9.7.1982
- 8) LAWR, 23.7.1982
- 9) Siehe ausführlich in: AIB 5/1982, S. 10-14; AIB 4/1982, S. 8-11 und AIB 7-8/1982, S. 10-14
- 10) Daten nach: LAWR, 30.7. und 20.8.1982; IHT, 6. und 17.8.1982
- 11) Zit. nach: Time, New York, 2.8.1982 und IHT, 30.8.1982
- 12) Zit. nach: SALPRESS..., Nr. 35/10.-16.7.1982
- 13) Siehe ausführlich: AIB 4/1982, S. 8-11
- 14) Vereinte Nationen, Bonn, Nr. 4/1982, S. 147
- 15) So die Begründung von Staatsministerin H. Hamm-Brücher. Der Spiegel, Hamburg, 2.8.1982
- 16) Eine Aufschlüsselung der Bonner Beteiligung an internationalen Krediten für El Salvador, Guatemala usw. findet sich in: ila-info, Bonn, Nr. 58/August 1982, S. 19-21
- 17) Zit. nach: SALPRESS..., Nr. 38/31.7.-6.8.1982

# Carlos Rafael Rodriguez

## Das sozialistische Kuba ist unverkäuflich

Das folgende Interview mit dem kubanischen Vizepräsidenten und Außenminister, Carlos Rafael Rodriguez, erläutert die ungelösten Probleme in den Beziehungen Kuba-USA. Es erhebt die kubanische Position zum Truppenabzug aus Afrika sowie zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen in Mittelamerika.

FRAGE: Wie ist der gegenwärtige Stand der Beziehungen zwischen den USA und Kuba?

C.R. RODRIGUEZ: Sie könnten nicht schlechter sein. Die Reagan-Administration ist unfähig, auf die Kubafrage mit dem gebotenen Respekt einzugehen, der eine gemeinsame Basis für die Diskussion bilden könnte.

Diese Administration denkt nur daran, wie sie Kuba bedrohen oder uns mit Angeboten kaufen kann, falls wir unsere Freundschaft und unsere ausgezeichneten Beziehungen mit der Sowjetunion abbrechen und in das westliche Lager überwechseln würden. Keine dieser Positionen ist für uns akzeptabel. Kuba ist nicht zu verkaufen. Kuba ist nicht zu vermieten.

### Von der Reagan-Administration nichts zu erwarten

FRAGE: Was können Sie über Ihr „geheimes“ Treffen mit US-Außenminister Alexander Haig in Mexiko (im November 1981; d. Red.) sagen?

C.R. RODRIGUEZ: Das Gespräch — bei dem nur noch zwei Übersetzer anwesend waren — dauerte fast zwei Stunden. Es war eine höfliche, aber bestimmte Begegnung, bei der beide Parteien ihre Positionen verdeutlichten.

Die USA wollten Änderungen der kubanischen Politik gegenüber Nicaragua und Angola. A. Haig wollte, daß wir den Guerilleros in El Salvador keine Hilfe mehr zukommen lassen. Wir haben keine Übereinstimmung erzielt, aber die Grundlagen für weitere Kontakte gelegt.

Dennoch zeigen uns die seitdem erfolgten öffentlichen Stellungnahmen Präsident Reagans und die privaten Äußerungen A. Haigs, daß sich nichts Positives daraus entwickeln wird. Wir sind überzeugt, daß die Reagan-Administration kein Interesse an einem ernsthaften Dialog hat. Sie wird von der Vorstellung geleitet, daß wir mit dem US-Standpunkt völlig übereinstimmen müßten und andernfalls keine weiteren Verhandlungen stattfinden könnten.

FRAGE: Möchte Kuba gute Beziehungen zu den Vereinigten Staaten?

C.R. RODRIGUEZ: Natürlich. Aber es wäre völlig falsch zu vermuten, wir seien unbedingt auf diese Beziehungen angewiesen. Wir haben nicht nur 23 Jahre ohne die Vereinigten Staaten überlebt, sondern auch mit deren Feindseligkeit.

Unter diesen Bedingungen könnten wir weiterleben und auch

immer überleben. Dennoch sehen wir, daß normale Beziehungen für beide Länder und für die Hemisphäre besser sind. Das sozialistische Kuba muß kein Feind der Vereinigten Staaten sein, selbst wenn wir uns dem widersetzen, was wir als amerikanischen Imperialismus einschätzen. Abgesehen von solch lebenswichtigen Fragen wie dem Handelsembargo der USA gegen Kuba und Guantánamo, sehen wir die Grundregeln für eine normale Beziehung in gegenseitigem Respekt und Nichteinmischung. Das ist alles.

FRAGE: Wie lange kann es sich die Sowjetunion noch leisten, täglich 8 Mio Dollar nach Kuba zu pumpen?

C.R. RODRIGUEZ: Es ist völlig falsch, von einer täglichen Subventionierung Kubas mit über 8 Mio Dollar durch die Sowjetunion zu reden. Was wir mit der Sowjetunion praktizieren, ist die faktische Eliminierung des „ungleichen Tausches“ zwischen den billigen Exportprodukten der Dritten Welt und den Waren aus der entwickelten Welt. Auf diese Weise zahlt die Sowjetunion weiterhin einen festgesetzten fairen Preis im Austausch für Importe aus der Sowjetunion, auch wenn die Preise unserer Waren auf dem internationalen Markt stark schwanken.

FRAGE: Ist Ihre Unabhängigkeit durch die enge Bindung an die Sowjetunion nicht eingeschränkt?

C.R. RODRIGUEZ: In dieser Welt ist niemand völlig unabhängig. Können die Bundesrepublik Deutschland oder Großbritannien ohne wirtschaftliche Beziehungen zu den USA bestehen?

FRAGE: Wann wird Kuba seine Truppen aus Angola und Äthiopien zurückziehen?

C.R. RODRIGUEZ: Wir haben oft unsere Bereitschaft erklärt, unsere Truppen zurückzuziehen, sobald diese Regierungen es so entscheiden. Zudem haben wir zweimal mit dem Rückzug kubanischer Truppen begonnen, doch mußten wir die nach Kuba zurückgekehrten Truppen wieder zurückschicken; das erste Mal wegen der Ereignisse in Shaba (im Frühjahr 1978; d. Red.) und das zweite Mal wegen des südafrikanischen Angriffs (gemeint ist wohl die südafrikanische Angola-Invasion vom August/September 1981; d. Red.). Wir bilden weiterhin angolische Truppen aus, und sobald sie kampfbereit sind, werden einige unserer Streitkräfte nach Kuba zurückkehren.

### Wir stehen zur Guerilla

Wenn wir uns jedoch in diesem Stadium völlig zurückziehen würden, hätte Südafrika freie Hand und könnte tun, was es wollte. Die Unabhängigkeit Namibias wird für Angola und Kuba die Basis dafür sein, den künftigen Rückzug kubanischer Truppen ins Auge zu fassen.

FRAGE: Liefern Sie Waffen an die Befreiungsbewegungen in El Salvador und die Sandinistas in Nicaragua?

C.R. RODRIGUEZ: Jedesmal wenn wir öffentlich festgestellt haben, keine Waffen nach El Salvador und Nicaragua zu liefern, hat die US-amerikanische Regierung das dazu benutzt, der Welt zu sagen, daß Kuba seine Unterstützung für Befreiungsbewegungen einschränkt und die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten über seine Verbindungen mit den Befreiungskämpfen stellt.

Dazu möchte ich deutlich sagen, daß die USA die Nachbarstaaten Nicaraguas mit Waffen beliefern und Nicaragua selbst mit einer militärischen Intervention bedrohen. Ebenso werden die völkermörderischen Regierungen El Salvadors und Guatemalas mit Waffen aus den USA versorgt.

Deshalb haben die Regierung Nicaraguas und die revolutionären Kräfte El Salvadors und Guatemalas das volle Recht, um internationale Solidarität und Hilfe zu bitten. Und wir in Kuba haben das volle Recht, diese zu gewähren, wenn wir es wünschen.

FRAGE: Hat die Position der USA zum Falkland-Konflikt eine günstige Gelegenheit für Kuba und Lateinamerika geschaffen?

C.R. RODRIGUEZ: Kuba wartet nicht auf günstige Gelegenheiten in Lateinamerika. Aber es ist offenkundig, daß die Position der USA zu den Malwinen so falsch und so antilateinamerikanisch ist, daß sie eine neue Situation auf unserem Kontinent geschaffen hat. Ein Großteil der lateinamerikanischen Staaten hat in der Vergangenheit die USA als einen wesentlichen und beschützenden Freund angesehen. Diese Sicht besitzt jetzt keine Gültigkeit mehr.

(Quelle: Newsweek, New York, 26.6.1982)







Comandante „Marcial“ (l.) bei der Inspizierung einer Flugabwehrstellung der salvadorianischen Befreiungsfront FMLN

## Salvador Cayetano Carpio

# Der Krieg in El Salvador

Salvador Cayetano Carpio, genannt Comandante „Marcial“ (der Kriegerische) und von Beruf Bäckereiarbeiter, bilanzierte im Juni d.J. den Verlauf des Krieges in El Salvador. „Marcial“ gehört dem fünfköpfigen Generalkommando der FMLN an und gilt heute als die herausragende Führungspersönlichkeit der salvadorianischen Befreiungsbewegung. Der ehemalige Generalsekretär der illegalen Gewerkschaftszentrale CROSS, der Kommunistischen Partei El Salvadors und Streikführer gründete 1970 die Volksbefreiungstreitkräfte Farabundo Marti (FPL). Die FPL nahm als erste Linksorganisation den bewaffneten Widerstandskampf gegen die Diktatur auf, versteht sich als sozialistische Avantgarde und ist die stärkste Kraft innerhalb der FMLN.

Nach jeder großen militärischen und politischen Offensive der salvadorianischen revolutionären Kräfte startet die von der nordamerikanischen Regierung gesteuerte oder beeinflusste Propaganda einen breitangelegten Verwirrungsfeldzug.

Im Januar 1981 versuchten sie, unter verzerrter Darstellung unserer Offensive als „Endoffensive“, den Eindruck zu erwecken, daß unsere Streitkräfte besiegt seien und in den folgenden Monaten vernichtet würden. Es wurde die propagandistische Offensive des „Weißbuches“<sup>1</sup> gestartet, vollgestopft mit Schwindeleien (an welche sich sehr wenige Leute erinnern), um ihr Verbrechen, das Führen eines Völkermordkrieges gegen unser Volk zu verbergen und die fortschrittlichen und revolutionären Länder mit der sicher wenig originellen Lüge des Exportes von Sozialismus und Kommunismus zu verleumden.

Die Wirklichkeit war bitter für Reagans Regierung und ihre Marionetten. Am Jahresende zeigte eine einfache Bilanz, daß die Volksstreitkräfte ihre kontrollierten Zonen gefestigt

und erweitert hatten (Zonen des strategischen Hinterlandes und Guerillazonen), und daß ihre in Ausmaß und Stärke wachsenden Angriffe in den 14 Provinzen des Landes koordiniert ausgeführt wurden.

Aus der Erfahrung dieses heftigen Kampfes hat die Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) gelernt, die Kräfte im gesamten Land besser zu koordinieren. Sie lernte die operative Leitung größerer Einheiten, indem sie diese in einer Haupttrichtung des Angriffs zusammenfaßte und sie mit Nebenaktionen in weiten Gebieten koordinierte. Darüber hinaus ist ihre Fähigkeit gewachsen, immer größere Einheiten des feindlichen Heeres zu vernichten, besonders seine mobilen Kampfgruppen, der Angriff auf und die Vernichtung oder Bezwingung von kleineren und mittleren festen Garnisonen, die Beschlagnahme von Waffen. Und unser Krieg brachte ein neues Gesetz mit sich. Inzwischen wurden große Teile der Marionettenstreitkräfte in festen Posten von kleineren und mittleren Einheiten im gesamten Staatsgebiet eingeschlossen (Züge bis Kompanien).

Ungeachtet ihrer Stärke, die zwischen 35.000 und 40.000 Soldaten schwankt und ungefähr 40.000 Paramilitärs, wurden die feindlichen beweglichen Kräfte im vergangenen Jahr und in den ersten Monaten dieses Jahres umfassend geschwächt, ungeachtet des unglaublichen Nachschubs an Waffen und der Beratung und unmittelbaren Anleitung durch die Yankees.

Die besondere Antiguerrilla-Brigade „Atlatcatl“<sup>2</sup> wurde zu einem Drittel vernichtet, der Rest befindet sich im Wiederaufbau, die „Atonal“ in Aufstellung. Das Heer hat in dieser Zeitspanne, Januar 1981 bis Februar 1982, um die 2.000 Tote gehabt (ca. 6.000 Ausfälle, darunter Tote und Verwundete) Bis November 1981 hat das feindliche Oberkommando offiziell 1.350 Tote seiner Truppen bestätigt, dar-

unter ein hoher Anteil des Offizierskorps.

Die Anzahl der im Kampf getöteten Angehörigen seiner paramilitärischen Kräfte (ORDEN, Todesschwadronen und Militärpatrouillen der Geheimdienste) ist sehr viel höher.

In dieser Situation der offenen Aufreibung seiner beweglichen Kampfkräfte und des Steckenbleibens seiner Kräfte im allgemeinen (u.a. wurden zwei Drittel seiner Luftstreitkräfte zerstört), macht sich die Regierung Reagan fieberhaft daran, ihre Verluste zu ersetzen und neue Antiguerilla-Stoßeinheiten in Fort Bragg und Fort Benning, um in Gewaltmärschen 600 Offiziere und 1.500 Soldaten (Typ Ranger) vorzubereiten und die Brigade „Ramón Belloso“ zu bilden.<sup>3</sup>

Sie hat 25 neue Berater in der Kaserne „El Paraíso“ bereitgestellt, um die Brigade „Atonal“ vorzubereiten, und um die Wiederherstellung der übel zugerichteten „Brigade Atlacatl“ zu versuchen. Sie hat 55 Mio Dollar aus dem Reservefonds entnommen, zusätzlich zu den 26 Mio, die bereits dafür bestimmt waren. Sie hat modernere Flugzeuge und Hubschrauber in großen Mengen geschickt. Sie hat versucht, das Marionettenheer auf eine Stärke von 50.000 Angehörigen und die paramilitärischen Korps auf 50.000 Angehörige, ausgerüstet mit Gewehren G 3, M-16 und Garand, aufzustocken, um ihren Marionetten eine verhältnismäßig größere Leistungsfähigkeit zu geben, bei einer Erweiterung des Völkermordkrieges gegen das salvadorianische Volk.

Zur gleichen Zeit verstärkte sie ihre Drohungen der direkten militärischen Intervention.

## Spezialkrieg – eine Perversion des Pentagon

Der Spezialkrieg, der von den Lakaienregierungen und dem Marionettenheer unter Leitung des Imperialismus in El Salvador geführt wird, ist unglaublich unmenschlich. Die harte Wirklichkeit von 30.000 Angehörigen der Stadt- und Landbevölkerung, die in den berüchtigten „Säuberungsaktionen“ und in der allgemeinen Unterdrückung umgebracht wurden, spricht in beredter Weise für die gründlichen Anstrengungen der Verbrecher in Washington und ihrer Lakaien, ein würdevolles Volk auszurotten, das nicht bereit war und nicht bereit sein wird, vor seinen Henkern niederzuknien. Die 600.000 salvadorianischen Vertriebenen im Ausland und in den Konzentrationslagern sind eine bittere Frucht der perversen Pläne des Pentagon, die in Mittelamerika in Marsch gesetzt wurden. (...)

Es genügt, eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten von den revolutionären Kräften durchgeführten Aktionen und ihrer Ergebnisse, vom 15. März bis 5. April 1982 zu betrachten:

|  |     |
|--|-----|
| Verluste des feindlichen Heeres (Tote und Verwundete)  | 638 |
| Stadtbesetzungen   | 13  |
| Straßenkontrollen  | 24  |
| Zusammenstöße  | 34  |
| Hinterhalte gegen beweglichen Feind  | 28  |
| Geiselnahmen in Kasernen   | 19  |
| Eindringen in Städte   | 24  |
| Einnahme von Ortschaften   | 23  |
| Angriffe auf Einheiten in Schützengräben   | 44  |
| Barrikaden (verschiedene)  | 27  |
| zerstörte Brücken  | 12  |
| Zerstörung von Militärtransporten  | 18  |
| Zerstörung von Hochspannungsmasten und Trafo-Stationen   | 23  |
| Zerstörung von Staats- und Transportfahrzeugen   | 52  |
| Sprengungen  | 55  |
| <b>Erbeutet wurden:</b>  |     |
| Gewehre G 3, M-16, M-1   | 64  |
| Mörser   | 2   |
| 90mm-Kanonen   | 2   |
| Maschinengewehre   | 11  |
| darüber hinaus gab es bewaffnete Aktionen aufständischer Massen in bestimmten Vierteln und Ortschaften. <sup>4</sup> |     |

Das Pentagon ließ jedoch von seinen Medien einen dichten Schleier der Desinformation spannen und stieß notgedrungen Freudenschreie aus, wobei es sein Manöver der Wahlfarce als einen „Triumph“ der „Demokratie gegen den Kommunismus“ präsentierte. Es spielte die „Abstimmung des Volkes“ hoch, die im Grunde auf dem Anfüllen der Urnen mit falschen Stimmzetteln beruhte. (...)

Das als „Schritt in Richtung Demokratie“ gepriesene Wahlmanöver hat sich entlarvt als beschleunigter Marsch zum Ziel des rohesten Faschismus! Die Todesschwadronen wurden auf höheren Stufen der Macht inthronisiert<sup>5</sup> als bevorzugte Marionetten des regierenden faschistischen, abenteuerlichen und kriegstreiberischen Herrschers Reagan und seines Bundesgenossen Haig.

## Die Märzahlen 1982 – ein Pyrrhus„sieg“

In El Salvador sind die diskreditierten „Märzahlen“ in die Geschichte eingegangen. Der Faschismus sitzt fester im Sattel. Die Duarte (vormals Juntapäsident, Vorsitzender der Christdemokratischen Partei; d. Red.), ohne Einfluß und zur Zeit bankrott, warten auf eine Wende der Konjunktur. Und alle Widersprüche im Schoße der Gruppen der Marionettenreptile haben sich zugespitzt und spitzen sich weiter bis zum äußersten zu. (...)

Die Basis der Christdemokratie begehrt auf gegen ihre blutdürstigen Anführer, die sie durch ihre proimperialistische Politik schutzlos dem bestialischen Angriff der faschistischen Horden überlassen haben, die heute die bislang betrogenen Mitglieder und mittleren Kader dieser Partei ermorden. Fast 20 christdemokratische Bürgermeister sind seit März d.J. von den Banden D'Aubissons (Führer der in der Regierung tonangebenden Rechtspartei ARENA und Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung; d. Red.) und Garcías (General, Verteidigungsminister und starker Mann der Armee in der Regierung Magana; d. Red.) umgebracht worden! (...)

Die Unternehmer, mittlere, kleine und einige große, ertrinken im Meer der unlösbaren Wirtschaftskrise, keine Devisen, um Rohstoffe zu kaufen, und ersticken unter den Aktionen der multinationalen revanchistischen Oligarchie. Die politischen Parteien, die sich „an der Macht befinden“, streiten sich mit Zähnen und Klauen selbst um das kleinste bürokratische Pöstchen.

Und die faschistische ARENA-Partei „attackiert“ den Yankee-Botschafter.

Der Strudel der Widersprüche im Schoß der herrschenden Klassen ist kennzeichnend für das gegenwärtige Niveau der Macht, die aus der wirklichen Lage und dem Manöver der Regierung Reagan erwächst.

Die Armee-Hierarchie ist gefangen in tiefem Ehrgeiz und Streitigkeiten. Der vormals machtvolle Abdul Gutierrez (seit dem 15.10.1979 gehörte Oberst Gutierrez der salvadorianischen Junta an; d. Red.) wurde seiner gesamten Befehlsgewalt beraubt und ebenso die Offiziere, die ihn unterstützten.

Unterdessen stärken sich die politisch-militärischen Kräfte des Volkes.

Das ist in Umrissen die Situation des Landes nach der Wahlfarce vom März 1982.

Was macht dieses Volk unbesiegbar?

Das Marionettenheer hat nun eine neue Eskalation im vom Pentagon geführten Spezialkrieg gegen das Volk eingeleitet. Mit neuen Hilfsquellen an moderner Bewaffnung, Luftwaffe, Artillerie, Napalm und chemischen Waffen führt es neue „Säuberung“ genannte Angriffsoperationen durch. Es rottet dabei die Bevölkerung in größerem Maßstab aus und ver-

sucht der Guerilla zu schaden.

Die drei Brigaden „Ramón Belloso“, „Atlatcatl“ und „Atonal“ haben begonnen, vereint zu operieren. Die letzte Offensive gegen die von der Guerilla kontrollierten Gebiete in Chalatenango war eine breitangelegte Operation der Massakrierung der Bevölkerung an den Ufern des Río Sumpul.

Am 2. Juli 1982 flog ein Guerilla-Hospital durch die Wirkung von Luftangriffen in Stücke, wobei alle in Behandlung befindlichen Verwundeten und Kranken getötet wurden. In Amates, am Ufer des gleichen Flusses, wurde ein anderes Guerilla-Krankenhaus massakriert. Die Bestialität des Völkermordes ist grenzenlos. Diese Operation geschah im Zusammenwirken mit honduranischen Truppen.

Jedoch: Was macht dieses Volk unüberwindlich? Was ist die Triebfeder seines Volkskrieges zur Befreiung?

Es ist der Krieg des Volkes, bis zum Ende von ihm selbst geführt, dem es sich in wachsendem Maße im Zuge des Kampfes für seine Befreiung anschließt. Es ist kein Krieg kleiner Gruppen anstelle des Volkes, sondern die Tatkraft des Volkes in beständigem Aufstieg. Es ist der Krieg des gesamten Volkes.

## Die Dynamik des Volkskrieges

1. Sein oberstes Gesetz ist, daß es sich um einen gerechten Krieg handelt, um die politisch-wirtschaftlichen und sozialen Ziele und Notwendigkeiten der revolutionären Umgestaltung zum Wohl der großen Mehrheit zu erreichen. Es ist ein Krieg, den zu führen sich das Volk verpflichtet gesehen hat, da nunmehr kein anderer Weg blieb, um seine Befreiung, seine Selbstbestimmung, Menschenrechte, Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Unabhängigkeit und einen gerechten und würdevollen Frieden zu erringen, um sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.

2. Es ist eine unumstößliche Entscheidung dieses Volkes zum Kampf, sein Wille, ihn um jeden Preis fortzuführen bis zum endgültigen Sieg über die Herrschaft des Yankee-Imperialismus und bis zur vollständigen Niederlage seiner Marionettenregimes und Untergebenen: der blutigen Militärtyrannie, die mehr als 50 Jahre der Unterdrückung und des Völkermordes gebracht hat.

Die unerschütterliche Grundlage dieses Volkskrieges ist der Kampfeswille des salvadorianischen Volkes zur Eroberung seiner Freiheit und des Triumphes seiner Revolution. Was immer auch geschehen mag, es ist entschlossen, jedes Opfer zu bringen, um der üblen Gewalt des widerlichen Weltgendarmen die Stirn zu bieten, der sich schon an dem Willen und der Entschiedenheit anderer kleiner Völker wie dem von Vietnam die Zähne ausgebissen hat.

Jetzt hat das Volk von El Salvador in wachsendem Maß gezeigt, daß das keine leeren Worte sind! Deshalb ist dieses einfache, schlichte, arbeitsame Volk so tief in die Herzen aller Völker der Erde eingedrungen.

3. Die Strategie der Offensive wird fortgesetzt, politisch-militärisch, wobei dem Feind gleichzeitig im ganzen Land, von allen Seiten Schläge versetzt werden: im Gebirge, in den strittigen Zonen und in den Zonen des feindlichen Hinterlandes – wie es die großen Städte sind – mit allen verfügbaren Mitteln.

Die Offensive wird in steigender Vorausplanung und mit wachsender Nachdrücklichkeit fortgesetzt.

4. Enge Verbindung des Politischen mit dem Militärischen, des Legalen mit dem Untergrund, des Offenen mit dem Verdeckten, des bewaffneten mit dem mit friedlichen Mitteln geführten Kampf usw.

5. Verbindung kleiner militärischer Schläge (bis zur Schwadron) mit mittleren und großen Unternehmungen, in einem



FMLN-Kämpfer vor dem Einsatz

täglichen Muster, ununterbrochen; verbunden mit regionalen und landesweiten Feldzügen oder Angriffen.

6. Verbindung der Einsätze und Schläge der kleinen Einheiten mit denen größerer, von Truppen regulärer Zusammensetzung und Sonderkommandos mit der örtlichen Guerilla, Milizen und Selbstverteidigungsgruppen.

7. a) Gleichzeitiger Kampf an verschiedenen Schauplätzen:

- im Gebirge,
- in den Ebenen und an den Küsten,
- in den Städten.

b) In den verschiedenen Kampfgebieten:

- in den Gebieten, die unter Kontrolle der revolutionären Kräfte sind,
- in den umkämpften Gebieten, und
- in den Gebieten, die unter Kontrolle des Feindes sind, in seinem Hinterland, besonders in den großen Städten.

8. Einsatz moderner Bewaffnung, von automatischen Gewehren, Granatwerfern, Maschinengewehren usw. zusammen mit Jagdwaffen (Flinten und Büchsen) bis hin zu unbegrenzten Formen der Volksbewaffnung, darunter Fallen und einfache Sperren.

9. Verbindung der militärischen Aktion mit politischen Aktionen des Volkes, mit ihren verschiedenen Mitteln und Erscheinungsformen, mit ihren besonderen Forderungen und verschiedenen Arten und Weisen in jedem Gebiet des Kampfes.

10. Versuch, die revolutionäre Militäraktion mit der teilweisen und umfassenden Vorbereitung und Durchführung des Aufstandes der Massen richtig zu verbinden.

11. Verbindung all dieser Bereiche mit der Überzeugungs-

arbeit in den Truppen des Marionettenheeres unter Ausnutzung der Widersprüche in den Reihen dieses konterrevolutionären Heeres.

12. Ausnutzung der vielfachen, unlösbaren und zugespitzten Widersprüche im Schoß der herrschenden Klassen zum Vorteil der Revolution.

13. Es gilt, alle Hilfsmittel der revolutionären Diplomatie mit Behendigkeit in den Dienst der Interessen des Volkes und des Fortgangs seines Volksbefreiungskrieges zu stellen.

14. Festes Stützen auf die unermessliche Kampfsolidarität aller Völker der Welt gegenüber dem gerechten und heldenhaften Kampf unseres Volkes für seine Befreiung; gegen die militärische, wirtschaftliche, politische und diplomatische Hilfe an die Regierung der Lakaien und Völkermörder, gegen die Ausweitung der Intervention der Yankees und der konterrevolutionären Heere von Honduras und Guatemala; für Demokratie, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und einen wahren, gerechten und würdevollen Frieden.

15. Desgleichen Entwicklung grundlegender internationalistischer Verbindungen mit allen Völkern, die gegen den Imperialismus und für ihre Befreiung kämpfen und gegenseitige Unterstützung der Völker in der Region, die den Aggressionsdrohungen der Yankees ausgesetzt sind.

16. Und auf diese Weise, eins nach dem andern, bereiten wir den politischen und militärischen Manövern und den neuen Steigerungen des grausamen Völkermordkrieges, den der Yankee-Imperialismus durch die blutigen Hände seiner Marionetten nachdrücklich verstärkt, eine Niederlage.

## Die Morgenröte einer Zukunft der Freiheit

Auf militärischem Gebiet sind die Elemente der strategischen Ausrichtung der Volksbefreiungskräfte, die sich Tag für Tag in den taktischen Aktionen niederschlagen wie es in den, in der ganzen Welt verbreiteten, täglichen Kriegsnachrichten offenbar wird, die folgenden:

- Die völkermörderischen „Säuberungs“aktionen zum Scheitern bringen.
- Den Kampf ständig in das feindliche Hinterland tragen.
- Den Feind ständig beweglich aus dem Hinterhalt angreifen, quer durch das ganze Land.
- Erbeutung aller Kriegsmittel, die ihnen der Imperialismus beschafft hat.
- Intensivierung der Sabotage.
- Isolierung seiner festen Stützpunkte und deren ständige Schwächung.

Unser Volk kämpft unter den Prinzipien:

- einer hohen Entschlossenheit zur revolutionären Offensive;
- der Stärkung unserer Kräfte im Verlaufe des Kampfes;
- der Ausnutzung des günstigsten Augenblicks zum Angriff, mit guter Vorbereitung, unter Anwendung des Überraschungsmoments und der Geheimhaltung bei allen Aktionen, der Kühnheit und des Heroismus der Kommandeure und Kämpfer;
- des Versuchs, viel mit wenigem zu erringen.

Die grundlegende Strategie: ständiges Bemühen, das gesamte Volk, die revolutionären, demokratischen und progressiven Sektoren, diejenigen, die von der Herrschaft und den Verbrechen der Faschisten und der imperialistischen Vorherrschaft betroffen sind, im Kampf für die Befreiung, die Demokratie, die Selbstbestimmung zu einigen.

Die Einheit des Volkes ist die grundlegende strategische Voraussetzung für den Triumph der Revolution.

Die FMLN umfaßt alle politisch-militärischen Kräfte und die Demokratisch-Revolutionäre Front (FDR), breitere revolutionäre, demokratische und progressive Kräfte.<sup>7</sup>

Die Volksbefreiungskräfte Farabundo Marti (FPL, gegründet

1970; d. Red.) sind einer der grundlegenden und untrennbaren Bestandteile der FMLN und konzentrieren zusammen mit den übrigen Bruderorganisationen alle ihre Anstrengungen auf das Vorwärtsschreiten und die tägliche Festigung des inneren Zusammenhaltes im Schoß der Einheit; mit Wirklichkeitssinn, Energie und Überzeugung, daß wir, wenn alle Ebenen der Einheit sich vorwärtsentwickelt haben, sicher dem endgültigen Sieg im revolutionären Befreiungskampf unseres Volkes entgegengehen.

Der Weg zur Einheit ist für jedes Volk ein vielfältiger, schwieriger Weg, und allein mit täglicher, bewußter, beharrlicher und realistischer Anstrengung kann es fest und beständig zu immer erhabeneren und unumkehrbaren Höhen vorwärtsschreiten.

Die FMLN hat mit allem gebotenen Ernst verkündet, daß unser Volk zur gleichen Zeit, da es mit den Waffen in der Hand mit unwiderruflichem Entschluß kämpft, für eine würdevolle und gerechte politische Lösung kämpft, die im Einklang steht mit den demokratischen und revolutionären Erwartungen der großen Mehrheiten, welche mehr als 50 Jahre hindurch unter der proyankeistischen Militärtyrannie gelitten haben.

Dieses Verhalten ist keine taktische oder konjunkturelle Überlegung, sondern ein Prinzip und eine grundlegende Strategie der revolutionären Entwicklung unseres Volkes.

Deshalb fanden die weitreichenden Schritte, die von der mexikanischen und französischen Regierung zur Anerkennung der FMLN/FDR als politisch repräsentativen Kräften unternommen wurden, wie auch der vom Herrn Präsidenten José Lopez Portillo auf der Suche nach einer politischen Lösung des salvadorianischen Konflikts vorgeschlagene Plan, bei unserem Volk und seinen revolutionären und Volksorganisationen volle Zustimmung.<sup>8</sup>

Angesichts dieser Sachlage ist es eine unwiderlegbare Realität, daß es infolge des heldenhaften Kampfes des salvadorianischen Volkes und der internationalen Solidarität keine Kraft gibt, die in der Lage wäre, den Triumph der Volksrevolution zur Befreiung des salvadorianischen Volkes aufzuhalten.

Das Blut seiner tausenden Helden und Märtyrer ist ein schmerzhaftes, aber unvermeidbares Vorspiel der Morgenröte einer Zukunft der Freiheit, Demokratie, Unabhängigkeit, sozialrevolutionären Umwälzung und eines wahren und festen Friedens für das salvadorianische Volk.

Revolution oder Tod! Das bewaffnete Volk wird siegen!

Vereint zum Kampf bis zum endgültigen Sieg!

Revolution oder Tod! Wir werden siegen!

(Quelle: Por Esto, Mexiko-Stadt, Nr. 53/1.7.1982, S. 25-33)

### Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Einschätzung und Gegendarstellung der salvadorianischen Befreiungsfronten zum US-Weißbuch siehe in: AIB 6/1981, S. 6-10
- 2) „Atlacatl“ (Eigenbezeichnung: „Engel der Hölle“) besteht aus rund 2.000 Elitesoldaten, die u.a. im Dezember 1981 die Massaker im Raum El Mozote/Morazan (über 1.100 ermordete Zivilisten) verübten und von US-Offizieren 1981 auf salvadorianischem Boden ausgebildet worden waren. Siehe: AIB 7-8/1982, S.35
- 3) Die neuen Elitebrigaden „Atonal“ und „Ramón Beloso“ mußten bei ihren Ersteinsätzen im Juni/Juli 1982 in Morazan und Chalatenango gegen die Guerilla eine schwere Schlappe einstecken. Verteidigungsminister Garcia sprach selbst von mehr als 1.000 getöteten Regierungssoldaten, die zum Gutteil aus Elitetruppen zusammengesetzt waren.
- 4) Die Angaben wurden zusammengestellt vom Dokumentationszentrum von Radio Farabundo Marti der FMLN; d. Verf.
- 5) In Gestalt von Roberto D'Aubuisson u.a. Siehe: AIB 7-8/1982, S.36
- 6) Vgl. im Detail: ebenda, S. 33/34 und 54
- 7) Zur Zusammensetzung und Struktur der FMLN/FDR siehe ausführlich: ebenda, S. 38-47
- 8) Beide Dokumente finden sich in vollem Wortlaut in: W. Bröner/H.J. Nieth, Der Kampf um El Salvador. Volkserhebung und Intervention, Köln 1982, Dokumente 13 und 23

## Gespräch mit Ricardo Lagos Andino

# Honduras' Linke macht mobil

Mit der Intervention der honduranischen Armee in El Salvador Ende Juni d.J. ist Honduras (siehe auch AIB 5/1981) als Interventionsbasis in Mittelamerika einmal mehr in den Blickpunkt gerückt. Was dies für das Regime und die Opposition dieser sog. „Bananenrepublik“ für Konsequenzen hat, macht unser Gespräch mit dem honduranischen Soziologen Ricardo Lagos Andino deutlich.

AIB: Honduras wird heute mehr und mehr zur Interventionsbasis der Reagan-Administration. Wie ist diese Entwicklung nach der Regierungsübernahme der Liberalen Partei vom Januar 1982 zu erklären? Wurde von der neuen Regierung nicht eine zurückhaltendere Haltung erwartet?

R. LAGOS ANDINO: Die Wahl der Liberalen Partei (PL) durch die Mehrheit der Bevölkerung geschah in Honduras aus folgenden Gründen: die Bevölkerung votierte gegen die Korruption der Militärregierungen, für eine neutrale Politik im mittelamerikanischen Kontext, für eine demokratische Öffnung und für Reformen, und die Liberale Partei galt als antidiktatorische, oppositionelle und reformistische Kraft seit den 50er Jahren.

Innerhalb der Liberalen Partei setzte sich jedoch die rechte Tendenz durch, die Nationale Rodistische Bewegung (MNR), benannt nach ihrem ehemaligen Führer Rodas Albarado. Diese Tendenz drängte die Liberale Volksallianz (ALIPO), die eine Gruppierung innerhalb der Liberalen Partei darstellt und sozialdemokratisch orientiert ist, an den Rand.

Die Liberale Partei tritt zusammen mit der vorherigen reaktionären Regierungspartei, der Nationalen Partei (PN), in eine Allianz mit dem Militär, das heute – mit Hilfe der Liberalen Partei im Parlament – von Gustavo Alvarez Martinez, dem bis dahin reaktionärsten General seiner Geschichte, geleitet wird.

Der neue Präsident, Roberto Suazo Córdova, der im Januar d.J. sein Amt übernahm, spielt jedoch nur die Rolle des Aushängeschildes einer Militärdiktatur. Die reale politische Macht bleibt innerhalb der Armee, in der sich die reaktionärsten Kreise der Offiziere durchsetzen konnten, nachdem in den letzten 7 Jahren die patriotischen Militärs entlassen wurden. So entsteht in Honduras eine formale Demokratie unter der direkten Kontrolle des Militärs.

### Die Liberalen – Feigenblatt der Generale

Durch diese Politik erlangt die Liberale Partei ein Stück politische Macht, während die USA und das Militär ihr Prestige auf nationaler und internationaler Ebene ausschlagen können. Im mittelamerikanischen Kontext übernimmt Honduras die Rolle der strategischen Interventionsbasis gegen die Befreiungsbewegungen in El Salvador und Guatemala und gegen die Revolutionsregierung in Nicaragua.

AIB: Welche Kräfte in Honduras widersetzen sich dieser Interventionspolitik? Gab es größere Protestaktionen?

R. LAGOS ANDINO: Die reformistische Opposition im Parlament – die Christdemokratische Partei (PDCH) und die



Tegucigalpa im Januar 1982: Armeechef G. Alvarez (r.) führt Präsident R. Suazo Cordova ins Amt ein

Partei der Nationalen Erneuerung und Einheit (PINU) und innerhalb der Liberalen Partei die ALIPO – verlangte die Untersuchung der offiziell dementierten Intervention in El Salvador und Garantien für die salvadorianischen Flüchtlinge.

Anders die außerparlamentarische Massenbewegung. Sie veranstaltete Protestaktionen, Demonstrationen, Foren gegen die Intervention und für die Freilassung der politischen Gefangenen. Dies äußert sich ferner in der Zusammenarbeit der linken Kräfte und der Volksorganisationen innerhalb der Koordination der Solidarität mit dem salvadorianischen Volk.

Die honduranische Guerilla hat ihrerseits in den letzten zwei Monaten Protest gegen den Einmarsch honduranischer Truppen auf salvadorianisches Territorium eine ganze Reihe militärischer Aktionen durchgeführt; so etwa den Anschlag auf die Elektrizitätswerke von Tegucigalpa am 4. Juli 1982, nach dem die Hauptstadt mehrere Tage ohne Strom und Wasser blieb.

AIB: Wie wirkt sich die Unterordnung des honduranischen Regimes unter die Politik des US-Imperialismus auf die innenpolitische Situation aus?

R. LAGOS ANDINO: Die aggressive Politik der USA und der mittelamerikanischen Reaktion stellt bekanntlich den Ausgangspunkt für die Regionalisierung des Krieges in Mittelamerika dar. Ein bedeutender Bestandteil dieser aggressiven Politik ist die honduranische Armee – der bedeutendste Gendarm der USA in Mittelamerika.

# Wirtschaftssanierung à la Reagan?

Mit einem Bruttosozialprodukt (BSP) von 560 Dollar pro Kopf (1980) ist Honduras nach Haiti das ärmste, unterentwickelste Land Lateinamerikas. 63% der Beschäftigten arbeiten in der Landwirtschaft, die mit 31% am BSP beteiligt ist. Der Gesamtexport, der zu 56% in die USA geht, besteht zu 48% aus Bananen und zu 12% aus Kaffee.

Auch heute noch üben die US-Nahrungsmittelkonzerne United Brands (vorher United Fruit) und Standard Fruit bestimmenden Einfluß auf die Politik des Landes aus. Zwar haben sie Teile ihrer Plantagen an Einheimische abgegeben, da sie aber den gesamten Bananenexport und Teile des Transportwesens kontrollieren, bestimmen sie auch die Preise. Honduranische Großgrundbesitzer verfügen über mehr als die Hälfte des restlichen Bodens. Der gesamte Bergbausektor und die größten Betriebe der Leichtindustrie werden von US-Firmen kontrolliert.

Das Sinken der Weltmarktpreise für Kaffee und Bananen, bei gleichzeitigem Anstieg der Erdölpreise, in den letzten Jahren sind eine wesentliche Ursache der sich verschärfenden Wirtschaftskrise des Landes. Bereits 1981 war es zu keinem Wirtschaftswachstum (1970-80 durchschnittlich 3,6%) mehr gekommen und die Währungsreserven wurden durch das steigende Defizit der Außenhandelsbilanz aufgebraucht. Während ausländische Investitionen fast vollständig ausblieben, erreichte der Kapitalexport in den letzten beiden Jahren 600 Mio Dollar.

Von der neuen Regierung Córdova erhoffte man sich ein Ende der Korruption und Mißwirtschaft der Militärs, damit auch eine verbesserte Kreditwürdigkeit und ein günstigeres Investitionsklima. Die Krise verschärfte sich allerdings weiter, nicht nur weil die Regierung kaum über Macht verfügt, sondern weil die Intervention gegen Nicaragua und die Befreiungsbewegung in El Salvador zu einer noch größeren Verunsicherung im Lande führte. Allein in den Monaten April, Mai und Juni d.J. schlossen 26 große Betriebe, so daß sich die offizielle Arbeitslosenzahl auf 160.000 (Bevölkerung 3,6 Mio) erhöhte. Nach Schätzungen aus Wirtschaftskreisen erreicht sie allerdings bereits 45% der Erwerbswilligen. Im August d.J. kündigten die United Standard und der US-Bergbaukonzern Rosario Resource Corporation an, Honduras zu verlassen, was den Verlust von weiteren 120.000 Arbeitsplätzen zur Folge hätte.

Um den wirtschaftlichen Niedergang aufzuhalten, bemüht sich die Regierung um weitere Kredite. Bereits heute beträgt die Auslandsschuld mehr als 2 Mrd Dollar – und das bei einem BSP von 2,5 Mrd Dollar. Gläubiger sind zu 73% US-Institutionen oder Organe, die wie die Weltbank von den USA kontrolliert werden. Durch diese Situation ist die Kreditwürdigkeit von Honduras erheblich gesunken.

Daß dennoch die Kredite fließen, liegt weniger an den wirtschaftlichen Interessen der USA in diesem Land, sondern an der Rolle, die die Reagan-Administration Honduras zugeordnet hat: der Rolle als Interventionsbasis mit demokratischer Fassade gegen Nicaragua und das Volk El Salvadors.

Die Abhängigkeit von den USA führt auch dazu, daß die Reagan-Administration ihr Wörtchen in der Wirtschaftspolitik des Landes mitreden will. In einem Memorandum des US-Außenministeriums, das die US-Zeitschrift CounterSpy (Juli-August 1982) teilweise abdruckte, wurde dem neuen Präsidenten Roberto Suazo Córdova der Rat gegeben – nach dem Muster Reagan'scher Wirtschaftspolitik –, staatliche Aufgaben auf ein Minimum zu beschränken. Dies richtet sich gegen Preisbegrenzungen bei Grundnahrungsmitteln sowie gegen staatliche Institutionen wie die Landwirtschaftliche Entwicklungsbank, das Agrarreforminstitut und die Bananenkorporation, die den US-Konzernen und den Großgrundbesitzern ein Dorn im Auge sind.

Die Reagan-Administration schlägt vor, daß diese Umgestaltungen von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IMF) überwacht werden sollten. Bereits jetzt macht der IMF Steuererhöhungen für die Massen zur Bedingung für die Vergabe von Krediten zur Importfinanzierung. Das Land soll statt einer Strategie der Importsubstitution die Gründung einer exportorientierten arbeitsintensiven Leichtindustrie fördern, ... und das bei geringen Exportchancen.

Ob diese Politik der Massenverelendung das Land zu einer stabilen konterrevolutionären Basis machen kann, ist fraglich. Bei der nationalen Bourgeoisie regt sich bereits Widerstand, eine Verelendung der Mittelschichten ist abzusehen, eine Radikalisierung der starken Gewerkschaften wahrscheinlich.

Diese Armee führt bereits einen Krieg gegen das eigene Volk mit dem Ziel, die Revolutionäre und die demokratische Bewegung in Honduras zu liquidieren. Um das zu erreichen, greift man nach den bekannten Formen der systematischen Unterdrückung durch paramilitärische Banden, die unter verschiedenen Namen unter der Kontrolle der Armee und der Staatssicherheit operieren. Gleichzeitig erlebt man eine große Verfolgung der ca. 30.000 Flüchtlinge aus El Salvador.

Auf der anderen Seite sind die konsequenten Vertreter der Gewerkschaften seit 1977 selektiv aber effektiv unterdrückt worden. Diese klassenbewußte Massenbewegung konnte sich nicht erholen und neu artikulieren. Der Organisationsgrad der Arbeiter und Bauern ist zwar sehr hoch, doch werden die größten Gewerkschaften von der US-Gewerkschaft AFL/CIO kontrolliert (Konföderation der Arbeiter von Honduras (CTH) und Nationale Vereinigung der Honduranischen Bauern (ANACH)). Die Allgemeine Konföderation der Arbeiter (CGT) und die kämpferische Nationale Bauernunion (UNC) werden von der PDCH geleitet. Der linke Einfluß ist lediglich in der kleineren Einheitsföderation der Arbeiter von Honduras (FUTH) und in der Einheitsfront der Lehrer (FUM) bestimmend.

Aufgrund des nicht vorhandenen Klassenbewußtseins, bedeutet dies noch keine Radikalisierung der Massen. Die reformistischen Kreise wie ALIPO, PDCH, PINU und die kleine sozialdemokratische Revolutionäre Partei (PRH) könnten sie auffangen und es bliebe die Alternative seitens der Reaktion und des Imperialismus nach diesen neuauftretenden Kräften des Reformismus, ähnlich wie in Guatemala und El Salvador, zu greifen. Dies ist aber sehr abhängig von der Fähigkeit der Linken, innerhalb der Massen zu arbeiten und von den Anstrengungen, sie für eine revolutionäre Politik zu gewinnen.

## Dem Drei-Fronten-Krieg entgegen

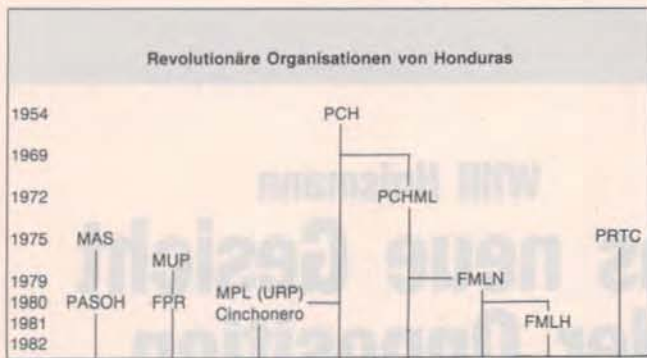
Es kann vorausgesagt werden, daß trotz der Krise das Modell der formalen Demokratie unter der Kontrolle der Armee weiterbesteht in dem Sinne, daß diese formale Demokratie die interne Repression, die Intervention in El Salvador sowie einen eventuellen Krieg gegen Nicaragua legitimiert. Die Herrschenden in Honduras würden dann einen Drei-Fronten-Krieg durchführen: den allgemeinen internen Krieg gegen das eigene Volk, die schon bestehende Front gegen die revolutionäre Bewegung in El Salvador und die Drohung eines Krieges gegen Nicaragua.

Trotz der großen Unterstützung seitens der USA und anderer Länder Lateinamerikas und Europas für die honduranische Regierung nähern sich die honduranischen Herrschenden einem politischen und militärischen Selbstmord, denn an allen diesen Fronten steht die solide Antwort der Befreiungsbewegungen Mittelamerikas und Honduras'. Seit Mitte Juni d.J. haben sich die Aktionen der Guerilla in Honduras vermehrt und seit Ende Juni hat die FMLN El Salvadors dazu aufgerufen, die honduranische Armee dort wo sie auftritt zu bekämpfen.

Ähnliches erklärte im Juli 1982 das guatemaltekeische Guerillaheer der Armen (EGP). Sie begründeten dies etwa so: Sollten der Imperialismus und die Reaktion die Grenzen, die von ihnen im Laufe der Geschichte durchgesetzt worden sind, nicht respektieren, dann werde die Verbrüderung der revolutionären Organisationen in Mittelamerika auch im Kampf in allen Ländern Mittelamerikas zum Ausdruck kommen.

AIB: Wie beurteilen die Patriotische Front und andere linke Organisationen den bewaffneten Kampf?

R. LAGOS ANDINO: Alle revolutionären Organisationen in



Honduras vertreten heute die Position des bewaffneten Widerstandes, allerdings mit unterschiedlichen Konzeptionen in Bezug auf die Taktik, die Strategie und die ideologische Grundlage. Dies ist als eine Antwort gegen den internen Krieg und gegen den Interventionismus des Militärs, der Regierung und der USA zu bewerten.

AIB: Welche revolutionären und Guerillaorganisationen existieren heute in Honduras?

R. LAGOS ANDINO: Das linke Spektrum in Honduras besteht aus sieben verschiedenen Organisationen. Diese sind: Die seit 1954 unter verschiedenen Kampfformen operierende Kommunistische Partei von Honduras (PCH). Sie entstand inmitten des Generalstreiks von 1954 und kämpfte sowohl im Untergrund in den 60er Jahren als auch als halb-legale Partei Anfang der 70er Jahre. Sie vertrat und versuchte den Beginn des bewaffneten Kampfes in den 60er Jahren, setzte sich ein für die Radikalisierung des Reformprogrammes zwischen 1972 und 1975 und übernahm neulich die These des revolutionären Volkskrieges. Heute ist die PCH eine Untergrundorganisation politisch-militärischen Charakters und verfügt über den größten Einfluß auf die geschwächte Massenbewegung.

Seit Ende der 60er Jahre existiert die Kommunistische Partei Honduras/Marxisten-Leninisten (PCHML). Sie trat aus der PCH aus und bildete eine maoistische Gruppe. Seit Anfang der 80er Jahre entfernte sie sich jedoch von den maoistischen Thesen und bildete gemeinsam mit der PCH und der PDCH und weiteren 80 Massenorganisationen die Patriotische Front von Honduras (FPH).

Im April 1980 entstand die Volksbewegung der Befreiung Cinchonero (MPL) als politische und militärische Organisation und die Revolutionäre Union des Volkes (URP) als Massenbewegung. Sie spaltete sich wegen Differenzen über den bewaffneten Kampf von der PCH ab.

Aus Teilen der PCHML entstand im September 1979 die Morazanistische Nationale Befreiungsfront (FMLN) als Guerillaorganisation. Sie unterstützt von außerhalb die Politik der FPH. Von ihr spaltete sich später die Morazanistische Befreiungsfront von Honduras (FMLH) ab.

Ab Mitte der 70er Jahre bildeten sich verschiedene Gruppen, so etwa aus der Christdemokratischen Partei die Bewegung der Sozialistischen Aktion (MAS). Aus diesen verschiedenen Kreisen, die aus der PDCH, der PCHML und der PCH kamen, und die durch Intellektuelle, Studentenführer und andere bedeutende Persönlichkeiten der honduranischen Politik unterstützt wurden, entstand im Januar 1980 die Sozialistische Partei (PASOH). Sie trat der FPH bei und unterhält enge Beziehungen zu der Revolutionären Partei der Arbeiter Mittelamerikas (PRTC), die in El Salvador, Honduras und Kostarika als eine mittelamerikanische politische und militärische Organisation besteht. Die PRTC ist Mitglied der FMLN in El Salvador.

Innerhalb der revolutionären Kräfte an der Universität entfaltete sich die Bewegung der Volkseinheit (MUP), aus der sich im November 1980 die Revolutionären Volksstreitkräfte

te Lorenzo Zelaya (FPR) bildeten. Diese sind eine politisch-militärische Organisation, die die Verantwortung übernommen haben für die meisten militärischen Aktionen der Guerilla in den letzten Jahren. Die FPR scheint die militärisch solideste revolutionäre Gruppe zu sein und verfolgt die Linie des verlängerten Volkskriegs.

Es bestehen keine weiteren Gruppen innerhalb der Linken von Honduras und andere Namen die auftreten, bedeuten oft Namen von honduranischen Revolutionären, die die Kommandos dieser Guerillaorganisationen übernehmen.

AIB: Wie ist heute die Situation der FPH? Wie sind die Möglichkeiten eines breiteren revolutionär-demokratischen Bündnisses? Was müßten Ihres Erachtens die wichtigsten politischen Gemeinsamkeiten dieses Bündnisses sein?

R. LAGOS ANDINO: Die Beteiligung der FPH an den Wahlen im November 1981 wird unterschiedlich bewertet. Die Mitglieder der FPH erklären sie als eine wichtige neue Erfahrung, während die neuen politisch-militärischen Organisationen sie als einen Fehler bezeichnen. Die FPH konnte nur 3 einzelne unabhängige Kandidaten in Copán, Cortés und Yoro aufstellen, zumal keine der Parteien der FPH legal ist. Aber keiner ihrer Kandidaten schaffte den Sprung ins Parlament.

Die PDCH, die sich auf reformistische Positionen zubewegt, ist im Juni 1981 aus der FPH ausgetreten, und konnte bei den Wahlen einen Sitz gewinnen. Sie errang 1,6% der abgegebenen Stimmen, die FPH 0,34%, die PINU 2,49%, die Nationale Partei 41,5% und die Liberalen 54,07%.

Aktuell orientiert sich die gesamte Linke in Richtung der gemeinsamen Koordinierung des Widerstands, wobei alle Organisationen Kontakte auf verschiedenen Ebenen und mit vielversprechenden Aussichten aufgenommen haben. Die FPH stellt dabei das erste langdauernde Bündnis zwischen drei linken Parteien und vielen Massenorganisationen dar. Die heutige Aufgabe wäre aber anhand dieser Erfahrung, die Zusammenarbeit zwischen der gesamten Linken und den Volksorganisationen zu entwickeln.

Die wichtigsten innenpolitischen Aufgaben sind die Entwicklung einer breiten und klassenbewußten Massenbewegung, d.h. sie zu organisieren unter der Leitung der revolutionären Programme, die Konsolidierung der internen Struktur aller linken Gruppen, die zur Zeit die Stadtguerilla entfalten, die Kristallisierung der bedeutenden Anstrengungen zur Bildung einer Allianz der gesamten Linken.

Im mittelamerikanischen Rahmen herrscht die Meinung unter den Revolutionären Kräften vor, daß die honduranische Revolution sich als die strategische Nachhut der Befreiungsbewegung El Salvadors und der sandinistischen Revolution konstituiert, was heißt, die Intervention und die Repression mit entschiedener Kraft zurückzuweisen.

## Zeitschriftenschau

Mittelamerika-Magazin, Nr. 21/5.8.1982

Honduras: Brüderliche Waffenhilfe, Flüchtlingselend, Guerillaanschlag auf ein Elektrizitätswerk, Folter in Honduras, Appell an die Regierung der BRD • El Salvador: Die Erfolge der Diktatur, Raul Monzon in der BRD, Carlos Rico - ein neuer Vertreter der FDR/FMLN, Wieviel ist ein Menschenleben wert?, Gefangenenaustausch, Nichts, absolut niemand • Nicaragua: 3. Jahrestag der Revolution - Angriff aus dem Norden, Die Folgen der Flutkatastrophe • Guatemala: Die Repression wechselt ihre Fassade, Rios Montt im Interview • US-Politik: Vom Rufmord zum Mord: Psychologische Kriegsführung des CIA in den Medien Lateinamerikas, 2. Teil: Das semantische Differential • Zeitschriftenübersicht, Buchbesprechung, Neuerscheinungen  
Einzelheft 2,50; Abo 15,- bzw. 25,- DM  
Bezug: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

Blätter des iz3w, Nr. 103/August 1982

Nachrichten und Berichte: Tschad, Guatemala • Deutsche Landkäufe in Paraguay • Brasilien: Völkermord • Die Intervention: Honduranische Militärs in El Salvador • Minderheiten: Keiner wohnt mehr im Iglu • Nach der grünen Revolution: Neue Strategien und alte Ziele • Die Südmollker in den Niederlanden • Aktionsgruppen: Nestlé-Boycott in der BRD • Bremen: Waffenhandel in alle Welt • Repression in der BRD • Rezension, Leserbrief  
Einzelheft 4,- DM; Abo 35,- DM  
Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg



## Willi Huismann Das neue Gesicht der Opposition (1. Teil)

Wir beginnen in diesem Heft mit einer mehrteiligen Reportage über die Situation und die Perspektiven der antifaschistischen Opposition in Chile. Unser Autor, Willi Huismann, hielt sich mehrere Monate in Chile auf. Er sprach mit Mitgliedern und Repräsentanten der Gewerkschaften. Er interviewte Vertreter der verschiedenen Oppositionsparteien und -gruppierungen. Seine Eindrücke und Erfahrungen laufen auf eine teilweise Korrektur des gängigen Chilebildes hinaus, jedenfalls soweit es den Widerstand betrifft.

Die ersten beiden Teile handeln vom „gemäßigten“ Teil der Opposition, von Sozialdemokraten, Sozialisten und der Christdemokratie. Es schließt sich die Darstellung des Wirkens der Kommunistischen Partei und der Bewegung der Revolutionären Linken (MIR) an.

November 1981. In der Alameda, der Hauptschlagader Santiagos, brennt die Frühjahrshitze. Zehntausende frisch importierter Autos aus Japan und Europa quälen sich in acht Spuren durch den Feierabendverkehr. Ihre Abgase färben die Luft blau. Das Atmen fällt einem schwer. Die Dunstglocke über Santiago ist hartnäckig. Sie zieht selten ab, weil die Stadt von Hügelketten eingeschlossen ist und fast immer Windstille herrscht. Außerdem wohnen hier 4 Mio Menschen, und 55% aller Industriebetriebe Chiles stehen in den Industriegürteln der Stadt.

### Eine eigentlich illegale Gewerkschaft

Die alten kolonialen Prachtbauten der kreolischen Oberschicht findet man – versteckt zwischen Versicherungs- und Bankpalästen – immer noch, aber die Bourgeois haben ihre Marmorhöhlen längst verlassen, seit sich die Alameda in ein lärmendes und verpestetes Geschäftszentrum verwandelt hat. Sie sind in die Oberstadt, den „barrio alto“, gezogen, wo sich ihre Villen mit den großen Gärten, den Hundebänken und Hausangestellten immer mehr nach Osten in Richtung Anden ausdehnen.

Die Bürgersteige der Alameda sind verstopft von den Buden und Karren der fliegenden Händler, die hier von morgens früh bis in die Dunkelheit ausharren und sich nachts an kleinen Holzfeuern wärmen.

Rechts der Moneda-Palast, einst Sitz der spanischen Gouverneure. Augusto Pinochet hat ihn renovieren lassen. Die Einschußlöcher sind nicht mehr zu sehen. Als der General im März 1981 in den Palast seines Vorgängers Salvador Allende umsiedelte, hieß es auf Flugblättern: „Der Mörder kehrt zum Tatort zurück.“ Sonst blieb es still.

Ungefähr beim Haus der Menschenrechtskommission steige ich aus. Den Rest gehe ich zu Fuß. An der Nummer 1603 das gesuchte Schild: ANEF – Agrupación Nacional de Empleados Públicos (Nationale Gruppierung öffentlicher Angestellter). Das ist die Gewerkschaft der staatlichen Angestellten. Eigentlich dürfte es sie gar nicht geben. Denn obwohl die Junta bei der internationalen Arbeitsorganisation in Genf ein Dokument unterzeichnete, in dem sie das Organisationsrecht für staatliche Angestellte anerkannte, schloß sie die ANEF bei der Legalisierung der Gewerkschaften im Jahr 1979 aus.

Vor mir, an seinem Schreibtisch, hinter aufgestapelten Papierbergen, sitzt Tucapel Jimenez, Präsident der Gewerkschaft und gleichzeitig führendes Mitglied der Demokratischen Arbeiterunion (UDT) – des christdemokratischen Gewerkschaftsverbandes. Aber er selbst ist nicht Christ, sondern Sozialdemokrat, Mitglied der ehrwürdigen, jetzt 109 Jahre alten Radikalen Partei. Er hat gute Kontakte zum US-amerikanischen Gewerkschaftsverband AFL/CIO und zum Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG). Er ist kein Linker. „Vorher“ war er politischer Gegner S. Allendes. Nach dem Putsch 1973 reiste er sogar um die ganze Welt, um die internationalen Gewerkschaftsorganisationen von den guten Absichten A. Pinochets zu überzeugen. Er suchte den Dialog mit den Herrschenden. Die aber wollten nicht. Wie viele andere Mittelstandspolitiker auch kam Tucapel zu der Überzeugung, daß die Regierung nicht mit sich handeln läßt und ging auf die Seite der Opposition über. Vor drei Jahren aus politischen Gründen aus dem Staatsdienst entlassen, arbeitet er jetzt als Taxifahrer. Er ist mir sympathisch. Freundlich, offen, ziemlich dick und energisch. Ohne viel nach meinen Absichten zu fragen, plaudert er los:

„Wir hatten keine Ahnung, was eine Diktatur bedeutet. Wir hatten zwar einiges davon in Nachrichten aus anderen Ländern gehört, aber wir wußten nicht, was das wirklich heißt. Vor allem die absolute Kontrolle durch die Sicherheitsorgane. Hier herrscht der Terror der Angst. Viele Dinge werden aus Angst nicht gemacht. Alle haben Angst. Einmal, bei einem offiziellen Festakt der Armee sagte man in unserer Gegenwart, der einzige Fehler der Junta sei, daß sie uns nicht alle erschossen hätte.“

Drei Monate nach diesem Gespräch ist Tucapel Jimenez tot. Die Junta hat ihren Fehler korrigiert. Am 26. Februar 1982 wird sein Taxi auf dem Weg zur Arbeit angehalten. Mit mehreren Messerstichen in den Hals wird er getötet. Am Mordtag sind alle Telefonleitungen der ANEF und der mit Tuca-



pel befreundeten Gewerkschafter gesperrt.

Warum mußte Tucapel Jimenez sterben, gerade er, dem man nun wirklich nicht glaubhaft nachsagen konnte, er wäre Subversiver oder getarnter Kommunist. Vielleicht gerade deshalb. Weil er eine ziemliche Autorität in der gemäßigten, legalistischen Opposition hatte und weil er anfang, konsequent zu sein. Er hatte sich in den Kopf gesetzt, die zerstrittenen oppositionellen Gewerkschaftsverbände UDT, Nationale Gewerkschaftskoordination (CNS), Vereinigte Arbeiterföderation (FUT) und Gewerkschaft der Privatangestellten Chiles (CEPCH) zu einigen. Am Tag seiner Ermordung wollte er sich mit Manuel Bustos treffen, dem Chef der Gewerkschaftskoordination CNS, in dem auch die kommunistischen Industriegewerkschaften organisiert sind.

Tucapel als Kopf einer gewerkschaftlichen Einigungsbewegung wurde für die Junta zu einer Gefahr. So macht sie es immer: Sie läßt eine Bewegung wachsen, ans Tageslicht treten, bis ihre Strukturen und Führer deutlich zu erkennen sind. Dann schlägt sie zu, entköpft die Bewegung und für einige Zeit ist wieder Ruhe.

Tucapels letzte Handlungen sind ein Beweis dafür, daß die gemäßigten Mittelstandspolitiker in Chile langsam wieder aufwachen. Sie wollen wieder eine politische Rolle spielen. Je mehr das Modell in die Krise gerät, desto mehr Chancen wittern sie. Auch wenn ihre politischen Organisationen aufgelöst oder verschollen sind, haben sie immer noch etwas zu bieten. Sie haben eine Basis im chilenischen Mittelstand, der traditionell sehr stark ist und als politischer Block zwischen Arbeitern und Bourgeois in der Geschichte des Landes immer eine Schlüsselrolle spielte.

## Die Sozialdemokratie als Alternative?

Nach acht Jahren des Abwartens, der duldsamen Opposition, der Nutzung bescheidener legaler Spielräume, der Anbiederung und der ungehörten Petitionen nähern sich die zahlreichen Organisationen des Mittelstandes wieder der Arbeiterklasse an und suchen deren Unterstützung für einen reformistischen Ausweg. Männer wie Tucapel Jimenez oder Federico Mujicar von der Gewerkschaft der privaten Angestellten sind dabei die politischen Bindeglieder zur Arbeiterbewegung. Auf meine Frage zum Bewußtseinsstand der Arbeiter antwortet Tucapel Jimenez:

„Im September 1973 waren wir im öffentlichen Dienst 400.000 Beschäftigte. Jetzt sind es noch 200.000. Wir haben alles verloren, alles; die Sicherheiten, die staatlichen Vorsorgeleistungen, die Rentenversicherung, die Aufstiegschancen. Ich glaube, daß die Arbeiter Chiles, trotz Propaganda und Individualisierung, nicht verloren haben, was bei ihnen im Blut ist: Den Drang nach Freiheit. Ihnen wurde nie etwas geschenkt. 50 Jahre Kampf, in denen einige Führer nicht nur ihre ganze Kraft gaben, sondern auch ihr Leben. Der chilenische Arbeiter wartet auf seine Gelegenheit. Und die muß durch die politische und gewerkschaftliche Bewegung geschaffen werden.

Ich glaube, daß etwas im Kommen ist. Ich weiß nicht, ob Sie den Vulkan Villarica kennen. Er ist sehr schön, mit Feuer und Schnee. Aber wenn er zu beben anfängt, hört er auf, touristisch zu sein, und fegt alles hinweg. In der Gewerkschaftsbewegung gibt es heute viele Vulkane, die in einem bestimmten Augenblick aufhören werden, schön und touristisch zu sein. Und dieser Augenblick nähert sich mit großer Geschwindigkeit, schneller als wir denken.“

Aber was nutzen die schönsten Vulkane, wenn sie vereinzelt ausbrechen, ohne ihre Kraft zu vereinen? Welche politische Kraft soll die Ausbrüche der Unzufriedenheit zu einem einzigen, nationalen Ausbruch zusammenfassen? Denn die Radikale Partei, die Christdemokratie und die Unidad Po-

pular haben ihre historische Chance gehabt, und ihre Autorität im Volk ist nicht mehr groß.

„Ich glaube, daß in der ganzen Welt eine neue politische Alternative im Kommen ist, die einen ganz bestimmten Namen hat. Vor allem in Europa entsteht die Sozialdemokratie als politische Alternative wieder neu. Und für uns als junge Länder kann der politische Ausweg genau die Sozialdemokratie sein.“

Aber in Europa hat die Sozialdemokratie Geschichte. Sie ist Teil einer traditionsreichen Arbeiterbewegung und dadurch stark geworden, daß sie die ökonomischen Interessen der Arbeiter mit der weltweiten Eroberungspolitik der Multis vereinen konnte; also die Arbeiter bekommen etwas von den Riesenprofiten der Konzerne ab. Aber diese Sozialpartnerschaft kann doch nur in einem hochentwickelten kapitalistischen Land funktionieren, das die Länder der Dritten Welt ausbeutet. Hier in Chile gäbe es doch gar nichts zu verteilen, keinen Spielraum für Zugeständnisse an die Arbeiter. Deshalb ist es doch kein Zufall, daß die Sozialdemokratie in der Arbeiterbewegung Chiles nie eine Rolle spielte. Sie hat hier keine Geschichte, ganz im Gegenteil zu den Christdemokraten.

„Nehmen wir die politische und Gewerkschaftsgeschichte. Die Christdemokratie war eigentlich nichts Neues. Sie bildete sich als Resultat des Scheiterns der Konservativen und riß alles an sich, was von der Radikalen Partei genug hatte.

Es war also keine neue politische Alternative. Unser Problem heute ist, daß eine neue politische Alternative einen neuen Namen haben muß. Sie kann nicht mit Leuten ankommen, die ein langes politisches Leben hinter sich haben. Denn jeder dieser Politiker, ich sage, jeder, der in der Führung eines neuen Projektes auftreten würde, würde von den Leuten schlecht angesehen werden. Weil die Leute glauben würden: Das ist ein Politiker, der kommt mit derselben alten Ideologie in neuer Verpackung.“

Gut, die Leute haben von den alten Parteien genug. Gleich-



Protestaktion gegen Pinochets Verfassungsreferendum 1980

zeitig sind sie gegen das Regime. Ich habe kaum einen getroffen, der wirklich dafür ist. Es gibt also so etwas wie ein großes ideologisches Vakuum, das, die Sozialdemokratie theoretisch füllen könnte. Aber glauben Sie nicht, daß nur ein neuer Name etwas wenig ist? Was ist denn nun das Neue an einem sozialdemokratischen Weg für Chile? Denn Vorstellungen wie gemischte Wirtschaft, Mitbestimmung und radikale Demokratisierung der Gesellschaft haben die Christdemokraten ja auch. Da sehe ich keinen Unterschied.

„Das Attraktive der Sozialdemokratie ist, daß sie zum ersten Mal die Arbeiter und Angestellten vereinen würde. Wir können verhindern, daß die Mittelschichten und die Arbeiter durch verschiedene Parteien vertreten sind.“

### „Es gibt viele Felipe Gonzales hier“

Der Gedanke ist interessant. Im Gegensatz zu Europa, wo die Sozialdemokratie aus der Arbeiterklasse hervorging, soll sie hier als politische Bewegung des Mittelstandes in die Arbeiterbewegung hineingetragen werden. Aber wo sollen denn in Chile die sozialdemokratischen Führer herkommen, wenn die Politiker alten Schlages verschlissen sind. Führer fallen doch nicht vom Himmel.

„In diesem Land gibt es genug Leute, die die Fähigkeit haben, eine politische Neuorientierung außerhalb der traditionellen Parteien durchzuführen. Vergessen Sie nicht, daß es im Fall Spaniens ein Felipe Gonzales war, der groß herauskam und den vorher kein Spanier kannte. Ich glaube, daß es hier viele Gonzales gibt.“

Möglich, daß sich fähige Köpfe finden. Aber mit welcher Basis? Es müßten sich doch zumindest Teile der alten Volksparteien dazu entschließen, ein sozialdemokratisches Projekt zu unterstützen.

„Erst einmal, das chilenische Volk hat genug vom Stil der traditionellen Parteien. Deshalb, weil es den politischen Preis für deren Versagen bezahlen muß. Und deswegen glaube ich, daß die Leute eine neue Alternative unterstützen werden. Auch viele Sozialisten werden dabei sein, weil viele von ihnen eine demokratische und keine marxistische Mentalität haben.“

Und Carlos Altamirano, unter S. Allende Generalsekretär der Sozialistischen Partei? Nach meinem Eindruck hat er sich im Exil zum Sozialdemokraten gewandelt.

„Klar, er war ein überzeugter Revolutionär in unserem Land. Und danach – mit der europäischen Erfahrung, die er machte – findet er, daß sein marxistischer Sozialismus nicht anwendbar ist.“

Die SPD hat ihm sicher ein bißchen Nachhilfeunterricht gegeben. Aber nun mal etwas anderes. Bei allen Zukunftsplanungen müssen Sie den Faktor Kommunistische Partei (KP) in Rechnung stellen. Sie ist immerhin die stärkste und einflußreichste Kraft in der Linken. Mit ihrer neuen Orientierung auf Volksaufstand und Rebellion geht sie doch in eine Richtung, die mit Ihren Vorstellungen nicht unter einen Hut zu kriegen ist.

„Den Kommunisten gebührt Respekt, in vielen Ländern der Welt, nicht in allen. Wo gibt es Kommunisten? Wo es Armut gibt. Wenn das hier so weitergeht mit der wirtschaftlichen Talfahrt, werden wahrscheinlich viele zu Kommunisten werden. Als Ausdruck von Ablehnung und Protest. Heute haben die Kommunisten einen gewerkschaftlichen Sektor gewonnen. Das ist Ausdruck des Protestes. Aber politisch ist die KP wie vorher. Sie hat eine solche Disziplin, daß sie nicht zu ändern ist. Aber bei den Gewerkschaftswahlen ist sie in einigen Bereichen stärker geworden. Sie siegte, weil die Armut größer geworden ist.

Was ihre Linie des Aufstandes betrifft: Ich glaube, daß das

darin liegt, daß sie im Ausland leben. Die Kommunisten hier im Innern denken anders. Denn was soll das Gerede vom gewaltsamen Weg, wenn überhaupt keine Waffen da sind? Sicher, die Rebellion ist in unserem Land heute stärker geworden. Das führt uns zu der Überlegung, ob die Kommunisten nicht möglicherweise Recht haben, daß der gewaltsame Weg die einzige Lösung ist.

Aber ich gehe – wie viele andere auch – vom friedlichen Weg aus und meine, daß es gegen einen friedlichen nationalen Streik gar nicht genug Kugeln gibt. Aber dazu müßte es eine wirkliche gewerkschaftliche Disziplin geben und die Unterstützung eines Teiles der Streitkräfte. Man kann nicht sagen, daß sie alle autoritär sind. Man muß sich mal überlegen, was A. Somoza sagte, zwei Tage bevor er gestürzt wurde. Er sagte: Ich sitze fest im Sattel. Aber als die Rebellion dort Formen annahm, begann in den Streitkräften ein Prozeß der Enttäuschung und des Abwendens. Ich glaube, daß wird bei uns auch so sein.“

Woher nimmt Tucapel Jimenez seinen Optimismus, was die sozialdemokratische Alternative betrifft? Denn die Radikale Partei, als einzige chilenische Partei Mitglied der Sozialistischen Internationale, ist unbedeutend und in zahlreiche Fraktionen zerfallen. Es gibt andererseits noch nicht einmal die Keimform einer neuen sozialdemokratischen Organisation. Und doch kann er mit seinen Zukunftsträumen Recht behalten. Er denkt langfristiger und in internationalen Kategorien. Außerdem hat er eine Weltmacht im Rücken, die sich zunehmend auch für Chile interessiert: Die Sozialistische Internationale (SI; siehe auch AIB 7-8/1981, S. 61-65). Die wechselhaften Erfahrungen und Taktiken der Sozialdemokratie Lateinamerikas haben Konsequenzen für ihre Chile-Politik:

- Die SI kann aufgrund ihrer Haltung in Mittelamerika damit rechnen, daß sie für die Linke Chiles attraktiver geworden ist. Die ersten politischen Früchte konnte sie bereits ernten: Die Kontakte zur Christlichen Linken, zur Vereinigten Volksorganisation (MAPU) und zu verschiedenen Fraktionen der Sozialistischen Partei sind in den letzten Monaten wesentlich intensiviert worden.

- Nach ihren ersten Erfahrungen mit regierenden Mitgliedsparteien muß die SI davon ausgehen, daß sie mit der „alten“ Sozialdemokratie Chiles, verkörpert in der Radikalen Partei, alleine oder im Bündnis mit der Christdemokratie keine Alternative zustande bringt. Der einzige Weg ist die Vereinigung der „alten“ Sozialdemokraten mit den „neuen Linken“ Chiles. Aber noch gibt es keine Anzeichen einer organisatorischen Vereinigung.

*Fortsetzung folgt*

## Chile- Postkartenaktion



Das Chile-Komitee Marburg ruft zur Beteiligung an einer Postkartenaktion auf:

Unterstützt das chilenische Volk! Schneidet den untenstehenden Text aus, klebt ihn auf eine Postkarte und schickt ihn an:

Bundeskanzler Helmut Schmidt, Bundeskanzleramt, 5300 Bonn.

**In Chile werden die Menschenrechte weiterhin verletzt!**

**Wir fordern eine Verurteilung der faschistischen Diktatur durch die BRD bei der Vollversammlung der UNO!**

Ivesa Lübben-Pistofidis

## Wie weiter nach dem Abzug der PLO aus Beirut ?



B. Gemayel, neuer libanesischer Präsident und Mann Israels

Den Abzug der Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) im August/September d.J. aus Beirut bezeichnete der israelische Kriegsminister Ariel Scharon als politische Niederlage Yassir Arafats. Und Ministerpräsident Menachim Begin konstatierte, daß der Libanon nun wieder in der Lage sei, zu einem „unabhängigen Staat“ zu werden. Zu einem „unabhängigen Staat“ von Israels Gnaden, mit einem faschistischen Staatspräsidenten, dem Phalangeführer Bechir Gemayel, an der Spitze, der am 23. August d.J. unter dem Druck der zionistischen Panzer und Bajonette für sechs Jahre ins Amt gewählt wurde.

Aber war die Niederlage der PLO tatsächlich so „absolut und total“ (A. Scharon), wie Israels Zionistenführer der Weltmeinung einzureden versuchen?

Nicht die militärische Situation gab den Ausschlag dafür, daß sich die PLO-Führung zu einem Rückzug aus dem von Israel belagerten Westbeirut entschloß. Die palästinensischen Kämpfer hatten, gemeinsam mit denen der Libanesischen Nationalbewegung in den Vereinigten Streitkräften, länger als jede andere reguläre arabische Armee zuvor den israelischen Invasoren standgehalten. Und sie hatten noch genügend Munition und Kampfmoral, um ihren Widerstand fortzusetzen. Die Sorge um das Leben der Menschen in Beirut bewog sie zum Abzug.

Die Evakuierung Beiruts durch die palästinensischen Kämpfer war keine Niederlage, sondern Ausdruck eines moralischen, politischen und militärischen Achtungserfolgs. Mit ihrem Widerstand gegen die hochmoderne israelische Armee hatte sich die PLO weltweit Anerkennung erkämpft. Die Evakuierung Beiruts war auch keine Kapitulation, denn durch ihren Widerstand konnte die PLO von der Regierung Begin ehrenhafte Bedingungen für ihren Abzug

erzwingen, die schließlich in den vom US-Sonderbotschafter Habib ausgehandelten 14-Punkte-Plan mündeten.

Voraussetzung für den Abzug war ihm zufolge eine Einstellung der Kampfhandlungen und ein Rückzug Israels von den unmittelbaren Kampflinien. Eine internationale Überwachungsgruppe aus 800 französischen, 800 amerikanischen und 400 italienischen Soldaten hatte für die Sicherheit der ca. 12.000 Palästinenser, die über den Landweg nach Damaskus oder per Schiff nach Zypern gebracht wurden zu sorgen. Von dort aus reisten sie nach Jordanien, in den Nord- oder Südwesten, den Sudan, Tunesien, den Irak oder Algerien weiter. Die Überwachungsgruppe sollte ferner den Schutz der in Westbeirut verbleibenden Libanesen und Palästinenser garantieren.

Die 3.000 in Westbeirut stationierten syrischen Soldaten der Arabischen Abschreckungstruppen (seit 1976 im Lande) sollten sich den syrischen Verbänden in der ostlibanesischen Bekaa-Ebene oder im Nordlibanon anschließen. Ihre leichten Waffen durften die Palästinenser behalten, während sie die schweren der libanesischen Armee übergeben sollten.

Bis zuletzt hatte Israel versucht, eine Verhandlungslösung über den Abzug der palästinensischen Kämpfer (ab 20. August 1982) zu hintertreiben, um sich letztendlich doch noch die militärische Option zur Liquidierung der Verteidiger Westbeiruts offenzuhalten. Israel suchte auch die Stationierung einer internationalen Truppe zu verhindern, womit die palästinensischen Flüchtlingslager schutzlos der Willkür der Invasionsarmee ausgeliefert gewesen wären.

### Im Visier Begins: Syrer, libanesische Linke

Noch während Phillip Habib zwischen Jerusalem und Beirut hin- und herpendelte, warfen israelische Phantomjäger ihre tödlichen Ladungen auf die belagerte Stadt.

Auch nach dem Abzug der PLO-Führung aus Beirut geht der Kampf um die Selbstbestimmung der rund 4,5 Mio Palästinenser und einen eigenen palästinensischen Staat weiter. Er geht weiter mit politischen Mitteln und der Ruf nach einer internationalen Nahostkonferenz unter Schirmherrschaft der UNO (eine aktuelle Forderung der PLO und der UdSSR) war noch nie so stark wie heute. Der Kampf geht weiter und nicht nur mit politischen Mitteln, denn – so PLO-Führer Abu Iyad – „der diplomatische Kampf ist mit dem militärischen untrennbar verbunden“ und die PLO-Führung sei „entschlossen, den bewaffneten Kampf in den besetzten Gebieten zu intensivieren“.<sup>1</sup>

Im von Israel besetzten Südlibanon leisten Palästinenser und fortschrittliche Libanesen heute Seite an Seite im Untergrund gegen die zionistischen Okkupanten Widerstand. Trotz eines gigantischen Militärapparates ist Israel außerstande, mehr als die größeren Ortschaften und die wichtigsten Verkehrswege zu kontrollieren. Nach Schätzungen der israelischen Armee operieren allein im Gebiet zwischen



PLO-Kämpfer beim Abzug aus Westbeirut

Sidon und Tyrus ungefähr 1.000 Fedayeen der Vereinigten Streitkräfte.

Daß auch die Organisationsstruktur der PLO nicht zerschlagen ist, hat sie durch die schnelle Reorganisation ihrer zivilen Institutionen in der Bekaa-Ebene und im Nordlibanon unter Beweis gestellt.

Obgleich Führung und Kämpfer der PLO Westbeirut nun verlassen haben, machen die zionistischen Besatzer keinerlei Anstalten, den Aufforderungen des UN-Sicherheitsrates<sup>2</sup> nach einem bedingungslosen Rückzug Israels aus dem Libanon nachzukommen. Im Gegenteil – sie rücken ständig weiter nach Norden vor und knüpfen immer neue Bedingungen an einen Rückzug aus dem Nachbarland, ohne eine einzige Garantie ihrerseits.

Die erste aktuelle Forderung der Regierung Begin ist die nach einem Rückzug der syrischen Truppen aus dem Libanon. „Wenn sich die Syrer nicht bewegen, bewegen wir uns auch nicht“, konstatierte A. Sharon. Und M. Begin drohte gar mit der Bombardierung von Damaskus für den Fall, daß Syrien der israelischen Aufforderung nicht nachkomme.<sup>3</sup> Der Abschub einer syrischen MIG-25 am 31. August d.J. östlich von Beirut war nur eine demonstrative Warnung.

A. Sharon behauptete zwar, sich nicht in innerlibanesischen Angelegenheiten einmischen zu wollen, fügte aber hinzu: „Es wäre aber Heuchelei zu behaupten, daß wir eine Regierung akzeptieren würden, die erneut bereit wäre, Terroristen und Syrer zu beherbergen.“<sup>4</sup>

Daß sich Israels Vernichtungsfeldzug nicht allein gegen die PLO, sondern auch gegen die libanesischen Linke richtet, wird zunehmend offensichtlich. Die Besatzer haben inzwischen auch die Einheiten der Libanesischen Nationalbewegung ultimativ aufgefordert, ihre schweren Waffen abzugeben. Generalstabschef Eytan verlangte gar, daß die linken Milizen, die an der Seite der PLO gekämpft haben, ebenfalls Westbeirut verlassen sollen.<sup>5</sup>

Die zionistische Kriegsführung schließt nach wie vor eine Erstürmung Westbeiruts, die diese Forderung erzwingen und den Phalangisten den Weg zur Ausdehnung ihrer Herrschaft

über ganz Beirut freimachen soll, nicht aus.

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß sich Israel auf eine längere Besatzungszeit im Libanon einrichtet. Die PLO und die Libanesischen Nationalbewegung gehen davon aus, daß die Zionisten endlich ihren alten Traum von der Annexion des Südlibanon wahrzumachen suchen. Schon jetzt beginnen sie, das Wasser des Litaniflusses zur Bewässerung der Plantagen in Nordisrael umzuleiten.

Die israelischen Einheiten haben bereits Winteruniformen erhalten. Ihre Pionierkompanien legen neue Straßen an und sprengen Verbindungslinien in die felsigen Berge. Verwaltungsfachleute sind abgestellt worden, um im Südlibanon eine provisorische israelische Verwaltung aufzubauen.

„Die Personaldokumente“, so berichtet ein Beobachter, „sind nur noch mit einem Stempel der israelischen Militäradministration gültig, ohne deren Genehmigung keiner seinen Heimatort verlassen darf... Von der israelischen Staatsbank und der Luftfahrtgesellschaft 'El Al' wurden bereits mehrere Niederlassungen in den okkupierten Gebieten errichtet. Die israelische Währung Schekel ist von den Besatzern zum offiziellen Zahlungsmittel erklärt worden.“<sup>6</sup>

Der Südlibanon ist bereits zu einem interessanten Absatzmarkt für israelische Exporteure geworden. Mit einem Volumen von 10 Mio Dollar allein in den ersten zwei Monaten israelischer Besatzung ist die Ausfuhr vor allem von Obst und Gemüse schon jetzt höher als der jährliche Export nach Ägypten. Derweil bleiben die Felder der libanesischen Bauern unbestellt.

Bevor überhaupt eine politische Lösung in Sicht ist, soll der Südlibanon in wirtschaftliche Abhängigkeit von Israel gebracht und die Welt vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

Menachim Begin war der erste, der nach der Wahlfarce vom 23. August 1982 dem designierten Staatspräsidenten Gemayel gratulierte. Gleichzeitig kündigte er an, daß er Bechir Gemayel bei dessen Amtsantritt am 23. September d.J. einen Entwurf für einen Friedensvertrag analog zu den Camp-David-Vereinbarungen (Separatabkommen mit Ägypten und den USA von 1978) vorlegen werde. Bechir Gemayel, dessen faschistische Kataeb-Milizen im Schatten der israelischen Besatzung ihren militärischen Einflußbereich erheblich ausgedehnt haben, dankte es Ministerpräsident Begin: „Ich werde nie vergessen, was Israel für die Befreiung des Libanon getan hat.“<sup>7</sup>

## Wunschpräsident Bechir Gemayel

Nach Meldungen des israelischen Rundfunks kam es bereits am 1. September d.J. zu einem Treffen zwischen B. Gemayel und M. Begin in der nordisraelischen Stadt Naharija. Es ist zu befürchten, daß der Phalangeführer mit den unbeschränkten Machtbefugnissen, die die libanesischen Verfassung dem Staatspräsidenten zugesteht, ein faschistisches Regime nach dem Vorbild lateinamerikanischer Diktaturen errichten wird. Er kann sich dabei auf die libanesischen Armee und seine gutorganisierten, mit modernsten israelischen Waffen ausgerüsteten Milizen, die er in die Armee integrieren will, stützen.

Der Unterstützung Washingtons kann er sicher sein, gratulierte ihm doch Ronald Reagan: „Die USA werden eng mit der neuen Regierung zusammenarbeiten.“<sup>8</sup> Die US-Agentur für Internationale Entwicklung hat bereits Hilfe an die neue libanesischen Regierung im Umfang von 95 Mio Dollar zugesagt. Und aus dem Verteidigungsministerium der USA sickern Gerüchte über eine geplante ad-hoc-Militärhilfe. Die libanesischen Armee, die traditionell ohnehin von der maronitischen Oberschicht und von den Phalangisten kon-

trolliert wird, hatte während des israelischen Feldzuges keinerlei Anstalten gemacht, das Land gegen die Eindringlinge zu verteidigen. Israel hat daraufhin die libanesische Armee autorisiert, an der Demarkationslinie zwischen Ost- und Westbeirut Position zu beziehen. Die libanesischen Militärs kollaborierten dabei offen mit der israelischen Armee und Phalangisten. Beispielsweise unterbanden sie während der Blockade Westbeiruts Lebensmitteltransporte in die belagerte Stadt.

Wenn Bechir Gemayel seine Ankündigung wahr machen wird, mit Hilfe dieser Armee die Kontrolle über Westbeirut wiederherzustellen, ist ein Blutbad unausweichlich. Schon jetzt haben die Rechtsmilizen im Schufgebirge und in der Gegend um Sidon eine regelrechte Menschenjagd auf fortschrittliche Libanesen und palästinensische Widerstandskämpfer eröffnet.

Alle patriotischen Kräfte des Libanon, die Libanesische Nationalbewegung, die traditionellen moslemischen Führer, aber auch Teile der christlichen Nationalbourgeoisie wie der ehemalige Staatspräsident Franjeh oder der Führer des Nationalen Blocks, Raymond Eddé, haben ihren Widerstand gegen B. Gemayel angekündigt. Sie lehnen die Wahl vom 23.8.1982 sowohl aus politischen als auch aus formellen Gründen ab, weshalb sie sie aus Protest gegen die israelische Besatzung boykottiert hatten.

Die Libanesische Nationalbewegung, die inzwischen die Waffen und Stellungen der PLO-Kämpfer in Westbeirut übernommen hat, kündigte an, daß sie die Stadt weiterhin gegen die Front aus Zionisten und Phalangisten verteidigen werde. Der Kampf um Beirut ist noch nicht beendet.

Schon vor dem PLO-Abzug aus Beirut kursierten Gerüchte, daß die USA die von Israel geschaffenen Fakten zu einer neuen Initiative nutzen wollten, um aus der Sackgasse von Camp David wieder herauszukommen.

In einer Fernsehansprache am 1. September 1982 ließ Präsident Reagan die Katze schließlich aus dem Sack. An Saudi Arabien, Jordanien und Ägypten gewandt, mit denen er bilaterale Gespräche über seine Vorstellungen anstrebe, schlug Ronald Reagan die Bildung eines autonomen palästinensischen Gebietes unter der Obhut Jordaniens vor. Er wandte sich gleichzeitig erstmals gegen eine Annexion der besetzten Gebiete durch Israel und forderte die sofortige Einstellung der zionistischen Siedlungstätigkeit, was den Protest der Begin-Regierung hervorrief.

Trotzdem sind die neuen Nuancen US-Nahostpolitik nicht gleichzusetzen mit einer Abkehr von Israel. „Amerikas Verpflichtung zur Sicherung Israels ist eisern und so ist meine eigene“, bekräftigte Ronald Reagan.<sup>9</sup>

Also sehen die Reagan-Vorschläge<sup>10</sup> auch keine umfassende Regelung des Nahostproblems vor, sind sie nur an die Adresse Israels und einiger mit den USA verbündeter arabischer Staaten gerichtet. Vor allem bleiben die Grundbedingungen für eine wirkliche Friedensregelung im Nahen Osten unerwähnt: Die Anerkennung der PLO, des einzig legitimen Vertreters des palästinensischen Volkes, und die Gründung eines unabhängigen Palästinenserstaates auf palästinensischem Boden.

#### Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 3.9.1982 und Der Spiegel, 6.9.1982
- 2) Wortlaut der UN-Sicherheitsrats-Beschlüsse siehe in: AIB 9/1982, S.5
- 3) Vgl. Tageszeitung, 30.8.1982
- 4) Ebenda
- 5) FAZ, 30.8.1982
- 6) Internationale Demokratische Frauenföderation, Sonderdruck, Nr. 3/Juli 1982
- 7) FAZ, 4.9.1982
- 8) International Herald Tribune, Paris/Zürich, 1.9.1982
- 9) FAZ, 3.9.1982
- 10) Wortlaut siehe in: The Times, London, 3.9.1982

## Umweltschutzkalender

Einst rühmten die Fischer an den Küsten den Reichtum der Nordsee. Heute klingt das wie ein Märchen. Leergefischt, von Öl verpestet, mißbraucht als riesige Giftmüllhalde, droht der Nordsee der Tod.

Aber die Nordsee muß leben!

Unser Umweltschutzkalender

### DIE NORDSEE

**Ein Meer droht unterzugehen.**

Ist ein Appell, für die Zukunft der Nordsee, für unsere Zukunft zu kämpfen.



### DIE NORDSEE

Ein Meer droht unterzugehen.

Engagierte Texte und Fotografen, Bürgerinitiativen und Umweltschutzorganisationen haben maßgeblich an diesem Kalender mitgearbeitet. Neben den 12 farbigen Monatsblättern und einem Einleitungsblatt ist dem Kalender ein Blatt mit 8 Umweltschutzpostkarten beigeheftet. Das zusätzliche Jahreskalendarium erhöht seinen praktischen Wert.

Der Preis: 29,80 DM

Darin ist eine Spende für das Internationale Wassertribunal enthalten, das im April 1983 in Rotterdam stattfindet. Ein weiterer Grund, den Umweltschutzkalender sich selbst und anderen zu schenken.

EDITION  für Umweltschutz  
PLAMBECK

Im Verlag Plambeck & Co, Neuss

Erhältlich in jeder Buchhandlung  
oder direkt beim  
collectiv-Versand  
Postfach 1928  
D-4000 Düsseldorf



# Abonnenten werben Abonnenten

Wir bitten unsere Leser um Unterstützung bei der Werbung neuer Abonnenten. Jeder AIB-Leser, der einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, bekommt von uns eine Buch- oder Schallplattenprämie nach eigener Wahl aus dem unten aufgeführten Titelangebot. Erfolgreiche Werber erhalten die gewünschte Prämie umgehend zugesandt, wenn sie selbst Abonnenten sind und der neue Abonnent das Abo bezahlt oder die in der Mitte dieses Heftes beigeheftete Abbuchungsvollmacht ausgefüllt hat.

## Prämien für 1 geworbenen Abonnenten:

Wolfram Bröner/Heinz-Jürgen Nieth  
**Der Kampf um El Salvador.**  
Volkserhebung und Intervention  
260 Seiten, Pahl-Rugenstein Verlag 1982

**Guatemala.**  
**Der lange Weg zur Freiheit**  
255 Seiten, Peter Hammer Verlag 1982

Jan Metzger/Martin Orth/Ch. Sterzing  
**Das ist unser Land — Westbank und Gazastreifen**  
unter israelischer Besatzung  
320 Seiten, Lamuv Verlag 1980

Hans van Ooyen (Hrsg.)  
**Der Reagan Report.**  
Weltmacht USA in Nöten  
204 Seiten, Weltkreis Verlag 1982

Autorenkollektiv  
**AFRIKA. Geschichte von den**  
Anfängen bis zur Gegenwart in vier Bänden  
Band 1 oder 2  
372 bzw. 297 Seiten, Pahl-Rugenstein 1979/80

Jürgen Roth/Kamil Taylan  
**Die Türkei — Republik unter Wölfen**  
240 Seiten, Lamuv 1981

Eduardo Galeano  
**Die offenen Adern Lateinamerikas**  
Erweiterte Neuaufgabe, 311 Seiten, Peter Hammer 1981

Peter Schütt  
**Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan.**  
Gibt es Rassismus in der Bundesrepublik?  
264 Seiten, Weltkreis 1981

Günter Giesenfeld  
**Land der Reisfelder.**  
Vietnam, Laos, Kampuchea  
220 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

Lore Schultz-Wild  
**Die zweite Befreiung.**  
Alphabetisierung in Nicaragua  
Mit einem Vorwort von Fernando Cardenal  
204 Seiten, Jugenddienst 1981

Sergio Ramirez  
**Viva Sandino! Leben und Tod des**  
ersten lateinamerikanischen Guerillaführers  
157 Seiten, Peter Hammer 1981

Alfred Babing/Hans-Dieter Bräuer  
**Namibia. Kolonialzeit, Widerstand und**  
Befreiungskampf heute  
219 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Günter Amend  
**Das Sexbuch**  
249 Seiten, Weltkreis 1979

ASF/AGDF (Hrsg.)  
**Bonn 10. 10. 81**  
Friedensdemonstration für Abrüstung  
und Entspannung in Europa — Reden, Fotos . . .  
224 Seiten, Lamuv 1981

Ernesto Cardenal  
**In Kuba. Bericht von einer Reise**  
388 Seiten, Hammer 1980

Rainer Falk/Peter Wahl (Hrsg.)  
**Befreiungsbewegungen in Afrika.**  
Politische Programme . . .  
532 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Frederik Vahle  
**Manuel. Oder die Reise an den Anfang der Welt**  
240 Seiten, Lamuv 1981

Antonio Skármeta  
**Der Aufstand**  
218 Seiten, Peter Hammer 1981

Brigitta Benzing/Kahsal Wolde-Giorgis  
**Das neue Äthiopien.**  
Vom Kaiserreich zur Revolution  
196 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Sergio Ramirez  
**Vom Vergnügen des Präsidenten.**  
Erzählungen aus Nicaragua  
141 Seiten, Peter Hammer 1981

ASF (Hrsg.)  
**Keine neuen Atomwaffen in der Bundesrepublik.**  
Aktionshandbuch 3  
192 Seiten, Lamuv 1982

**Ein Vierteljahrhundert mit Allende.**  
Erinnerungen seines Privatsekretärs  
429 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

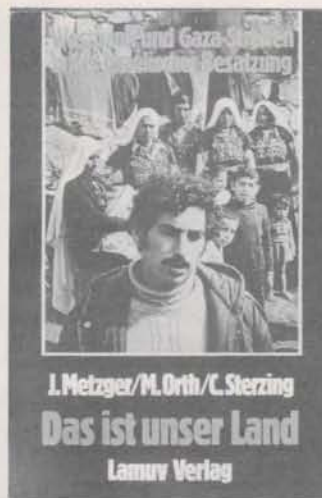
Ernesto Cardenal  
**Die Stunde Null**  
2. Auflage, 400 Seiten, Peter Hammer 1981

Plácido Erdozain  
**San Romero de America.**  
Die Geschichte des Bischofs von San Salvador  
122 Seiten, Jugenddienst-Verlag 1981

Hermann Kohn  
**El Salvador/Nicaragua.**  
Aufstand im US-Hinterhof  
191 Seiten, Weltkreis 1981

Jürgen Ostrowsky/Wolff Geisler  
**Südafrika.**  
Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf  
160 Seiten, Pahl-Rugenstein 1978

**Bestellkarte in der Mitte des**  
Heftes benutzen!





Bitte mit  
Postkartporto  
freimachen

Ich habe als neuen AIB-Abonnenten erworben

Mein Name: .....

Meine Adresse: .....

Mein Prämienvorschlag: .....

An

AIB – Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

Name

Adresse

James Madhlope Phillips/Bremer Chor Die  
Zeitgenossen,  
Bongi Makeba, Jabula  
**Konzert für Soweto**  
30-cm-Doppel-LP  
UN-Centre against Apartheid/Pläne 1981

Ernesto Cardenal  
**Unser Land mit den Menschen  
die wir lieben**  
Gedichte. Mit Bildern aus  
Solentiname und dem neuen Nicaragua  
64 Seiten, Großformat, Peter Hammer 1980

Hannes Stütz/Dieter Süverkrüp  
**Kuba, Vom Zuckerrohr zur Zukunft**  
144 Seiten, reich illustriert  
Weltkreis 1978

Miriam Makeba  
**Country Girl**  
30-cm-LP, Verlag Pläne





**FÜR DIE  
SCHREIBEN WIR  
NICHT...**



... wenn Sie eine Zeitung suchen,

- die informiert — analysiert — kommentiert
- die Partei bezieht  
für Frieden und Abrüstung  
für demokratischen und sozialen Fortschritt  
für das Recht auf Arbeit, Bildung und Ausbildung  
für internationale Zusammenarbeit
- die solidarisch ist mit dem Kampf der Völker  
gegen Imperialismus und Faschismus
- die Antikommunismus und Antisowjetismus für eine  
Grundtorheit unserer Epoche hält und den Meinungs-  
streit nicht mit psychologischem Krieg verwechselt —

eine Zeitung,

- die diese Haltung auch in einem umfangreichen  
Kulturteil zum Ausdruck bringt —

dann ist die **Deutsche Volkszeitung** richtig für Sie!

Sie sollten diese Wochenzeitung  
kennlernen. Mitteilung Ihrer An-  
schrift auf dieser Karte genügt!

Bitte senden Sie mit unverbindlich  
und kostenlos einige Ausgaben der  
DEUTSCHEN VOLKSZEITUNG:

.....  
Vor- und Zuname

.....  
Beruf

.....  
Straße / Nr.

.....  
Postleitzahl / Wohnort

Bitte mit  
Postkarten-  
porto  
freimachen

**Werbeantwort**

**An**

**MONITOR-VERLAG GmbH**

Oststraße 154 — Postfach 5707

**4000 Düsseldorf**

**In ihr schreiben:**

Prof. Wolfg. Abendroth  
Therese Angeloff  
Prof. Hans W. Bartsch  
Arno Behrlich  
Prof. Frank Benseler  
Horst Bethge  
Wolfgang Beutin  
Prof. Wilhelm R. Beyer  
Dr. Michael Charlier  
Peter O. Chotjewitz  
Franz J. Degenhardt  
Lotte Mi Doormann  
Klaus Eder  
Dr. Elisabeth Endres  
Anatol Feid O.P.  
Pastor Peter S. Gerlach

Dr. Karl Heinz Götze  
Prof. Horst Herrmann  
Dr. Florence Hervé  
Prof. Rudolf Hickel  
Dr. Richard Hiepe  
Michael Höhn  
Prof. Hans Heinz Holz  
Prof. Horst Holzer  
Prof. Jörg Huffs Schmid  
Mechtild Jansen  
Prof. Gerhard Kade  
Dietrich Kittner  
Franz Xaver Kroetz  
Prof. H.-J. Krysmanski  
Prof. Reinhard Kühnl  
Steffen Lehndorf

Peter Maiwald  
Dr. Jutta Menschik  
André Müller  
Prof. Michael Nerlich  
Prof. Norman Paech  
Dr. Karl Pawek  
Prof. Lothar Peter  
Hans Platschek  
Prof. Uta Ranke-  
Heinemann  
Josef Reding  
Prof. Renate Riemeck  
Erika Runge  
Prof. H.-J. Sandkühler  
Pfarrer Werner Sanß  
Erasmus Schöfer

Margot Schroeder  
Peter Schütt  
Dr. Hannelis Schulte  
Monika Sperr  
Jürgen P. Stössel  
Norbert Stratmann  
Dr. Horst D. Strüning  
Prof. G. Stuby  
Dieter Süverkrüp  
Uwe Timm  
Dr. Karl Unger  
Peter Weiss  
Gaby Zipfel  
u.a.

**Redaktion:**

Helmut Bausch (Chefredakteur); Dr. Thomas Neumann (Stellvertreter); Peter Baumöller (Chef vom Dienst);  
Reiner Taudien (Reportage); Dr. Mathias Jung (Innenpolitik); Bernd Mansel (Ausland); Erich Rudolf (Wirtschaft);  
Dr. Agnes Hüfner (Kultur); Emmi Kuhlmeier (Frauen); Walter Bloch; Dr. Hans Brender; Alexander Goeb; Heinz-Willi  
Gross; Helmut Haensch; Fritz Wolf; Bernhard Wortmann. Ständige Beratung: Fritz Hollstein.

# Dritte Welt & Literatur



224 Seiten,  
Format  
21 x 29,7 cm,  
Broschur,  
DM 28,80

## Nicaragua – Vor uns die Mühen der Ebene

Herausgegeben von Carlos Rincón (Kulturministerium von Nicaragua) und Krista Tebbe (Kunstmuseum Kreuzberg, Berlin). Als Autoren: Julio Cortázar, Gabriel García Márquez, Antonio Skármeta, Sergio Ramírez, Tomás Borge, Daniel Ortega u. a.  
Der Band ist mit mehr als 100 s/w und farbigen Abbildungen illustriert.

## Rastafari



Fotografiert von Anno Wilms Textredaktion: Lutz Kliche Jugenddienst-Verlag

72 Seiten,  
Format  
30 x 28 cm,  
Broschur,  
DM 24,80

## Rastafari

Fotografiert von Anno Wilms, Textredaktion Lutz Kliche  
Insgesamt 54 großformatige s/w Fotos  
Nie gesehene Bilder einer politisch-religiösen Lebenskultur: Die Rastafaris in Jamaika; eine Dokumentation in Bild und Wort, die zeigt, daß diese Bewegung mehr ist als Reggae und Marihuana.



## Guatemala – Der lange Weg zur Freiheit

Hrsg. von der Informationsstelle Guatemala e.V.  
Mit einem Vorwort von Helmut Frenz  
256 Seiten, Taschenbuch  
DM 12,80



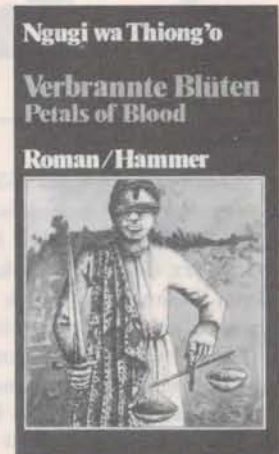
## Indianer in Lateinamerika

Neues Bewußtsein und Strategien der Befreiung  
Hammer  
Dokumente der zweiten Tagung von Barbados  
288 Seiten, Taschenbuch  
DM 14,80



## Mongo Beti Der arme Christ von Bomba

Roman/Hammer  
Aus dem Französischen von Herta Meyer und Jochen R. Klicker  
376 Seiten, Broschur  
DM 32,80



## Ngugi wa Thiong'o Verbrannte Blüten

Petals of Blood  
Roman aus Kenia  
Aus dem Englischen von Susanne Köhler  
480 Seiten, Broschur  
DM 38,80

Jugenddienst-Verlag Peter Hammer Verlag

Föhrenstraße 33-35 Postfach 200415 5600 Wuppertal 2



Gerhard Stuby

## Israels Libanonpraktiken erfüllen den Tatbestand des Völkermords

Aus Anlaß des am 6.6.1982 eröffneten israelischen Libanonkrieges hat sich im August d.J. in Nikosia/Zypern eine Internationale Untersuchungskommission gebildet, die es sich zur Aufgabe macht, Fakten und Ereignisse zu sammeln bzw. aufzuklären und zu bewerten mit den Mitteln einer gewissenhaften Untersuchung. Die Kommission will, gestützt auf den internationalen Moralkodex des Völkerrechts (UNO!), die Weltöffentlichkeit über die Rechtsvergehen im Libanonkonflikt aufklären. Überdies will die Kommission durch ihre Aufklärungsarbeit dazu beitragen, daß die völkerrechtlich bestehenden Sanktionsmöglichkeiten angewandt und weiterentwickelt werden.

Die Initiative zur Gründung dieser „Internationalen Kommission zur Untersuchung der israelischen Verbrechen gegen das libanesische und palästinensische Volk“ ging von einigen Persönlichkeiten aus, die schon Mitglieder der internationalen Kommissionen zu Vietnam und Chile waren. Der jetzt zum Libanon gegründeten Kommission gehören Persönlichkeiten wie der bekannte englische Anwalt John Platts-Mills (Generalsekretär der Kommission), die Nobelpreisträgerin für Chemie, Dorothy Crowfoot-Hodjkin, das Mitglied des Obersten Gerichtes von Indien, Dhirbhay A. Desai, der Bischof von Stockholm, Lars Carlzon, der bekannte griechische Komponist Mikis Theodorakis, der frühere Staatspräsident von Portugal, Costa Gomes, der stellvertretende Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei Finnlands, Prikko Tyolajarvi, das Mitglied des Politbüros der Sozialistischen Partei Senegals, Boubaca Seck und aus der Bundesrepublik Prof. Gerhard Stuby, Vizepräsident der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen, an. Hier G. Stubys Zusammenschau und Wertung der Untersuchungsergebnisse von Nikosia.

Die Internationale Kommission zur Untersuchung der israelischen Verbrechen gegen das libanesische und palästinensische Volk hörte auf ihrer konstituierenden Sitzung in Nikosia vom 15.-17. August 1982 zwei Tage lang Zeugen und Darlegungen von Sachverständigen zu militärischen, medizinischen, rechtlichen, historischen und anderen Fragen an.

Es schälte sich ein erschreckendes Bild der Lage insbeson-

dere der Zivilbevölkerung im Libanon heraus, die bislang in den Massenmedien, zumal in unserem Land nur unvollkommen, zudem noch sehr einseitig, die Rolle Israels und der USA beschönigend, dargestellt wird.

Die Beweise, daß es sich bei dem militärischen Vorgehen Israels um eine geplante Aggression im Sinne der Aggressions-Definition der UN-Vollversammlung von 1974 handelt, sind erdrückend. Ohne haltbare Begründung hat Israel

den souveränen Staat Libanon überfallen und fast die Hälfte seines Territoriums besetzt. Selbst wenn man sich den Standpunkt der israelischen Propaganda zueigen macht, die Palästinenser hätten vom libanesischen Gebiet aus Terrorakte gegenüber Israel vorgenommen, läßt sich das Vorgehen Israels nicht rechtfertigen.

Abgesehen davon, daß der Umfang der Aktionen der bewaffneten Einheiten der PLO in Israel nie als eine Angriffshandlung zu werten ist, die ein Verteidigungsrecht im Sinne der Art. 51 der UNO-Charta gestattet, sind die behaupteten Befreiungsaktionen gegenüber sog. Terroristen nie im Einverständnis mit den libanesischen Autoritäten vorgenommen worden. Da sich jedoch die PLO wie übrigens auch die syrischen Einheiten auf vertraglicher Basis im Libanon aufhalten (Vertrag von Kairo 1969 bzw. Übereinstimmung der Staaten der Arabischen Liga zur Stationierung einer Friedenstruppe im Libanon von 1976), bedeutet ein Angriff auf diese Einheiten von seiten Israels eine Aggression auf den souveränen Staat Libanons.

Aber auch der Umfang der israelischen Aktionen, die sich zu einem regelrechten Krieg ausgeweitet haben, straft die eigene Propaganda Lügen. Wie ein israelischer Sachverständiger ausführte – Josef Algazy, Sekretär der israelischen Liga zur Verteidigung der Menschenrechte – hat die israelische Armee die Absicht, sich länger im Libanon aufzuhalten. Neben vielfältigen Bekundungen zumindest einer Annexionsabsicht für den Libanon, bereitet die israelische Armee jetzt schon ihre Winterquartiere vor. Alle Aufforderungen des UN-Sicherheitsrates, sich unverzüglich zurückzuziehen – so durch die Resolution Nr. 509 vom 6. Juli 1982 (Wortlaut in: AIB 9/1982; d. Red.) hat Israel strikt abgelehnt.

Erdrückend sind die Beweise, daß Israel in seiner Kriegsführung gegen elementare Normen des humanitären Völkerrechtes verstoßen hat, insbesondere gegen die Genfer Konvention von 1949, deren Vertragspartner es ist.

Alle Zeugen stellten übereinstimmend fest, daß die Bombardierungen und Beschießungen in erster Linie in bevölkerten Gebieten vorgenommen wurden. Zum Teil konnte sogar die Absicht, möglichst massiv die Zivilbevölkerung zu treffen, nachgewiesen werden.

So berichtete der kanadische Arzt, Dr. Christos Yianmou – er hat übrigens auch als Zeuge bei einer Vernehmung im amerikanischen Repräsentantenhaus gedient –, daß in Sidon die israelischen Truppen Frauen und Kinder durch ihre Linien passieren ließen, um in das Flüchtlingslager Ain el Halwi zu gelangen, um dann sofort die Bombardierung dieses Lagers aufzunehmen.

### Einsatz von US-Massenvernichtungswaffen

Es wurde völlig dem Erdboden gleichgemacht. Von den etwa 60.000 bis 80.000 Insassen waren nur noch einige tausend übriggeblieben. Die anderen waren entweder getötet oder vertrieben worden. Ähnlich verhielt es sich bei den anderen Flüchtlingslagern.

Übereinstimmend berichteten die Zeugen (vor allem auch das griechische Ärzteteam, das sich während der Bombardierung in Westbeirut aufhielt), daß gerade Schulen und Krankenhäuser systematisch bombardiert und beschossen wurden, obwohl sie eindeutig mit dem Emblem des Roten Kreuzes versehen waren und sich auch in der Nähe keine militärischen Ziele befanden. Bei der Zielgenauigkeit der heutigen modernen Waffen wäre eine solche Nähe auch keine Begründung mehr gewesen.

Verheerende Wirkungen gerade unter der Zivilbevölkerung hatte der Einsatz von Massenvernichtungswaffen, die nach der Petersburger Deklaration von 1868 und der Haager Konvention von 1907 verboten sind, da sie entweder eine Unter-



Im Juli d. J. bombardiertes Westbeiruter Krankenhaus

scheidung zwischen Zivilbevölkerung und Militär nicht ermöglichen oder unnötige Leiden hinzufügen. So wurden Splitterbomben, Phosphorbomben, Vakuumbomben und andere Waffen eingesetzt (siehe Kasten; d. Red.).

Zeugen, die die Bombardierung Westbeiruts miterlebten – neben den genannten außerdem das Mitglied des schwedischen Parlaments, der sozialdemokratische Abgeordnete Göran Frank, der finnische Journalist Mikko Lohikoski – berichteten von den verheerenden Zerstörungs- und Verletzungswirkungen dieser Waffen. So war in Westbeirut ein zehnstöckiges Haus nach dem Einsatz einer Vakuumbombe, die lautlos eine riesige Implosionswirkung erzeugte, völlig zusammengestürzt. 300 Menschen fanden den Tod.

Verheerende Auswirkungen haben **Phosphorbomben**, vor allem weil wegen Zerstörung der Hospitäler, Strom- und Wasserausfall eine schnelle ärztliche Behandlung nicht möglich ist. Bestimmte **Schrappnellbomben** erzeugen kleine Wunden, zersetzen aber das unter der Haut liegende Muskel- und Knochengewebe mit großer Geschwindigkeit. Nur schnelle und radikale Amputation könnte hier noch lebensrettend wirken.

Sachverständige Kommissionsmitglieder, insbesondere John Tackman aus Schweden, legten dar, daß man mit derartigen Waffen schon im Vietnamkrieg üble Erfahrungen gemacht hatte, daß aber die hier eingesetzten ähnlichen Waffen bei weitem effektiver und verheerender sind, weil inzwischen eine weitere technische Entwicklung dieser Waffensysteme erfolgt sei.

Die Herkunft dieser Waffen aus den USA wurde im einzelnen von einem Mitglied einer Mission dargelegt, die sich im Auftrag eines Kreises amerikanischer Kongreßabgeordneter gerade während der Bombardierungen in Beirut aufgehalten hatten, um festzustellen, ob durch die Lieferung dieser Waffen eventuell gegen amerikanische Exportbestimmungen verstoßen worden sei.

# Begins „humane Kriegsführung“: Phosphor- und Splitterbomben gegen Zivilisten

Der israelische Einsatz von Splitterbomben bzw. Bündelbomben („cluster bombs“) im Libanon ist nicht völlig neu. Bereits beim Südlibanonfeldzug vom März 1978 setzte die israelische Armee diese Waffe ein, von der die USA selbst im Vietnamkrieg (1964-73) reichen Gebrauch gemacht hatten. Freilich sind die seit dem 6. Juni 1982 auf palästinensische und libanesisische Zivilisten angesetzten **Splitterbomben made in USA** mit einer noch größeren Streubreite ausgestattet.

„Wenn diese Waffe ausgeklingt wird“, so beschreibt der Stern vom 8.7.1982, „klappt sie auf wie ein Regenschirm und zerlegt sich. Die Ummantelung wird vom Fahrtwind fortgerissen, und aus dem Innern quillt eine Wolke von 20 Zentimeter langen Bomben hervor. So verteilt sich die Wirkung auf die Fläche der Größe mehrerer Fußballplätze. Jede Mini-Bombe hat die Stärke einer Handgranate. Englische Inschrift auf der israelischen Waffe: A/PERS. Das bedeutet 'Anti-Personnel' – gegen Menschen.“

Der Bremer Assistenzarzt Peter Weis, der sich im Juli/August d.J. im bombardierten Westbeirut aufhielt und dort im Auftrag der humanitären Hilfsorganisation „ASME HUMANITAS“ in einem internationalen Ärzteteam mitarbeitete, bestätigte im Gespräch mit dem AIB, daß gerade die Splitterbomben sehr viele Opfer unter der Zivilbevölkerung der belagerten Stadt forderten. Ihre Wirkungsweise schilderte er so: „Die cluster bombs reißen oberflächlich sehr böse Wunden, ähnlich wie Dumdum-Geschosse (völkerrechtlich geächtetes Infanteriegeschosß mit abgefeilter Spitze; d. Red.), die sehr schwer zu versorgen sind. Die Behälter dieser Bomben explodieren in den Straßenschluchten Westbeiruts vor dem Aufprall. Sie setzen dann hunderte oder tausende kleiner Bomben frei, die in horizontaler Richtung, mit hoher Geschwindigkeit in die Wohnungen eindringen und eine hohe Durchschlagskraft haben. Sie reißen, wenn sie auf Menschen treffen, Haut und Gewebe heraus. Das blutet erst einmal massiv und das Gewebe ist so zerrissen, daß es eigentlich immer zu Vereiterungen kommt. Diese Verletzungen sind schwierig, sehr langwierig zu behandeln. Und viele Leute sind von diesen cluster bombs böse zugerichtet worden, viele sind an den dadurch ausgelösten Infekten und an den inneren Verletzungen gestorben. Diese Bomben wurden während der ganzen Zeit über Westbeirut abgeworfen, auch ganz am Schluß, als die Verhandlungen von Habib (Nahost-Sonderbotschafter der USA; d. Red.) schon weit fortgeschritten waren. Ich habe selbst solche Behälter gesehen. Das sind amerikanische Bomben gewesen, die 1973 hergestellt worden waren.“

Sowohl die Splitterbomben als auch die daneben von den israelischen Invasoren systematisch eingesetzten **Phosphorbomben** zielten unbestreitbar auf die Zivilbevölkerung und zivile Einrichtungen ab. „Immer dann, wenn Bomben einschlugen“, so versichert P. Weis, „wurde fast ausschließlich die Zivilbevölkerung getroffen, die in der Innenstadt vielfach gar nicht mehr in den überfüllten Kellerräumen Zuflucht fand, sondern sich in Wohnräumen drängte. Die in die Krankenhäuser eingelieferten Opfer der Bombenangriffe waren höchstens zu 20-30% Soldaten. Phosphorbomben sind eindeutig eingesetzt worden. Ich habe selbst viele solcher Verbrennungen gesehen. Phosphorbomben sind sogar auf Krankenhäuser abgeworfen worden, auch über gekennzeichneten Krankenhäusern, Schulen und Altersheimen.“

Mediziner bezeichnen Phosphorbomben als eine der allerschlimmsten Bombenarten, weil Phosphor auf der Haut der Opfer festklebt und die Brandstellen stundenlang weiterschwellen. Die Wunden sind ausgeprägt und viel schwieriger als normale Brandwunden zu behandeln (Phosphor ist nicht mit Wasser löslich). Nicht selten riefen Sprengstücke dieser Bomben, die in den Körper der Opfer eindrangen, innere Verbrennungen hervor. Troy Rusli, ein norwegischer Arzt beschrieb den Fall eines etwa 60jährigen Libanesen, der mit einem phosphorhaltigen Sprengstück in der Brust in das Lahout-Krankenhaus eingeliefert wurde: „Mit jedem qualvollen Atemstoß drang Rauch, der von im Innern brennendem Phosphor herrührte, aus Nase und Mund aus. Wir mußten erst das Sprengstück aus ihm herauschneiden, bevor wir – durch das Entfernen des verbrannten Gewebes – endlich den Brand stoppen konnten.“ (International Herald Tribune, Zürich/Paris, 21./22.8.1982)

Tausende palästinensischer und libanesischer Zivilisten wurden so zu Brandfackeln oder zeitweilig entsetzt – Zeichen jener „humanitären Kriegsführung“ Israels, von der in israelischen und westlichen Medien noch immer die Rede ist...



US-Splitterbombe (oben); Phosphorbombenopfer, eine junge Libanesin

Auch sie stellten den fast ausschließlichen Gebrauch dieser Waffen gegenüber der Zivilbevölkerung fest. Die kämpfenden Einheiten der PLO seien bei weitem weniger von ihnen betroffen worden.

Auch die immer noch anhaltende totale Blockade von Westbeirut durch die israelischen Truppen, deren Aufhebung schon öfters vom UN-Sicherheitsrat gefordert wurde (zuletzt am 30. Juni 1982), weist auf einen Vernichtungswillen gegenüber der Zivilbevölkerung hin.

Einige Zeugen (so insbesondere das Ehepaar Möller) berichteten davon, daß sie vom Abwurf von als Spielzeug getarnten Explosionskörpern gehört hätten.

Zahlreich waren auch die Beweise, die eine Verletzung der Genfer Konventionen wegen Nichteinhaltung der Bestimmungen über die Gefangenen belegt.

### Verstöße gegen den Kriegsgefangenenstatus

Die Kommission wurde darüber informiert, daß die israelische Regierung es abgelehnt habe, den in die Hand der israelischen Armee gelangten kämpfenden Einheiten der PLO den Kriegsgefangenenstatus zuzugestehen und sie dementsprechend zu behandeln, obwohl die PLO bestätigt hatte, daß sie die Genfer Konventionen einhalten wolle.

Die Nichtgarantierung des Kriegsgefangenenstatus verstößt gegen zahlreiche Resolutionen der UN-Vollversammlung, insbesondere Nr. 3103 (XXVIII) vom 12. Dezember 1973, wo solche Personen, die gegen fremde Besetzung zur Erlangung ihres Selbstbestimmungsrechts kämpfen, dieser Status zu garantieren ist.

Zahlreich waren die Beweise über eine grausame Behandlung von Palästinensern, Kämpfenden und Zivilisten, die von den israelischen Streitkräften festgenommen worden waren. Insbesondere das Ehepaar Möller, wie auch der kanadische Arzt Dr. Yiannou berichteten von Fällen, in denen Gefangene zu Tode geprügelt wurden, stundenlang bis zur Erschöpfung in glühender Hitze stehen mußten, ohne zu trinken und zu essen zu bekommen, tagelang gefesselt waren, zum Teil auch



Palästinensisches Lager nahe Tyrus, dem Erdboden gleichgemacht

gefoltert wurden. Offiziere hatten sich an dieser Behandlung nicht beteiligt, sie aber von ihren Untergebenen geduldet bzw. eventuell sogar angeordnet.

Diskriminierende und grausame Behandlung mußten sich alle palästinensischen und andere Gefangene (insbesondere anderer arabischer, afrikanischer oder asiatischer Staaten) gefallen lassen, unter ihnen auch zahlreiche Ärzte. Abgesehen von den ungerechtfertigten Verhaftungen wurden europäische und nordamerikanische Staatsangehörige korrekt behandelt.

Die Zeugen berichteten auch, daß nicht nur gefangene Kämpfer in Konzentrationslagern festgehalten wurden, sondern wie z.B. in Sidon, die ganze männliche Bevölkerung.

Nimmt man all diese Aktionen und ihre Auswirkungen zusammen, so kommt man zu der Feststellung, daß die verantwortlichen israelischen Autoritäten entsprechend der Definitionen, die in Art. 2 der Konvention über das Verbrechen des Völkermordes und ihrer Bestrafung vom 9. Dezember 1948 enthalten ist (alle Aktionen, die darauf gerichtet sind, ganz oder teilweise eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe an sich auszulöschen), einen Genozid begangen haben.

Übereinstimmend kamen Zeugen und Sachverständige zu dem Ergebnis, daß die Vereinigten Staaten militärisch durch



10. Juni 1982: Zusammengetriebene Palästinenser auf einem Platz in Tyrus

Lieferung von Waffen und moderner Technologie die Aggressionen und andere schwere Völkerrechtsverletzungen unterstützt haben, ebenso wie durch wirtschaftliche, politische (insbesondere im Rahmen des UN-Sicherheitsrates) und moralische Hilfe. Sie sind daher als Mittäter dieser Verbrechen zu betrachten.

In ihren Schlußfolgerungen verlangt die Internationale Kommission den unverzüglichen und unbedingten Rückzug aller israelischen Streitkräfte vom libanesischen Gebiet, die Einstellung aller Feindseligkeiten gegen das palästinensische und libanesisches Volk, sowie die sofortige Entlassung aller Kriegsgefangenen.

Sie appelliert an alle Regierungen und nichtstaatlichen Organisationen, Parlamente, Gewerkschaften und alle Völker, ihre Solidarität und materielle, diplomatische, politische und moralische Unterstützung mit dem libanesischen und palästinensischen Volk auszudrücken. Insbesondere fordert die Kommission dazu auf, unverzüglich medizinische und humanitäre Hilfe für die Opfer der Aggression zu leisten.

Die Kommission kommt zu dem Ergebnis, daß nur dann im Nahen Osten Frieden einkehren kann, wenn das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes einschließlich seines Rechtes auf einen eigenen Staat und die Anerkennung der PLO als einzige und legitime Repräsentantin des palästinensischen Volkes und die Garantie der Unabhängigkeit und territorialen Integrität und Souveränität des Libanon gesichert sind.

# Der Standort der BRD/EG in Sachen Israel

„Sympathie“ und „Respekt“ bekundete Bundesaußenminister H.D. Genscher seinen Gastgebern während einer Israel-Visite Anfang Juni 1982. Diese hätten „keine Anstrengungen und Entsaugungen gescheut, um den Frieden mit Ägypten zu ermöglichen“. Das Camp-David-Separatabkommen lobte er als „einen wichtigen Wendepunkt in der Geschichte des Nahen Ostens“ (Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Nr. 56/9.6.1982, S. 478).

Kaum hatte der Außenminister Israel wieder verlassen, da befahlen seine Gastgeber ihren Truppen den Einmarsch in den Libanon.

Am Vorabend des Bonner NATO-Gipfels vom 10. Juni d.J. unterzeichnete derselbe H.D. Genscher sodann eine Erklärung der Außenminister der 10 Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft (EG), die die Libanon-Aggression Israels als „flagrante Verletzung des Völkerrechts sowie der elementarsten humanitären Grundsätze“ geißelte und zum sofortigen militärischen Rückzug aufforderte (Der Spiegel, 14.6.1982).

Hieran zeigt sich die Widersprüchlichkeit und Inkonsistenz der Bonner Position im Nahostkonflikt. Seit die arabischen Ölstaaten im Oktoberkrieg 1973 mit ihrem Ölembargo die strategische Verwundbarkeit der westeuropäischen Wirtschaften demonstriert haben, hat die Bundesregierung innerhalb der EG einen vorsichtigen Kurswechsel (Stichwort: „Ausgewogenheit“) in der Nahostfrage mitvollzogen. In diesem mühevollen Anpassungsprozeß wuchs nach und nach innerhalb der EG die Erkenntnis, daß eine dauerhafte Friedenslösung im Nahen Osten nur auf der Grundlage einer umfassenden Regelung möglich sei.

Der Positionswandel läßt sich an einigen Gipfelerklärungen festmachen:

● Am 6. November 1973 – kurz nach dem Oktoberkrieg – verabschiedeten die EG-Außenminister eine Erklärung, wonach eine Friedensregelung im Rahmen der Vereinten Nationen erfolgen und auf vier Prinzipien beruhen müsse: erstens der Unzulässigkeit des Gebietserwerbs durch Gewalt; zweitens der Notwendigkeit des Rückzugs Israels aus allen im Juni 1967 besetzten Gebieten; drittens der Achtung der Souveränität und territorialen Integrität eines jeden Staates innerhalb der Region sowie des Anspruchs auf Frieden innerhalb gesicherter und anerkannter Grenzen; und viertens der Berücksichtigung der legitimen Rechte der Palästinenser. (Europa-Archiv, Folge 2/1974, D. 29 ff)

● Am 29. Juni 1977 präzisierte eine neue Nahosterklärung des Europäischen Rates in London die These vom „legitimen Recht des palästinensischen Volkes auf effektiven Ausdruck seiner nationalen Identität“ und betonte „die Notwendigkeit eines Heimatlandes für das palästinensische Volk“. Erstmals wurde auch die Teilnahme von „Vertretern“ des palästinensischen Volkes an den Friedensverhandlungen gefordert. (Europa-Archiv, Folge 18/1977, D. 516 ff)

## EG-Positionswandel nach 1973

● Vor dem Hintergrund des festgefahrenen Camp-David-Prozesses (Separatverhandlungen Ägyptens, Israels und der USA seit 1978) ging die EG auf ihrer Gipfelkonferenz von Venedig am 13. Juni 1980 einen Schritt weiter. Die dort verabschiedete Nahosterklärung forderte erstmals – über die vage Formel vom „legitimen Interesse“ hinaus – das „Selbstbestimmungsrecht“ des palästinensischen Volkes sowie eine Beteiligung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) an einer Verhandlungslösung (Bulletin, Nr. 71/17.6.1980). Eine vor allem von Frankreich befürwortete eigenständige Nahostinitiative der EG auf dieser politischen Grundlage kam allerdings aufgrund des Drucks der damaligen US-Administration unter Präsident Jimmy Carter, der die EG-Position als indirekte Kritik an der von ihm anvisierten Camp-David-Separatlösung verstand, nicht zustande (siehe AIB 7-8/1980, S.5).

Die positiven, an den Realitäten im Nahen Osten orientierten Elemente dieser weiterentwickelten EG-Position dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß die EG sich in wichtigen Kernfragen des Nahostkonflikts bis heute zu keiner klaren Position durchringen konnte: Dies betrifft insbesondere die Akzeptierung des palästinensischen Rechts auf einen eigenen Staat sowie die Anerkennung der PLO als einzig legitimer Repräsentantin des palästinensischen Volkes.

Auch den Camp-David-Prozeß verfolgen die meisten westeuropäischen Staaten zwar reserviert und zuweilen auch mit diplomatisch



Außenminister H. D. Genscher (r.) bei seinem Besuch in Israel Anfang 1982

verhüllter Kritik; im Grundsatz bewerteten sie ihn jedoch positiv als „weiteren wichtigen Schritt“ zu einer umfassenden Nahostlösung. Bis zur Beteiligung „aller betroffenen Parteien“ sollten – so H.D. Genscher am 26. September 1978 vor der UN-Vollversammlung – „diesem Prozeß keine Hindernisse entgegengestellt werden“ (Europa-Archiv, Folge 23/1978, D. 654).

Im Nachhinein erwies sich diese Position als idealer Ansatzpunkt für die Bestrebungen der Reagan-Administration, die Ende 1981/Anfang 1982 die aktive Einbeziehung westeuropäischer NATO-Mächte in die Umsetzung der Separatlösung betrieb. Entgegen ihrer früheren Versicherung, daß sie nur im Interesse eines „umfassenden Friedens“ und auf der Basis ihrer Venedig-Deklaration zur Beteiligung an einer multinationalen Überwachungsgruppe auf dem Sinai bereit wären, stimmte die EG Anfang Februar 1982 (vor dem Hintergrund der israelischen Annexion der Golan-Höhen vom Dezember 1981) der Beteiligung von 400 Mann (französischen, britischen, holländischen und italienischen Soldaten) zu, und zwar „ohne politische Bedingungen“ (International Herald Tribune, Zürich/Paris, 4.12.1981).

Der eigentliche Zweck dieser von den USA geführten Sinai-Streitkraft von insgesamt 2.500 Mann wurde klar, als Mitte Februar d.J. bekannt wurde, daß zu dieser auch ein 600 Mann starkes Regiment der Schnellen Eingreiftruppe der USA gehört. Die westeuropäische Beteiligung kommt einer Ermutigung des Separatkurses von Camp David gleich. Sie dient der Reagan-Administration als Feigenblatt und ermöglichte es dem ägyptischen Regime, die Kritik aus dem arabischen Lager an der Öffnung des Sinai für die US-Armee abzubremsen.

Aufgeschreckt durch die israelische Libanon-Aggression vom 6. Juni 1982 schien die Nahostpolitik der EG dann im Juni/Juli d.J. wieder in Bewegung zu kommen.

Frankreichs Präsident F. Mitterrand, dem das PLO-Organ Palestine (Beirut, Februar-März 1982) anlässlich seines Israel-Besuchs im Frühjahr 1982 noch bescheinigt hatte, Frankreichs Nahostkurs würde unter seiner Führung immer weiter ins US-Fahrwasser geraten und er selbst habe seit dem Suez-Krieg 1956 „immer auf der falschen Seite gestanden“, verglich jetzt die Luftangriffe der israelischen Armee auf Beirut mit dem Nazi-Massaker von Oradour. Ebenso wie der französische Außenminister Claude Cheysson forderte F. Mitterrand einen Palästinenserstaat.



Noch weiter war Ende 1981 bereits Griechenland gegangen, das unter dem neugewählten Präsidenten Andreas Papandreu im letzten Dezember als erstes EG-Mitgliedsland die PLO völkerrechtlich anerkannte. Jetzt forderte Griechenland – zusammen mit Frankreich und später auch Großbritannien – Sanktionen der EG gegen Israel nach dem Vorbild der Boykottmaßnahmen gegen Argentinien im Falklandkrieg.

Doch bei der Europäischen Ratstagung am 28./29. Juni 1982 in Brüssel beließ es die EG im wesentlichen bei der Bekräftigung der bereits in Venedig beschlossenen Position. Zusammen mit den Regierungen der Niederlande, Dänemarks und Italiens blockte die Bundesregierung die Sanktionsforderung ab. Was die Frage eines Palästinenserstaates betrifft, so konzedierte Bonn lediglich bei der Bekräftigung des palästinensischen Selbstbestimmungsrechts den Zusatz „mit allem, was das bedeutet“ (Bulletin, Nr. 67/1.7.1982, S. 611).

### Gefordert sind Sanktionen gegen Israel

Freilich hat auch Bonn Interesse an einer Entspannung der Lage im Nahen Osten. Nach seinem Besuch in Ägypten und Jordanien Mitte Juli d.J. berichtete H.D. Genscher seinen westeuropäischen Amtskollegen ausführlich über die „tiefe Besorgnis“ seiner Gesprächspartner, Präsident Mubarak und König Hussein, aus der anti-amerikanischen Stimmung in ihren Ländern und den anderen arabischen Ländern könnte sich leicht eine allgemeine antiwestliche Stimmung entwickeln.

Mehr als andere Staaten der EG legt Bonn deshalb Wert auf die Beeinflussung der internationalen öffentlichen Meinung im Sinne der „gemäßigten“ arabischen Länder. Westeuropa müsse so sein Interesse an der Region deutlicher bekunden und auf die US-Administration einwirken, die wiederum Israel zu einem gemäßigten Kurs veranlassen soll (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.7.1982).

Wider besseres Wissen hängt Bonn dieser Illusion nach, als könne man über den Druckhebel Washington den israelischen Expansionismus in seine Grenzen weisen. Aus Geheimdienstberichten ist auch der Bundesregierung längst bekannt, daß die langfristig und sorgfältig vorbereitete Aggression der Israelis zuvor mit der Reagan-Administration abgesprochen war (vgl. Der Spiegel, 28.6.1982).

Von praktischer Unterordnung unter die USA oder zumindest doch erschreckender Handlungsunfähigkeit zeugt auch das hartnäckige Bonner Beharren auf scheinbarer Ausgewogenheit im aktuellen Konflikt: „Ich kann die Motive und Interessen der Israelis verstehen und ich habe sie immer verstanden“, so Bundeskanzler Helmut Schmidt in einem Interview mit der Welt vom 14./15.8.1982. „Aber ich kann auch die Motive und Interessen der Palästinenser verstehen und die Motive und Interessen der Libanesen, der Jordanier, der Syrer, der Saudis und der Ägypter.“ Verständnis für alle, gepaart mit praktischem Nichtstun da, wo man die Möglichkeit hätte, den Aggressor durch konkrete Maßnahmen zu treffen, gerät nur allzu leicht zur Komplizenschaft.

Möglichkeiten, den westeuropäischen Forderungen auch materiell Nachdruck zu verleihen, hätte Bonn mehr als genug, nicht nur weil die EG der größte Handelspartner Israels ist. Seit dem Wiedergutmachungsabkommen von Luxemburg aus dem Jahre 1953, mit dem sich die Regierung Adenauer damals den Wiedereintritt in die „freie Welt“ erkaufte, zahlte Bonn (bis 1966) 3 Mrd DM an den Staat Israel, die dieser hauptsächlich zum Aufbau einer hochmodernen, eigendynamischen Wirtschaftsbasis verwandte – zuzüglich der heimlichen Lieferung schwerer Waffen. Gemäß einer Zusatzvereinbarung zum Luxemburger-Abkommen erhielt Israel weitere 3,5 Mrd DM, die ursprünglich für die persönliche Entschädigung von Nazi-Opfern aus dem nichtdeutschen Kulturkreis bestimmt waren, vom israelischen Staat jedoch weitgehend zweckentfremdet wurden.

Seit dem Auslaufen des Wiedergutmachungsabkommens erhielt Israel von der Bundesregierung jährlich etwa 160 Mio DM, ab 1968 140 Mio DM an Kapitalhilfe im Rahmen der „Entwicklungshilfe“, bis 1981 insgesamt 2,355 Mrd DM. Diese Kapitalhilfe wird nicht – wie bei normalen Entwicklungsländern üblich – unter strenger Zweckbindung für einzelne Projekte, sondern als reine Budgethilfe gewährt und ist darüber hinaus der größte Einzelposten bundesdeutscher Entwicklungshilfe im Nahen Osten neben der

Kapitalhilfe für Ägypten. Auf die BRD entfällt damit der drittgrößte Posten an Auslandshilfe, die Israel seit 1948 zufließt, nach den USA und internationalen jüdischen Quellen. (Zahlen nach: W. Brönnner, Der Nahost-Konflikt und die Palästina-Frage, Frankfurt/M. 1979, S. 110; Journalisten-Handbuch Entwicklungspolitik 1982, Bonn 1982, S.59)

Kein Wunder ist es angesichts dieser Praktiken, daß auch etablierte Bonner Politiker vor dem Hintergrund des Libanonkrieges heute den Sinn dieser Hilfe in Frage stellen: „Israel zählt längst nicht mehr zu den ärmsten Ländern“, so Uwe Holtz (SPD), Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Entwicklungspolitik, „und erhält fast soviel Bonner Geld wie die zentralamerikanische und karibische Region zusammen... Es darf jedoch nicht der Eindruck entstehen, als ob wir mit unserem Geld deren Kriegskasse auffüllen.“ (Zit. nach: Der Stern, 5.8.1982)

Eine Einstellung der Hilfe an Israel forderten auch der außenpolitische Sprecher der FDP, Helmut Schäfer, und der sicherheitspolitische Sprecher der FDP, Jürgen W. Möllemann am 11.6.1982: „Erklärungen allein genügen jetzt nicht. Alle EG- und NATO-Partner sollten eine unverzügliche Aussetzung der wirtschaftlichen und militärischen Hilfeleistungen des Westens an Israel beschließen, und zwar bis zu einem vollständigen Abzug seiner Truppen aus dem Libanon.“ (Zit. nach: Palästina-Bulletin, Nr. 22/1982)

Doch als Staatsminister Hans-Jürgen Wischnewski zusammen mit Entwicklungshilfeminister Rainer Offergeld Anfang August d.J. im Bundeskabinett die Streichung der diesjährigen 140-Mio-Hilfe an Israel aus dem Bundeshaushalt beantragte, blockte H.D. Genscher ab: „Man darf die Israelis jetzt nicht abstrafen.“ Warum nicht, wegen der „Ausgewogenheit“?

## ASK-Materialien

### Israel raus aus Libanon!



Solidarität mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und der National-Progressiven Bewegung Libanons.

### Israelis raus aus dem Libanon!

- **Libanon-Info**, 24 Seiten, mit aktuellen Informationen über die israelische Intervention im Libanon, Stück 2 DM (ab 10 Ex. 1,70 DM)
- **Anstecker**, „Solidarität mit der PLO“, Stück 1,50 DM (ab 10 Ex. 1,30 DM)
- **Eindruckplakat**, „Israel raus aus Libanon“, Fotomotiv, DIN A 2-Hochformat, Stück 1,50 DM (ab 10 Ex. 1,30 DM)
- **Postkartenmappe**: 6 Postkarten mit Motiven des palästinensischen Künstlers Burhan Karkutli, schwarz-weiß, 3 DM (ab 10 Ex. 2,70 DM)
- **Postkarte** an den Bundeskanzler mit der Forderung „Anerkennung der PLO“, Stück 0,10 DM
- **Standardflugblatt** zum Libanon, DIN A 4, Rückseite für den Eigendruck, 100 Stück 3 DM

Weitere Materialien lieferbar, Materialliste anfordern!

Bestellungen an: ASK, Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 0611-236375/76

Rainer Falk

# Südafrikas „totaler Krieg“ gegen die Frontstaaten

Wer gehofft hatte, daß die neuerliche Verhandlungsrunde zwischen Südafrika, der sog. Kontaktgruppe (USA, Großbritannien, BRD, Frankreich, Kanada) und der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) im Juli/August 1982 in New York eine rasche Lösung der Namibiafrage bringen würde, sah sich wieder einmal enttäuscht.

Während Südafrika und westliche Kreise Gerüchte über einen bevorstehenden Waffenstillstand zum 15. August 1982 lancierten und der UN-Sicherheitsrat Mitte Juli d.J. ein Übereinkommen der Hauptkontrahenten über Verfassungsgrundsätze für ein unabhängiges Namibia veröffentlichte, liefen die südafrikanischen Vorbereitungen der „Operation Kubango“ bereits auf Hochtouren. Nach dem südafrikanischen Großangriff 1975/76 und den Operationen „Protea“ und „Daisy“ im August und November letzten Jahres war dies bereits die vierte Großoffensive gegen die Volksrepublik Angola.

Dabei hatten durchaus einige Indizien auf eine Wende in der diplomatischen Auseinandersetzung um die Namibiafrage hingedeutet. Nach den beiden Besuchen von General Vernon Walters, dem von US-Präsident Reagan beauftragten Sonderbotschafter, im Sommer 1982 in Luanda war sogar von Washingtoner Seite offiziell keine Rede mehr davon, daß eine Namibialösung an die Bedingung des Rückzugs der kubanischen Truppen aus Angola zu koppeln sei.

Frank Wyser, Unterstaatssekretär im State Department, erklärte bei seinem Besuch in Luanda am 16. August d.J., daß „die Vereinigten Staaten keine Verbindung zwischen der Unabhängigkeit Namibias und der Präsenz der kubanischen Truppen in Angola herstellen“<sup>1</sup> möchten. Doch andererseits gestand die Reagan-Administration dem Rassistenregime in Pretoria zu, sich an diese Idee zu klammern. Am 21. Juli d.J. etwa hieß es in einer offiziellen südafrikanischen Note, Pretoria sei nur dann bereit, den Rückzug seiner Besatzungstruppen aus Namibia zu „erwägen“ (!), wenn die Kubaner Angola verließen.<sup>2</sup>

### Die „Operation Kubango“

Während Washington und Pretoria vor der Weltöffentlichkeit dieses Spiel mit verteilten Rollen orchestrierten, war die „Operation Kubango“ bereits angelaufen. Mit den Vorbereitungen hatte man bereits Mitte Juni 1982 begonnen. Seitdem hatte Pretoria die bisher größte Konzentration von Flugzeugen, Truppen und Kriegsmaterial an der namibisch-angolanischen Grenze vorgenommen.

Mitte August d.J. meldete dann die angolansische Nachrichtenagentur ANGOP, daß südafrikanische Truppen seit dem 19. Juli auf breiter Front von ihrer seit August 1981 besetzten gehaltenen Zone an der Südgrenze Angolas (Kriegszug 1981 siehe in: AIB 10/1981, S. 4-6) aus nach Norden vorgedrungen seien. Mitte August d.J. standen die Eindringlinge be-



Angolanische Flugabwehr

reits bei Cuevelai, fast 220 km nördlich der namibischen Grenze. Am 13. August bombardierte die südafrikanische Luftwaffe Ziele 300 km innerhalb Angolas.<sup>3</sup>

Die südafrikanischen Angriffsrichtungen zeigten an, daß Pretoria bestrebt ist, die von ihm besetzte Zone bis zur Provinz Huila (wo ein Großteil der kubanischen Truppen stationiert ist) und zur angrenzenden Provinz Moçamedes auszudehnen.

Zusammen mit der ohnehin durch südafrikanische Truppen weitgehend besetzten Provinz Cunene wäre dies ein ideales Terrain, auf dem der von Pretoria seit langem anvisierte Marionettenteilstaat installiert werden könnte, unter Führung der prowestlichen Bewegung für die Totale Unabhängigkeit Angolas (UNITA) von Jonas Savimbi. An Namibias Nordgrenze würde dann erst einmal Ruhe vor den Guerillaaktivitäten der SWAPO einkehren und Südafrika hätte die notwendige Zeit gewonnen, um in Namibia die geplante interne „Lösung“ (siehe AIB 6/1982, S. 18-19 und 2/1982, S. 16-33) durchzusetzen.

Kurz nach Beginn der „Operation Kubango“ hatte SWAPO-Präsident Sam Nujoma darauf hingewiesen, daß „die explosive Situation im Süden Afrikas an das politisch-militärische Panorama im Nahen Osten vor der Aggression Israels gegen das libanesische und palästinensische Volk erinnert: die gleiche Konzentration militärischer Mittel und derselbe Schutzpatron, die Vereinigten Staaten. Aber auch dieselbe Lügenkampagne gegen einen souveränen Staat...“<sup>4</sup>

Rückschlüsse auf die weitergesteckten Zielstellungen der neuen südafrikanischen Invasion läßt eine kürzlich veröffentlichte Reportage der Lissaboner Wochenzeitung „Expresso“ zu. Danach gehört zu der „Operation Kubango“ auch ein Putschplan gegen die Regierung in Luanda, der bereits im April d.J. ausgeheckt worden ist.

Eine in der portugiesischen Hauptstadt zu diesem Zweck neugegründete Söldnerorganisation, zu deren Hintermännern der südafrikanische Militärattaché in Portugal, Vertreter des US-Geheimdienstes CIA, ein Beauftragter des zairischen Präsidenten Mobutu sowie Vertreter der UNITA und der FNLA/COMIRA gehören, sollte danach im September d.J. mit 2.000 Mann von Namibia und Zaire aus in einer

Zangenaktion nach Luanda vorstoßen. Als Erstmaßnahmen einer neuen Regierung wären die Auflösung der SWAPO-Stützpunkte in Südafrika und die Aufforderung zum Abzug der kubanischen Truppen vorgesehen.<sup>5</sup> So schließt sich der Kreis.

Diese konzertierten Aktionen wären nichts wesentlich Neues innerhalb des Krisenszenarios im Südlichen Afrika, würde sich die südafrikanische Aggression ausschließlich gegen Angola – seit langem Angriffsziel Nr. 1 – richten. Bereits auf ihrer Gipfelkonferenz in Maputo/Moçambique am 6./7. März 1982 erklärten jedoch die Frontstaaten, daß sie sich allesamt einem „unerklärten Krieg“ von seiten Südafrikas ausgesetzt sähen.<sup>6</sup>

Auf ihrem Gipfeltreffen am 22. Juli 1982 in Gaborone/Botswana erklärte die Konferenz für Entwicklung und Zusammenarbeit im Südlichen Afrika (SADCC) ihren entschiedenen Protest gegen die südafrikanische Destabilisierungspolitik, die darauf abziele, die Sicherheit der Mitgliedsstaaten und ihre Anstrengungen zur ökonomischen Befreiung ihrer Länder zu unterminieren.<sup>7</sup>

Die neue Regionalisierung dieser Politik im Südlichen Afrika findet auf nahezu allen Ebenen statt, wirtschaftlich, politisch und militärisch. Sie bedient sich der unterschiedlichsten Mittel: von der offenen militärischen Invasion über den Einsatz bewaffneter Marionettengruppen, Aktivitäten der wirtschaftlichen Sabotage und Erpressung bis hin zur Initiierung von Propagandakampagnen. Sie verfolgt ein dreifaches Ziel: die SADCC-Anstrengungen, ihre wirtschaftliche Abhängigkeit von Südafrika zu verringern, und die ökonomischen Aufbauanstrengungen in den Frontstaaten zu durchkreuzen; die Unabhängigkeit Namibias hinauszuzögern und letztlich die Befreiung des südafrikanischen Volkes selber zu verhindern.

Sie ist ein Ausdruck jener „totalen Strategie“ des südafrikanischen Premierministers Pieter Botha, mit der eine langfristige Stabilisierung des südafrikanischen Herrschaftssystems angestrebt wird und die jetzt in einen geradezu „totalen Krieg“ gegen die Frontstaaten hinüberwächst. Nach Angola sind davon heute vor allem Moçambique und Zimbabwe betroffen.

Einen „direkten Angriff gegen die in wachsendem Maße erfolgreiche Wiederherstellung der regionalen Transportlinien“ sah die SADCC<sup>8</sup> bereits Ende letzten Jahres in den wachsenden Sabotageaktivitäten der sog. Nationalen Moçambiquanischen Widerstandsbewegung (RNM) gegen Straßen-, Eisenbahn- und Pipelineverbindungen von Zimbabwe in die moçambiquanische Küstenregion. In den letzten Monaten haben die Aktionen der RNM spürbar zugenommen. Sie soll heute bereits in sieben von elf Provinzen Moçambiques operieren.

In diesem Operationsgebiet leben zwar nur 3 von insgesamt 12 Mio Einwohnern des Landes<sup>9</sup>, doch haben ihre Aktivitäten immerhin ein solches Ausmaß erreicht, daß die Führung der regierenden FRELIMO-Partei sich anschickt, ihr Volk ein zweites Mal zu bewaffnen. Ende Juli 1982 gab Staatspräsident Samora Machel auf einem Meeting mit 40.000 Teilnehmern in Maputo die unverzügliche Bildung von Volksmilizen bekannt.<sup>10</sup> Ende Juni/Anfang Juli d.J. kam es zwischen Moçambique und Portugal zu einem militärischen Kooperationsabkommen. Weiterhin wird ein Militärhilfsabkommen mit Frankreich angestrebt.<sup>11</sup>

Geradeso wie dies die UNITA in Angola gegen die MPLA versucht, so möchte die RNM mit ihren Aktionen in Moçambique die FRELIMO bei der Bevölkerung in Mißkredit bringen. Sicherlich machen sich diese Rebellen Gruppen dabei auch interne Entwicklungswidersprüche zunutze. Es wäre jedoch völlig verfehlt, zu übersehen, daß es sich bei der RNM um eine Marionettengruppierung handelt, die sich

– was ihre Basis betrifft – voll und ganz auf die militärische, logistische und Ausbildungshilfe Südafrikas stützt und ganz in dessen Dienst steht.<sup>12</sup>

Die RNM wurde ursprünglich während des Befreiungskrieges in Zimbabwe vom Geheimdienst des Smith-Regimes CIO kreiert und zu Sabotageaktionen über die Grenzen nach Moçambique geschickt. Nach dem Sieg der Patriotischen Front in Zimbabwe Anfang 1980 wurde sie zunächst von südafrikanischen Flugzeugen aus der Luft mit Nachschub versorgt. Nachdem ihre Operationsbasen durch gemeinsame Aktionen der zimbabwischen und der moçambiquanischen Armee im Grenzgebiet zwischen den beiden Ländern zerstört worden waren, wurde das Hauptquartier der RNM ins Grenzgebiet des südafrikanischen Transvaal verlegt. Dort werden gegenwärtig zwischen 3.000 und 5.000 Mann von der südafrikanischen Armee ausgebildet. Der Sender der Marionettenorganisation „Africa Livre“ befindet sich seither ebenfalls auf südafrikanischem Gebiet.

In Transvaal, an dessen Grenze zu Moçambique Südafrika in den letzten Monaten beträchtliche Truppenkonzentrationen vorgenommen hat, befinden sich ebenfalls die Stützpunkte jener etwa 5.000 Mann starken Hilfstruppe des ehemaligen Smith-Quislings, Bischof Abel Muzorewa, sowie einer unbekannt Anzahl ehemaliger Mitglieder der früheren portugiesischen Kolonialtruppen sowie der weißen Armee des Smith-Regimes. Zum großen Teil sind diese Einheiten heute in die südafrikanische Armee integriert und erfüllen dort Spezialaufgaben bei Destabilisierungsunternehmen gegen Moçambique und Zimbabwe.

Bei mehreren Grenzübergreifen der letzten Zeit sind weiße Angehörige der südafrikanischen Armee festgenommen bzw. getötet worden. Der bislang gravierendste Fall dieser Art seit der Unabhängigkeit stellt ein Truppenzusammenstoß in Zimbabwe um den 20. August d.J. her, bei dem die drei weißen Anführer der Eindringlinge getötet wurden. Interessant in diesem Zusammenhang ist auch, daß die Zerstörung eines Drittels der zimbabwischen Luftwaffe in der letzten Juli-Woche d.J. auf der Luftwaffenbasis von Thornhill nicht – wie ursprünglich vermutet – das Werk vagabundierender Ex-Mitglieder von Joshua Nkomos Guerillaarmee ZIPRA war. Sie wurde vielmehr von einem Spezialkommando der südafrikanischen Armee, das sich aus den beschriebenen Kräften rekrutierte, durchgeführt.<sup>13</sup>

Südafrikas Kriegskurs gegen seine Nachbarn dient zum großen Teil auch der Vorbereitung auf jene 2. Front im Innern Südafrikas, wo sich der Afrikanische Nationalkongreß (ANC) Südafrikas darauf vorbereitet, von Sabotageaktionen zur direkten militärischen Konfrontation überzugehen.

#### Anmerkungen:

- 1) Le Monde, Paris, 19.8.1982
- 2) Vgl. New African, London, September 1982
- 3) Le Monde, 15./16.8.1982
- 4) Zit. nach: Afrique Asie, Paris, Nr. 276/30.8.1982
- 5) Vgl. Die Neue, 27.8.1982
- 6) Wortlaut des Kommuniqués in: AIB 6/1982, S.16
- 7) Vgl. AIM Information Bulletin, Maputo, Nr. 73/Juli 1982
- 8) New African, Januar 1982
- 9) Vgl. Africa Confidential, London, 21.7.1982
- 10) Vgl. Afrique Asie, Nr. 275/16.8.1982
- 11) Vgl. das Interview mit dem moçambiquanischen Sicherheitsminister Jacinto Veloso, in: Afrique Asie, Nr. 271/5.7.1982
- 12) Die betreffenden Informationen sind auch Peter Ripken zugänglich, der nichtsdestoweniger in epd-Entwicklungspolitik, Nr. 15/1982 den Eindruck erweckt, die RNM verfüge über eine echte soziale Basis innerhalb des Landes.
- 13) Vgl. New African, September 1982

**Adressenänderungen bitte  
rechtzeitig bekanntgeben!**

Christoph Sodemann

## Das Horn von Afrika im Visier der Friedrich-Ebert-Stiftung



Äthiopische Soldaten mit Kugelschreiberattrappen – Symbol der Alphabetisierung

Seit Wochen anhaltende Kämpfe zwischen der Demokratischen Front zur Rettung Somalias (SSDF) und Truppen des somalischen Barre-Regimes haben das öffentliche Interesse wieder stärker auf die prekäre politische Situation am „Horn von Afrika“ gelenkt.

Seitdem 1974 mit dem Sturz Kaiser Haile Selassies in Äthiopien das den USA in dieser Region am treuesten ergebene Regime zu existieren aufhörte, ist das Horn von Afrika zu einem permanenten Krisenherd geworden. Allemal ging und geht es in diesem Krisenszenario für die USA und ihre Verbündeten um den Ausgleich von verlorenen politischen und strategischen Positionen. Dies wurde deutlich bei einem Symposium, das die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) am 28./29.6.1982 unter dem Titel „Das Horn von Afrika: Vom 'scramble for Africa' (Balgerei um Afrika) zum Ost-West-Konflikt“ veranstaltete.

In den letzten Jahren hatte die FES ihr Wirken vor allem auf die Ausarbeitung von Strategien gegenüber Mittel- bzw. Lateinamerika und dem Südlichen Afrika konzentriert. Sicherlich war es ein Anliegen dieses Symposiums, das Defizit an konzeptionellen Vorstellungen für die ostafrikanisch-arabische Region aufzuarbeiten.

Während in der Beurteilung der Länder Somalia, Sudan und der beiden Jemen ein weitgehender Konsens offenbar wurde, entwickelte sich am Beispiel Äthiopien eine kontroverse Diskussion, die unterschiedliche Optionen westlicher Strategie am Horn von Afrika sichtbar werden ließ.

Zum Ausgangspunkt der Debatte wurden gegensätzliche

Einschätzungen der innenpolitischen Situation in Äthiopien: Eine prononcierte Position trug die US-Amerikanerin M. Ottaway (Universität Kairo) im Rahmen des ersten Forschungsschwerpunkts „Politische und soziale Transformationen am Horn von Afrika“ vor. M. Ottaway, die mit am stärksten von sozialökonomischen Kategorien aus argumentierte, ging vom revolutionären Charakter der in Äthiopien seit 1974 stattfindenden Veränderungen aus. Grundlage für diese revolutionäre Entwicklung sei die Politik des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrats (DERG), der mit der Landreform eine Lösung der bisherigen Hauptklassenwidersprüche anstrebe. Im Ergebnis der Landreform seien eine Verbesserung des Lebensstandards der Bauern und ihre Organisierung an der Basis festzustellen.

Probleme der politischen Beteiligung und insbesondere der ethnischen Selbstbestimmung – Aspekte der sozialen Frage, die der DERG zunächst hintangestellt habe – seien mittlerweile jedoch zu brennenden innenpolitischen Fragen geworden. Ihre Lösung sei unerlässlich, dürfe aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß im alltäglichen Leben ökonomische Gerechtigkeit und soziale Entwicklung für die Menschen wichtiger seien.

M. Ottaway repräsentierte nur eine Minderheit unter den Referenten. Ihre Schlußfolgerung jedoch, daß man die gesellschaftliche Stabilisierung in Äthiopien verstärkt zur Kenntnis nehmen müsse, kann man als eine der Kernaussagen des Symposiums festhalten.

### Äthiopien stabilisiert sich

Der soziale Inhalt der Veränderungen in Äthiopien und die daraus abzuleitenden politischen Konsequenzen wurde von einem anderen Teil der Referenten strikt verneint. Für diese avancierte das Ethniebewußtsein (Stammesbewußtsein) zum entscheidenden Merkmal, über das sich die Menschen am Horn definieren. So ist beispielsweise für U. Braukämper (Frankfurt) unbestreitbar, „daß ethnische Solidaritätsgefühl jegliche Art von 'Klassenbewußtsein' vollkommen überdeckt hat“.

Von interessierten Konferenzteilnehmern unterstützt, wurde das Nationalitätenproblem zum zentralen Thema des zweiten Forschungsschwerpunktes „Konfliktformationen am Horn von Afrika“. Hinter dem Engagement für ethnische Separatstaaten wurde die Absicht deutlich, abhängige Kleinstaaten zu schaffen, die existentiell auf die unmittelbare militärische Präsenz imperialistischer Staaten angewiesen sind.

Als Verfechter ethnischer Separatlösungen am „Horn“ profilierte sich der ehemalige Kaiser-Freund R. Greenfield (Oxford).

Sein Beitrag, in dem er sich ausschließlich bemühte, den ehemaligen und heutigen äthiopischen Staat als Kolonial-

macht zu identifizieren, gipfelte in der Behauptung: „Vielleicht der einzige deutliche Unterschied – abgesehen vom Ethnischen – ist, daß die Kolonialexpeditionen, die von Repräsentanten europäischer Mächte organisiert wurden, daran interessiert waren, den Sklavenhandel zu verhindern, während die abessinischen Herrscher dabei eher ein gegenteiliges Interesse hatten.“

Ähnlich rückte auch U. Braukämper Äthiopien in den Status einer Kolonialmacht.

Solche Theorien dienen nur allzu offensichtlich dazu, die ehemaligen Kolonialmächte aus ihrer historischen Verantwortung für aktuelle Grenz- und Nationalitätenkonflikte am Horn von Afrika zu entlassen. Denn auch wenn die im äthiopischen Staatsverband seit jeher dominierenden Amharen ihre Süderoberungen sicherlich grausam durchführten und ihre Herrschaft brutal aufrecht erhielten, ist Kolonialismus keine moralische, sondern eine sozialökonomische Kategorie.

Die Ausübung kolonialer Macht ist neben ihrem gewalttätigen Element eindeutig gekennzeichnet durch den imperialistischen Expansionsdrang des Monopolkapitals. Der Feudalstaat Äthiopien verfügte nicht über derartige wirtschaftliche Potenzen wie die imperialistischen Staaten. Er wurde im Laufe dieses Jahrhunderts vielmehr selbst zum abhängigen Glied in der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung.

### Kontroverses zur Eritreafrage

Naturgemäß spielte in dieser Diskussion der Eritreakonflikt (vgl. dazu auch: AIB 7-8/1982, S. 20-65) eine große Rolle. Die Kontroverse entspann sich hier zwischen Diskutanten, die bekannte Positionen der eritreischen Nationalbewegung vorbrachten, und einigen Referenten, die – ausgehend von einer nüchternen Einschätzung des politischen und militärischen Kräfteverhältnisses – die Notwendigkeit eines Dialoges zwischen den Fronten unterstrichen.

So sah z.B. D. Halliday, Mitherausgeber der New Left Review, eine realistische Lösungsmöglichkeit nur in einer „regionalen Autonomie“ für Eritrea. P. Gilkes (BBC-African Service) verwies darauf, daß die meisten eritreischen Guerilleros in die Sahelzone zurückgedrängt worden seien, während es der äthiopischen Regierung gelänge, in den übrigen Teilen Eritreas den Wiederaufbau voranzutreiben. Dabei könne die Zentralregierung auf eine größer werdende Unterstützung der Bevölkerung rechnen.

Eine Reaktion auf dieses veränderte Kräfteverhältnis sei auch bei konservativen arabischen Staaten zu beobachten, erläuterte U. Steinbach (Orient-Institut, Hamburg). Er vertrat den Standpunkt, daß der Eritreakonflikt ein klassisches Vehikel konservativer arabischer Politik sei. Dabei seien verstärkte Bemühungen, das Rote Meer zu einem arabischen

Meer zu machen, eine Reaktion auf die Revolution in Äthiopien gewesen.

Seitdem etwa 1980 in Äthiopien eine Konsolidierung spürbar gewesen sei, hätte sich im arabischen Lager die Erkenntnis durchgesetzt, mit der eigenen Politik in ein Dilemma geraten zu sein. Ein Beispiel dafür sei der Sudan, der in jüngster Zeit eine Annäherung an Äthiopien suche. Insgesamt sei die arabische Unterstützung für Eritrea am Abbröckeln.

Im dritten Themenbereich „Das Horn von Afrika im Spannungsfeld internationaler Politik“ wurde von M. Schümer (Deutsche Gesellschaft für auswärtige Politik) die Politik der USA problematisiert und kritisiert. Die USA hätten ihre Einflußmöglichkeiten in Äthiopien zu frühzeitig aufgegeben, da seit Anfang der 70er Jahre die strategische Bedeutung des Horns durch den gigantischen Ausbau der Insel Diego Garcia zum US-Stützpunkt an Wert verloren habe. Zudem seien durch den Sturz General Andoms und schließlich Teferi Bentis (3.2.1977) DERG-Mitglieder ausgeschaltet worden, „die tendenziell eine dem Westen gegenüber freundlich eingestellte Politik verfolgten“.

Seit 1975 seien die Wirtschaftshilfe der USA und darüber hinaus 150 Mio Dollar der Weltbank suspendiert worden, weil sich die äthiopische Regierung weigere, eine Ausgleichszahlung für beschlagnahmtes US-Eigentum zu leisten. „Langfristig (jedoch) kann das strategische Ziel des Westens nur sein, Äthiopien zu bewegen, einen stärker neutralen Kurs einzuschlagen.“

Dies sei nur über eine Wiederaufnahme der Wirtschaftshilfe möglich. „Zudem müßten sich (die USA) der Versuchung enthalten, mit der Unterstützung einer separatistischen Bewegung eine Destabilisierung des DERG-Regimes zu versuchen.“ Nur eine starke Zentralregierung könne „zur Voraussetzung einer allmählichen Abkehr von der Sowjetunion werden“. Diese Zielvorstellungen lassen sich auch als Haupttenor des Symposiums festhalten.

Diese – sich gewiß in die Vorstellungen der FES einreihende – Strategie soll über eine Anpassung an das geänderte Kräfteverhältnis in der Region Chancen für eine verstärkte politisch-ideologische Einflußnahme eröffnen. Sie ist zugleich eine Absage an die auch auf dem Symposium vorgebrachten Bemühungen der gezielten Unterstützung von Separatisten.

Daß derartige Überlegungen auch auf den Erhalt neokolonialistischer Abhängigkeitsverhältnisse zielen, wurde an den Vorschlägen deutlich, die ein Vertreter der Deutschen Entwicklungsgesellschaft (DEG) vortrug. Zum Standard der Wirtschaftsbeziehungen sollen hiernach privatwirtschaftlich fundierte Dreiecksgeschäfte werden, bei denen die lokalen Partner die Ressourcen liefern, die Industriestaaten das Know how und die arabischen Staaten das ganze Geschäft finanzieren.

Lamuv Verlag GmbH

Martinstraße 7 · 5303 Bornheim 3



Allen, die nach Kuba reisen wollen, bietet der Reiseführer wichtige Informationen und Tips.

Fritz Noll/  
Lionel van der Meulen (Hg.)  
**Buenos Dias Cuba**  
Reiseführer Kuba

1982  
190 Seiten, 26 Abbildungen,  
Format 14,8x21 cm, Broschur  
ca. DM 16,80  
ISBN 3-921521-39-4



## Peter Garcia Der lebende Zaun

Plötzlich taucht inmitten der Buschlandschaft eine Gruppe von 11 Männern auf. Sie schleppen sich hin, mit ausgemergelten Gesichtern, die Kleidung zerrissen und schmutzig. Ein Stück hinter ihnen folgt ein jüngerer Mann mit fiebrigen, halb geschlossenen Augen. Er kann sich kaum noch aufrecht halten. Rechts und links erscheinen weitere Gruppen. Manche Männer sind noch ganz jung, vielleicht 14-15 Jahre, andere um die Fünfzig. Alle sehen erschöpft aus.

Dann wird Motorengeräusch hörbar. In Sichtweite der Gruppen folgen Soldaten auf Jeeps oder ebenfalls zu Fuß. Einige rauchen, andere rufen sich scherzhafte Bemerkungen zu. Ihrem Aussehen nach scheint es ihnen an Verpflegung nicht zu mangeln. Sie tragen Uniformen der indonesischen Streitkräfte.

### Hunger – Folge der Besatzungspolitik

Zum Zeitpunkt der Invasion Osttimors am 7.12.1975 sagte der verantwortliche General Ali Murtopo: „Dieses Problem werden wir in spätestens 3 Monaten gelöst haben.“ Nach mehr als 6 Jahren – mit einer Besatzungsmacht von 30.000-35.000 Soldaten – ist es der indonesischen Regierung bis heute nicht gelungen, den Widerstand des Volkes von Osttimor zu brechen.

Das Oberkommando der indonesischen Besatzungsmacht entschloß sich deshalb im Herbst des vergangenen Jahres zu einer neuen Großoffensive gegen die Guerilleros. Diesmal hatte man sich eine besondere Taktik ausgedacht, zynisch als „Zaun aus Beinen“ bezeichnet: Insgesamt wurden 50.000 Osttimorensen gezwungen, in kleinen Gruppen unbewaffnet den indonesischen Einheiten vorauszumarschieren. Ohne Verpflegung oder medizinische Betreuung durch die indonesische Armee. Von zwei Seiten wurde in einer Zangenbewegung das gesamte Gebiet Osttimors durchkämmt. Im Tempo von 3 bis 4 km pro Tag. Monatelang.

Mit den Osttimorensen marschierte der Hunger und die Malaria. Es gibt keine Statistik darüber, wieviele von ihnen unterwegs umkamen. Aber trotz des Aufwandes war die Offensive ein Schlag ins Wasser: der Guerillakrieg geht weiter.

1975 hatte Osttimor über 700.000 Einwohner. Als die indonesische Armee nach Osttimor einmarschierte, machte sie keine Kriegsgefangenen. Mehr als 300.000 Menschen wurden umgesiedelt. Ein Teil von ihnen lebt heute noch in mit Stacheldraht eingezäunten Lagern. In den Gebirgsgebieten zerstörten die Besatzer Dörfer und Felder, auch unter Einsatz von Napalm, um die Guerilleros auszuhungern. Der Viehbestand wurde auf 1/5 reduziert. Zu den direkten Opfern der Invasion müssen Zehntausende hinzugezählt werden, die durch Hunger und Krankheit hinweggerafft wur-

den. Nach 6 Jahren indonesischer Besetzung sind heute nur noch 2/3 der Osttimorensen am Leben.

Setzt man die Zahl von 50.000 Timorensen, die der indonesischen Armee sozusagen als „eingeborene Treiber“ dienten, zu der Gesamtzahl der heutigen Bevölkerung Osttimors in Beziehung, so wird das ganze Ausmaß dieses Verbrechens deutlich: Mindestens jeder 3. Osttimorensen zwischen 15 und 50 mußte sich in den lebenden „Zaun“ einreihen. Die Folge dieses massenhaften Abzugs von Arbeitskräften: Vor der Regenzeit im November konnten viele Felder nicht bestellt werden. Einst fruchtbares Land liegt brach. Und eine neue Hungersnot bedroht Osttimor.

Selbst Kräfte, die den Anschluß an Indonesien nach wie vor befürworten, wie die Mitglieder der Regionalen Volksvertretung, werden immer unzufriedener. Dieses Organ wurde von den Indonesiern eingesetzt und stützt sich in der Hauptsache auf Angehörige der feudalen Oberschicht, die vor der Invasion in der reaktionären Gruppierung APODETI organisiert waren.

Mitte 1981 richteten die Mitglieder der Regionalen Volksvertretung einen Beschwerdebrief an den indonesischen Präsidenten. Der Brief war stellvertretend für alle vom jüngsten und ältesten Mitglied unterschrieben. Wörtlich heißt es da: „... (wir) erhalten laufend ... Berichte und Beschwerden von Bürgern über Folterungen, Mißhandlungen, Morde und andere unvorstellbare Vorkommnisse... Das Gesetz in der Provinz Osttimor liegt in den Händen bestimmter Einzelpersonen oder Gruppen, die ihre persönlichen Interessen über die des Volkes stellen und mit ihren ungesetzlichen Maßnahmen den Tod von Menschen verursachen...“

Desweiteren werden konkrete Beispiele für die Willkür der Militärbehörden genannt. U.a. brachten im Bezirk Viqueque die indonesischen Militärs Einwohner „durch Aufschlitzen der Genitalien“ um.

### Bereicherung indonesischer Militärs

Was ist nun mit den persönlichen Interessen gemeint? 17.000 indonesische Soldaten haben die Invasion Osttimors mit ihrem Leben bezahlt. 1976 gründete die Militärverwaltung eine Organisation zur Unterstützung der Frauen und Kinder in Osttimor gefallener Soldaten, die PT Denok.

Diese Organisation besitzt praktisch das Exportmonopol für Osttimors Naturreichtümer und landwirtschaftliche Produkte. Alle exportfähigen Güter (Kaffee, Sandelholz, usw.) werden von der Armee zu Billigpreisen ein- und mit hohen Gewinnen weiterverkauft.

Schon bald stellte sich heraus, daß die PT Denok alles andere als eine humanitäre Organisation zur Linderung der finanziellen Not armer indonesischer Soldatenwitwen und

Waisenkinder war. Die Erlöse fließen hauptsächlich in die Taschen der höheren Offiziere. Hauptverdiener ist der Oberkommandierende für den gesamten südlichen Inselbereich Indonesiens. Und unter diesem System leiden auch die osttimorensischen Großgrundbesitzer, die lieber direkt exportieren würden.

Ein anderer Grund für die allgemeine Unzufriedenheit ergibt sich aus den Bestrebungen der indonesischen Behörden, die kulturelle und sprachliche Eigenständigkeit der Bewohner Osttimors auszulöschen. Alle offiziellen Dokumente existieren ausschließlich in Indonesisch. Nur in dieser Sprache wird der Schulunterricht erteilt. Mit Gewalt wird versucht, die Bevölkerung zu islamisieren. Der Glaube an seelische Mächte, der Animismus, wird als Hexerei bezeichnet, und ihre Ausübung mit dem Tod bestraft.

In dieser Hinsicht sind die Osttimorensen besonders empfindlich. Jahrhundertelange portugiesische Unterdrückung haben es weder vermocht, die Landessprache Tétum auszurotten, noch den Katholizismus zur Landeskirche zu machen. Die Revolutionäre Regierung Osttimors begann ihre Alphabetisierungskampagne 1975 in Tétum und nicht in Portugiesisch. Obwohl das Tétum ebenfalls zur malaiischen Sprachengruppe gehört, ist Indonesisch eine nicht verständliche Fremdsprache.

Trotz der Rolle, die die indonesische Regierung in Osttimor spielt, wäre es verfehlt, ihr die Hauptschuld zu geben. Noch am 17.6.1974 sagte der damalige indonesische Außenminister Adam Malik, daß seine Regierung das Recht des Volkes von Osttimor auf Unabhängigkeit anerkennt und jegliche Gebietsforderungen Indonesiens an Osttimor zurückweist. Am 7.12.1975 begannen die indonesischen Truppen mit der Annexion Osttimors. Woher diese schnelle Meinungsänderung?

## Die Urheberchaft liegt bei den USA

Von 1967 bis 1974 erhielt Indonesien von den USA insgesamt 94 Mio Dollar Militärhilfe. In der zweiten Hälfte des Jahres 1975 nahm die Militärhilfe derart sprunghaft zu, daß in diesem Jahr über 50 Mio Dollar gewährt wurden. Von 1976-79 kamen weitere 250 Mio Dollar dazu.

Das war kein Zufall. In der zweiten Hälfte des Jahres 1975 zeichnete sich deutlich ab, daß auch in Osttimor aus den Trümmern des portugiesischen Kolonialreiches eine anti-imperialistische Regierung unter der Führung der Revolutionären Front für die Unabhängigkeit Osttimors (FRETILIN) entstehen würde. Eine zweite große Gruppierung, die UDT, trat ebenfalls für die Unabhängigkeit ein, war aber pro-imperialistisch. Beide Organisationen arbeiteten bis Mai 1975 zusammen.

In der Zwischenzeit hatte der CIA mit einem der UDT-Führer über ihren australischen Gewährsmann Michael Darby Kontakt aufgenommen. Es handelte sich um den Vertreter der US-Erdölfirma „Oceanic Exploration Co.“ auf Osttimor, Jaime Santos. Im Mai 1975 trennte sich die UDT plötzlich von der FRETILIN und schlug einen scharfen anti-kommunistischen Kurs ein. Im August 1975 versuchte die UDT einen Staatsstreich, nachdem Jaime Santos kurz vorher von seinem australischen CIA-Kontakt Darby aus Geheimdienstbeständen Waffen erhalten hatte. Nach kurzer und siegreicher Gegenoffensive stellte die FRETILIN die Kontrolle über fast ganz Osttimor her und rief am 28.11.1975 die Demokratische Volksrepublik Osttimor aus.

Nun spielte der CIA seine letzte Trumpfkarte aus: Die UDT und die APODETI schlossen sich noch vor Ausrufung der Republik im Oktober 1975 zur Antikommunistischen Bewegung MAC zusammen, die den Anschluß an Indonesien

verlangte. Und gleichzeitig erhöhte Washington die Militärhilfe für Indonesien!

Am 7.12.1975 begannen die indonesischen Streitkräfte die Invasion Osttimors zu Land, zu Wasser und zu Luft. Etwa 12 Stunden vorher, am 6.12.1975, wurde die Invasion in Djakarta von höchster Stelle selbst abgesegnet: beim Staatsbesuch von US-Präsident Ford und seinem Außenminister Kissinger. Henry Kissinger erklärte öffentlich der Presse: „Die USA verstehen die Haltung Indonesiens in dieser Frage.“ Bis heute stimmten die USA in der UNO gegen alle Resolutionen, die den Rückzug der indonesischen Truppen aus Osttimor und Selbstbestimmung forderten.

Am 31.12.1978, drei Jahre später, wurde der Führer der FRETILIN, Nicolau Lobato, von den indonesischen Truppen umgebracht. Die Truppen waren von US-amerikanischen Militärberatern und Spezialisten in Guerillabekämpfung begleitet worden; unter ihnen ein Radiofachmann der in Darwin, Nordaustralien stationierten Sondergruppe der National Security Agency (NSA). (Die NSA hatte in Bolivien entscheidend dazu beigetragen, Che Guevara über Radiosendungen aufzuspüren.)

Es war den Spezialisten der US-Streitkräfte bekannt, daß die von Lobato befehligte Gruppe einen kleinen Rundfunksender dabei hatte. Dieser Sender wurde ihm zum Verhängnis. Insgesamt begleiteten 1978 mindestens 10 US-Militärberater die indonesischen Einheiten.



Kundgebung der FRETILIN in befreiten Gebieten Ost-Timors 1978

Ein weiterer Beweis für die Urheberchaft Washingtons in dieser Frage ist die Haltung Australiens. Auch dieses US-hörige Land hat sich bedingungslos hinter Indonesien gestellt. Und obwohl die indonesischen Truppen bei der Invasion 6 australische Fernseh- und Zeitungsjournalisten ermordeten, kam kein Wort des Protests über die Lippen australischer Regierungsmitglieder.

Als Abílio Araújo, Wirtschafts- und Sozialminister der Demokratischen Republik Osttimor und Mitglied des Zentralkomitees der FRETILIN 1976 Kampuchea besuchte, stand er vor der menschenleeren Stadt Phnom Penh. Auf Lastwagen wurden die Menschen zur Solidaritätsveranstaltung mit Osttimor herangekarrt. Damals ahnte er nichts von dem grauenhaften Schicksal, das Kampuchea unter Pol Pot beschieden war, der 1/3 der Bevölkerung ermorden ließ. Wie er ebenfalls nicht ahnte, daß sein Volk einen gleich hohen Blutzoll zahlen würde. Mit dem Unterschied, daß der Leidensweg des Volkes von Osttimor noch nicht zu Ende ist...

**Quellen:** Timor-leste independente/FUNU, Lisabon, Revista 1-4 e Boletim 1, East Timor News, Sydney, Nr. 71-73, Apelo do povo de Timor Leste, Lisboa; Document officiel de l'Assemblée générale Nr. A/36/448 „Question du Timor Oriental“, 1981

Horst-Eckart Gross

## Ernesto Che Guevara – der neue Mensch



Che als Guerrillero in der Sierra Maestra (l.); Che im kubanischen Alltag heute

Ernesto Che Guevara, legendärer Mitstreiter Fidel Castros während der kubanischen Revolution in den 50er/60er Jahren, wurde vor 15 Jahren von CIA-Schergen in Bolivien ermordet. Als Idol der Jugend in aller Welt, als Vorbild der Befreiungskämpfer Lateinamerikas ist er unvergessen. Das zeigt unser Beitrag von Horst-Eckart Gross, Berufsverbotsopfer und Vorsitzender der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba.

H.E. Gross hat sich in Gemeinschaftsarbeit mit K.P. Wolf eingehend mit der Biographie Che Guevaras befaßt und sie in Romanform zu Papier gebracht. Titel des soeben erschienenen Buches: Che. Meine Träume kennen Grenzen, Weltkreis Verlag, Dortmund 1982, 220 S., 12,80 DM. Der Roman zeichnet die Lebensstationen, den Internationalismus und Antiimperialismus Che Guevaras nach. Er holt ihn von seinem Denkmal.

Vor 15 Jahren, am 9. Oktober 1967, wurde in Bolivien Ernesto Che Guevara ermordet. Die bolivianische Regierung und der CIA wußten, daß sie ihn damit nicht besiegt hatten. Deshalb sollte nichts an ihn erinnern.

Sein Körper blieb spurlos verschwunden, die kleine Schule in Higuera, in der er erschossen wurde, war wenig später dem Erdboden gleichgemacht. Es waren naive und hilflose Bemühungen, dem Beispiel und der Ausstrahlungskraft dieses Revolutionärs entgegenzuwirken, der einen entscheidenden Einfluß auf die politische Entwicklung in Lateinamerika ausgeübt hat. In Kuba ist er neben Fidel Castro weiterhin eine der populärsten Persönlichkeiten.

Wie in vielen anderen Ländern wurde Che auch in der Bundesrepublik ein revolutionäres Symbol. Er übte einen großen Einfluß auf die Studentenbewegung und die „neue Linke“ der 60er Jahre aus. Heute noch sind Bücher über ihn und von ihm Dauerrenner, auf Plakaten und Buttons ist er bei

Spontis, Kommunisten und Punkern gleichermaßen anzutreffen. Die Faszination, die von dem Symbol Che ausgeht, bleibt ungebrochen. Was aber steht hinter dem Symbol?

Ernesto Guevara de la Serna wurde am 14. Juni 1928 in Rosario/Argentinien geboren. Seine Vorfahren kamen aus Spanien und Irland. Sein Elternhaus war antifaschistisch geprägt.

Auf zahlreichen Reisen, insbesondere bei einer neunmonatigen Lateinamerikareise während seines Studiums, erfuhr er das Elend und die Ausplünderung des Kontinents. Sein damaliges Ziel war es, individuell als Arzt den Armen zu helfen. Nach Beendigung seines Medizin-Studiums 1953 schlug er das Angebot eines Professors aus, Assistent an der Universität und Teilhaber an der Privatpraxis zu werden.

Er wollte zehn Jahre die Welt bereisen, um sich dann als Arzt niederzulassen. Fast zufällig führten ihn seine Reisen nach Guatemala, wo er 1954 den Sturz der fortschrittlichen Regierung unter Jacobo Arbenz durch einen vom CIA inszenierten Putsch erlebte. Dieses Schlüsselerebnis zeigte ihm, daß das Schicksal der ausgebeuteten Menschen Lateinamerikas nur durch eine Revolution zu verändern ist, die insbesondere gegen den Hauptfeind, die USA, gerichtet sein muß. Durch Selbststudium eignete sich Che umfassende Kenntnisse über den Marxismus-Leninismus an. Er war jedoch noch ein potentieller Revolutionär, ohne einen organisatorischen Zusammenhang. Es bedurfte des Kontaktes mit Fidel Castro, um ihn in einen revolutionären Prozeß einzubinden. Guevara wurde Arzt bei der Granma-Expedition (Bootsüberfahrt der Guerrilleros um Fidel Castro von Mexiko nach Kuba im Dezember 1956; d. Red.), wandelte sich jedoch in der Sierra Maestra schnell zum anerkannten Soldaten. Als erster Guerrillero wurde er von Fidel Castro zum Comandante ernannt. Sein Ruf in Kuba war bereits 1958 legendär.



Nach dem Sieg der kubanischen Revolution (Januar 1959; d. Red.) blieb Che zuerst in der Armee, wo er für die politische Ausbildung und für den Aufbau der Milizen zuständig war. Im Oktober 1959 wurde er Leiter der Industrialisierungsabteilung im Agrarreform-Institut INRA, vom November 1959 bis Februar 1961 hatte er das Amt des Präsidenten der Nationalbank inne. Am 23. Februar 1961 übernahm er das neugebildete Industrieministerium, das er zusammen mit der obersten Planungsbehörde JUCEPLAN bis zum März 1965 leitete.

Zwischen 1959 und 1965 reiste Che in zahlreiche Länder, um für die kubanische Regierung politische und wirtschaftliche Verhandlungen zu führen. Zusätzlich zu diesen Funktionen gehörte Che zu den engsten Mitarbeitern Fidel Castros in den wichtigsten politischen Leitungsgremien und blieb einer der obersten Befehlshaber der Rebellenarmee. Er hatte maßgeblichen Anteil an der Vereinigung der drei revolutionären Strömungen Bewegung des 26. Juli, der (kommunistischen) Sozialistischen Volkspartei (PSP) und der Studentenorganisation Revolutionäres Direktorium zu einer einheitlichen revolutionären Organisation, die über die Vereinigte Revolutionäre Organisation (ORI) und die Vereinigte Partei der Sozialistischen Volksorganisation (PURS) zur Kommunistischen Partei Kubas (1965) führte. Weiterhin dürfte er maßgeblich an der Ausprägung des internationalistischen Charakters der kubanischen Revolution mitgewirkt haben.

Neben all diesen Aufgaben hat Che Guevara sich um die theoretische Aufarbeitung der revolutionären Prozesse in Kuba bemüht. Zahlreiche Schriften und Reden belegen dies. Mit dieser Einheit von Theorie und Praxis, die Guevara sein ganzes Leben praktiziert hat, und mit seiner Konzeption eines neuen Menschen kann seine Ausstrahlungskraft auf westeuropäische Intellektuelle miterklärt werden, weniger jedoch seine Popularität in Kuba. Letztere war begründet in seinen militärischen Aktionen, wobei der Sieg über mehr als 3.000 Batista-Soldaten mit etwas mehr als 300 Mann während der Schlacht von Santa Clara im Dezember 1958 ein Höhepunkt war.

Ches Reden zeichnen sich durch Offenheit und selbstkritische Äußerungen aus, sowie durch die Suche nach lebensnahen Lösungen für aufgetretene Probleme. Che verabscheute leere Formeln und schematische Lösungen. Er bemühte sich um die materialistische Analyse. Seine Glaubwürdigkeit wurde unterstrichen durch seinen persönlichen Einsatz, so wie er sich beispielsweise in den ständigen freiwilligen Arbeitseinsätzen ausdrückte.

### Che – ein „Aussteiger“?

Che baute Häuser, webte Textilien, entlud Schiffe, förderte Erze in Gruben. Zusammen mit seiner extremen Bescheidenheit und Genügsamkeit dürften hier Wurzeln dafür zu finden sein, daß Che auch heute praktisch allen Kubanern wohlvertraut ist, auch wenn es keine politische Biographie über ihn in Kuba gibt.

Fidel Castro erklärte am 18. Oktober 1967 den Vorbild-Charakter Ches mit seinem revolutionären Denken, mit seinem eisernen Willen, seiner Zähigkeit und seinem Arbeitsgeist sowie seiner tief verwurzelten internationalistischen Grundeinstellung. Hinzugefügt werden sollte aber auch die teilweise extreme Kompromißlosigkeit, mit der Che Guevara seine Aufgaben anpackte. Doch nicht Aufopferung allein kennzeichnet ihn, sondern dahinter standen Konzeptionen, die er nicht nur durch theoretische Arbeiten propagieren wollte, sondern vorwiegend durch das eigene Beispiel in die Tat umsetzte.

Der Höhepunkt dieser Einheit von Kompromißlosigkeit und

Anforderung an sich selbst, als Beispiel voranzugehen, ist sein Kampf in anderen Ländern. Zuwenig Dokumente sind dazu allgemein zugänglich, als daß eine umfassende Einschätzung heute schon möglich wäre.

Über Ches Aktivitäten im Kongo ist nur gesichert bekannt, daß sie stattgefunden haben. Über den Zeitpunkt gibt es vom CIA lancierte Gerüchte, und über die Hintergründe ist fast nichts bekannt.

Über seine Aktivitäten in Bolivien gibt sein „Bolivianisches Tagebuch“ zwar teilweise sehr detailliert Auskunft, aber die Hintergründe sind ebenfalls fast nicht bekannt. So konnten Spekulationen wild wuchern, die nicht zuletzt mit dem Ziel propagiert wurden, aus Che Guevara noch eine Waffe gegen die kubanische Revolution zu schmieden. Wenn aber etwas gesichert ist, dann die Tatsache, daß der Kampf Ches in anderen Ländern keine Abwendung vom Entwicklungsprozeß in Kuba war. Ganz im Gegenteil.

Che Guevara hat seinen Aufenthalt in Kuba stets als einen zeitlich begrenzten angesehen. Mit dieser Einstellung hat er die Granma betreten. Nach dem Sieg der Revolution hat er

## Che-Guevara-Treff



Anläßlich des 15. Todestages des legendären lateinamerikanischen Revolutionärs Ernesto Che Guevara findet am 24. Oktober 1982 in Hannover ein großes Che-Treffen statt. Veranstalter sind die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) und der MSB Spartakus. Eingeladen sind zahlreiche Persönlichkeiten, alle Solidaritätskomitees und sämtliche Jugendorganisationen, die an den 11. Weltfestspielen 1978 teilgenommen haben – und natürlich alle AIB-Leser. Für sie dürften die zahlreichen Diskussionsforen, mit denen das Treffen beginnt, von besonderem Interesse sein.

Themen dieser Foren bzw. Arbeitsgruppen, die von 10.00 bis 18.00 Uhr im Freizeithaus Vahrenwald tagen, sind u.a.: Che als revolutionäres Vorbild?, Der Neue Mensch oder No future?, Che und das sozialistische Kuba heute, Was bringt uns im Friedenskampf der Guerillero Che?, Die Großmachttheorie und Ches Haltung zum Imperialismus, Die gesellschaftlichen Perspektiven des Befreiungskampfes der Völker, Die Einheit der Linken – eine Utopie?, Der Kampf gegen die US-Intervention in Mittelamerika/Karibik, Befreiungskampf der Palästinenser und der Völker des Südlichen Afrika. In den insgesamt 10 Arbeitsgruppen sollen bevorzugt auch Repräsentanten der antiimperialistischen Solidaritätsbewegung zu Wort kommen.

Für jedes Forum wird im voraus eine Arbeitsmappe erstellt, die allen Teilnehmern zur Verfügung gestellt werden soll. Die Veranstalter bitten um Beiträge und Materialhinweise.

Die Teilnahmegebühr beträgt inklusive Arbeitsmappe 5 DM. Im Anschluß an die Diskussionsforen findet abends ein Che-Konzert in der Eilenrieder Halle in Hannover statt. In einem Kulturprogramm, mit dem Höhepunkt des Auftritts von Manguaré aus Kuba, endet das Che-Treffen.

Im Foyer der Halle wird eine Infothek über die Ergebnisse der Foren vom Tage berichten. Die in der antiimperialistischen Solidaritätsbewegung aktiven Komitees und Initiativen können sich mit Informationsständen selbst darstellen.

Der Eintrittspreis für das Che-Konzert beträgt 10 DM.

Anmeldungen, Beiträge, Hinweise bitte an: SDAJ, Sonnenschein-gasse 8, 4600 Dortmund 1.

sich stets intensiv mit der kontinentalen Strategie des Kampfes gegen den Imperialismus beschäftigt; dies geht aus zahlreichen veröffentlichten Schriften und Reden hervor.

Ausgangspunkt war die Einschätzung, daß die lateinamerikanischen Völker im 19. Jahrhundert gemeinsam gegen die spanische Kolonialmacht gekämpft hatten. Dabei haben Ländergrenzen kaum eine Rolle gespielt, ja sie sind zum Teil erst später entstanden. Wenn nun im 20. Jahrhundert die Völker Lateinamerikas einen gemeinsamen Feind, nämlich den US-Imperialismus, haben, warum soll nicht auch jetzt ein gemeinsamer Kampf der lateinamerikanischen Nation gegen den gemeinsamen Feind stattfinden?

Dieser Standpunkt wurde aber nicht von Che allein vertreten, sondern von der kubanischen Revolution insgesamt. Das zeigen alle einschlägigen Dokumente von der Zweiten Deklaration von Havanna (Februar 1962) bis zum Bericht der kubanischen Delegation zur Konferenz der Lateinamerikanischen Solidaritätsorganisation (OLAS) (August 1967). Hinzu kam die moralische Verpflichtung, durch die Intensivierung des Kampfes gegen den US-Imperialismus einen Beitrag zur Solidarität mit dem Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die USA zu leisten.

Weiterhin wird die These vom „Aussteiger Guevara“ schlicht lächerlich, wenn man die näheren Umstände der Vorbereitung der bolivianischen Guerilla berücksichtigt. Che konnte freiwillige Mitkämpfer anfordern, wo immer er wollte, und er hielt auch in Bolivien enge Kontakte zu Kuba.

Die OLAS-Konferenz in Havanna im August 1967 war auf die Unterstützung des Kampfes der Guerilleros in Lateinamerika ausgerichtet. Hingegen fehlen jegliche konkreten Hinweise auf Differenzen zwischen Che Guevara und der übrigen Führung der kubanischen Revolution.

Der Guerillakampf in Bolivien war ohne Erfolg, auch die spätere Wiederaufnahme des Kampfes durch einige seiner

Gefährten blieb erfolglos. Zahlreiche Guerillafronten waren vor Che in Bolivien gescheitert, und auch nach ihm kämpften viele erfolglos. Die umfassende Analyse dieser Kämpfe steht noch aus. Sicher kann jedoch heute schon festgestellt werden, daß die von Che Guevara maßgeblich mitentwickelten Konzeptionen des revolutionären Kampfes in Lateinamerika die Realität dieses Kontinents entscheidend verändert haben.

Dabei sind nicht nur der Sieg der sandinistischen Guerilleros in Nicaragua (im Juli 1979; d. Red.) oder die Stärke der Guerilla in El Salvador oder Guatemala zu sehen. Grundlegend sind die Veränderungen der strategischen Konzeptionen. Dabei geht es weniger um die abstrakte Frage des bewaffneten Kampfes, welche in Lateinamerika wohl nie ein grundlegendes Problem gewesen war, sondern um die Frage des Subjekts der Revolution, um die Formen des bewaffneten Kampfes, um die Einschätzung der Bourgeoisie im Befreiungskampf sowie um die Einheit der revolutionären Kräfte.

Seine Herausarbeitung der Rolle der Landbevölkerung im revolutionären Kampf ist auch heute noch gültig, während sich bei der Einschätzung der Rolle der Bourgeoisie seit dem Tode Ches einige Veränderungen auf der Grundlage neuer Erfahrungen ergeben haben.

Damit soll angedeutet werden, daß Che weder bestätigt noch widerlegt wurde. Eine solche Fragestellung wäre Che selber zuwider gewesen, denn er zeichnete sich dadurch aus, Konzeptionen stets mit der Realität, mit der Praxis zu konfrontieren, um sie – und sich – weiterentwickeln zu können. Richtiger ist es wohl, davon auszugehen, daß zahlreiche Ideen und Analysen Ches dazu beigetragen haben und auch heute noch dazu beitragen, den Befreiungskampf der Völker Lateinamerikas besser analysieren, verstehen und führen zu können.

4. Jahrgang von Nicaragua Aktuell

# MITTELAMERIKA MAGAZIN

ZEITSCHRIFT FÜR NICARAGUA, EL SALVADOR UND MITTELAMERIKA

Erscheint alle sechs Wochen. Enthält Berichte und Analysen zu Mittelamerika, Termine und Nachrichten aus der Solidaritätsbewegung. Es tritt für die Rechte der Völker Mittelamerikas ein und unterstützt ihren Kampf um Freiheit und Demokratie.

Ich bestelle:

- ... Abo(s) MITTELAMERIKA MAGAZIN, 6 Hefte, 15.00 DM
- ... Solidaritätsabo(s), 20.00 DM

Name: .....

Anschrift: .....

Datum, Unterschrift: .....

Ausfüllen und senden an:

MAGAZIN VERLAG,  
Königsweg 7  
2300 Kiel 1

## Oktober 1952: Aufstand der „Mau-Mau“

„Von 1952 bis 1955 brachen die Mau-Mau-Unruhen aus... Sehr bald herrschte ... der Terror. Auf die terroristische Welle ... reagierte die Regierung (!) von Kenia äußerst heftig. Sie ließ sogar den Belagerungszustand verhängen... Unter großen Anstrengungen gelang es, nach drei bis vier Jahren die Bewegung schließlich aufzureiben.“ Derlei (hier der „Afrika“-Band der „Fischer-Weltgeschichte“, 1966, S.296) bieten bundesdeutsche Druckerzeugnisse bis heute, wenn es darum geht einem wenig informierten Publikum die rechte Sicht in Sachen Befreiungskampf Afrikas nahezubringen.

Das Lehrbeispiel solcher Propagandaszenarien lieferte die Darstellung jenes „Mau-Mau“-Aufstandes in Kenia, der mit der Verhängung des Ausnahmezustandes vor 30 Jahren, am 21. Oktober 1952, durch die britische Kolonialmacht (!) in seine dramatische Phase trat. Die britische Schreckenspropaganda prägte das Bild „des Afrikaners“ nachhaltig.

Der Ursprung des Wortes „Mau-Mau“ liegt im Dunkeln. Angeblich hätten Kinder, die bei einer Eideszeremonie des Kikuyu-Stammes als Späher aufgestellt gewesen waren, durch den sinnlosen Ruf „Mau-Mau“ vor der Polizei gewarnt und ein christlicher Prediger habe diesen Ruf aufgegriffen. Folgt man „Experten“ und selbsternannten „Freunden“ Afrikas wie dem Autor der Fischer-Weltgeschichte oder dem Westberliner Professor F. Ansprenger, so hat es sich bei den „Mau-Mau“ um einen „Geheimbund“ gar „ihren Stämmen entfremdeter Elemente“ gehandelt, bzw. um eine Bewegung, die „im Zeichen eines Rassenkampfes“ (F. Ansprenger) wuchs.

Die britische Kolonialpropaganda stand Pate bei solchen „wissenschaftlichen“ Deutungen. Überlegungen über den Ursprung der Bewegung erübrigen sich da. Dabei konzidiert selbst ein fragwürdiger Autor wie der Schriftsteller Rolf Italiaander, „daß die Hauptverantwortlichen für die Unruhen in Kenia die Siedler, die Siedler, gewesen sind, ähnlich wie in Algerien die Colons“.

In der Tat ist die Geschichte der „Mau-Mau“ die der britischen Siedlungspolitik in Kenia, die Mustern folgte wie sie im Apartheidsystem Südafrikas praktiziert werden. Im Zuge der Einwanderung englischer Siedler wurden die Afrikaner, insbesondere die Angehörigen des Kikuyu-Stammes, aus ihren Gebieten vertrieben, in unfruchtbare Reservationen gepfercht, zu 180 Tagen Zwangsarbeit im Jahr verpflichtet, mit Kopfsteuern belegt und einem System von Spezialausweiskontrollen unterworfen, um sie zur Arbeit auf den Farmen und Plantagen der Europäer zu zwingen. Das einzig ertragreiche Gebiet des Landes, über 40.000 qkm im Hochland, wurde zum „weißen Plateau“, schließlich 1938/39 zum ausschließlich „europäischen Siedlungsgebiet“ erklärt, in dem Afrikaner nur als Arbeitskräfte geduldet waren.

Bereits 1921 regte sich Widerstand gegen die brutale Landraubpolitik der Briten. Es entstand die East African Association, kurz danach eine zunächst auf Stammesbasis beschränkte weitere Gruppe. Einer ihrer Führer war ein junger Mann namens Jomo Kenyatta. 1943 gründeten einige afrikanische Politiker die Afrikanische Union Kenias (KAU), die 1946, nachdem Jomo Kenyatta an ihre Spitze gewählt worden war, zu einer Massenbewegung anwuchs. Zu ihren Hauptforderungen gehörte die nach Siedlungsrechten für die Afrikaner in den fruchtbaren Hochlandregionen.

### Der Galgen regierte in Kenia

Gleichzeitig erstarkte die Gewerkschafts- und Streikbewegung der afrikanischen Arbeiter. 1947 kam es zu einem Generalstreik der Hafendarbeiter in Mombasa. Die antikonkoloniale Bewegung nahm an Stärke zu, wesentlich beeinflusst von dem neuen Selbstbewußtsein der aus dem Krieg zurückgekehrten afrikanischen Soldaten. „Die Dinge werden nie mehr wieder dieselben sein“, klagte eine Studie über die Kriegsteilnehmer im Jahre 1946.

Doch namentlich unter den Jugendlichen des besonders betroffenen Kikuyu-Stammes regte sich Ungeduld angesichts der britischen Unnachgiebigkeit allen konstitutionell vorgebrachten Forderungen gegenüber. Der kenianische Autor Ngugi wa Thiong'o beschreibt diese Entwicklung in einem seiner Romane („Weep not, child“). Etwa 1948 erklang erstmals der Name „Mau-Mau“, war die Rede von geheimen Eideszeremonien, stürzte sich die rechte britische Presse mit erfundenen Schauer geschichten auf das Europäern unheimliche Phänomen.

Das Suaheli-Wort „Uhuru“ (Freiheit) versetzte die Kolonialmacht in



Abtransport von Kenianern in Konzentrationslager

ganz Ostafrika in Unruhe. Sie reagierte mit Repressalien und Verfassungsmanövern. Den wachsenden Einfluß der KAU beantwortete London mit Verhaftungen ihrer Führer, Verboten der von Afrikanern herausgegebenen Zeitungen und Schließung von Schulen, doch der Zulauf hielt an. Am 21. Oktober 1952 verhängte der Gouverneur den Ausnahmezustand.

Die „Mau-Mau“-Kämpfer verübten in erster Linie Morde an Kollaborateuren unter den Afrikanern – die Gesamtzahl der getöteten Weibchen betrug 32. Doch in der internationalen Presse herrschte ein „Rassenkrieg“.

Die britische Luftwaffe bombardierte die Stammesgebiete der Kikuyu. Um sich zu retten, floh die Bevölkerung in das Aberdare-Bergland und schuf bewaffnete Selbstschutzabteilungen – die „Grenzen“ zwischen „Mau-Mau“, der 1952 verbotenen KAU und der übrigen Bevölkerung wurden fließend. Von einer Isoliertheit der „Mau-Mau“, wie die europäische Geschichtsmär glauben machen will, konnte keine Rede sein. Im Gegenteil, „Mau-Mau“ bildete die Spitze einer breiten antikonkolonialen Bewegung und griff zunehmend auch auf andere Stämme über.

Die britische Soldateska und der Galgen regierte in Kenia. Exemplarische Massenhinrichtungen wurden durchgeführt – auf Golf- und Tennisplätzen wurden Galgen errichtet. Schnellgerichte verurteilten über 100.000 Personen – nahezu ein Viertel der erwachsenen männlichen Kikuyu-Bevölkerung; über 1 Mio Kikuyu und Embu wurden in sog. Schutzdörfern unter „Sicherheitsverwahrung“ gepfercht; an die 1.000 Todesurteile wurden vollstreckt, britischer „Sportgeist“ kam in der Übung von Soldaten zum Ausdruck, Kopfgelder für jeden erschossenen Kikuyu zu vereinbaren.

Doch die Politik des Terrors erwies sich als erfolglos. Der beweglichen „Mau-Mau“-Kämpfer wurden die britischen Truppen nicht habhaft, die Verhaftung der KAU- und vermuteter „Mau-Mau“-Führer führte ebenfalls zu nichts, denn die „Mau-Mau“-Bewegung kannte nur schwach ausgebildete organisatorische und Führungsstrukturen.

Parallel zum Kampf im Hochland setzten den Briten die Streikwellen zu. 1953, 1954 und 1955 fanden insgesamt 97 Streiks statt, der größte im März 1955 wiederum in Mombasa. Die Bekämpfung der „Mau-Mau“ bildete einen willkommenen Vorwand, die kenianische Arbeiterbewegung zu zerschlagen. In breit angelegten Verhaftungskampagnen, z.B. „Operation Anvil“, wurden zehntausende Arbeiter überprüft und tausende in Konzentrationslager gesperrt.

Dem britischen Kolonialterror fielen über 11.000 Afrikaner zum Opfer – die britische Propaganda sprach indessen stets nur von den übertriebenen Zahlen der „Mau-Mau“-Opfer. Für F. Ansprenger erwies sich „die britische Staatskunst auf der Höhe ihres Rufes“.

Dem „Mau-Mau“-Aufstand blieb der unmittelbare Erfolg versagt. Eine Befreiungsbewegung wie die algerische FLN etwa war die der „Mau-Mau“ gewiß nicht. Programmatik und politische Praxis waren ihr fremd. Allerdings zwang sie die britische Kolonialmacht zu einigen Reformsätzen, an deren Ende schließlich die Unabhängigkeit Kenias im Jahre 1963 stand.

J. Ostrowsky

## Vietnam/Indochina: Land der Reisfelder

Sieben Jahre nach Beendigung des Indochinakrieges (1954-1975) wollen zwei neuere Bücher – das ist die erklärte Absicht ihrer Autoren – dem Leser helfen, zu einer differenzierteren Sichtweise des Krieges bzw. der gegenwärtigen Situation in Indochina zu gelangen. Cuong Ngo-Anh, *Die Vietcong. Anatomie einer Streitmacht im Guerillakrieg*, Verlag Bernard & Graefe, München 1981, 293 Seiten, DM 28,50

will am Beispiel des „Vietcong“ einen Beitrag zur Aufarbeitung und Bewertung von Ursachen, Verlauf und Folgen des Vietnamkonfliktes liefern. Die Arbeit gliedert sich in eine Darstellung der Gründung der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams (FLN), ihrer politischen und militärischen Organisation sowie der Theorie und Praxis ihrer Kampfführung.



Einer der Leitgedanken des Autors ist es bezeichnenderweise, „auch die dunklen Kapitel der Siegerarmee in angemessener Weise“ zu erhellen, denn der „offizielle Ankläger (nämlich die Republik Südvietnam; d. Verf.), der Interesse hätte, Licht in die dunklen Kapitel der Siegerarmeen zu bringen, ist ... von der Weltbühne verschwunden“ (S.16). Um seiner Intention gerecht zu werden, greift der Autor in seiner sich faktenreichen Darstellung häufig auf Unterstellungen zurück, die im Laufe der Kontroverse um den Vietnamkrieg längst widerlegt wurden.

Ein Beispiel hierfür ist die Darstellung des Tongking-Zwischenfalls von 1964. Obwohl die Pentagon-Papiere eindeutig belegen, daß dieser von der US-Regierung bewußt provoziert worden war, um die Bombardierung Nordvietnams vor der Weltöffentlichkeit zu rechtfertigen, behauptet der Autor, Hanoi hätte „durch die Steigerung des Konflikts in Vietnam die Amerikaner zu einem Angriff auf Nordvietnam zu provozieren“ (S.32) versucht, um die Sowjetunion in den Vietnamkrieg hineinzuziehen. Durchgängig vertritt der Autor die These von der nordvietnamesischen Aggression: „Da die vietnamesische kommunistische Partei ihr Ziel der Wiedervereinigung auch mit diplomatischen Möglichkeiten nicht erreichen konnte, entschloß sie sich zur Anwendung von Gewalt“ (S.33). Unter den Tisch fällt dabei, daß Nordvietnam erst nach Eskalation der Gewalt durch die USA direkt in die Auseinandersetzungen eingriff.

Während Cuong Ngo-Anh bemüht ist, bei jeder Gelegenheit den nordvietnamesischen Streitkräften und der FNL angebliche Verbrechen anzudichten, verharmlost er zugleich die tatsächlichen Verbrechen Südvietnams und der USA. So konstatiert er hinsichtlich der im Rahmen des „Spezialkrieges“ errichteten „Strategischen Dörfer“ lakonisch das Scheitern dieser Strategie. Grund dafür sei u.a., daß sich die Bauern „mit der neuen Struktur (der „Strategischen Dörfer“; d. Verf.) nicht identifizieren konnten“ (S.41), was „zur Flucht aus den Lagern bei jeder sich bietenden Gelegenheit“ und zu „der geringen Neigung der zurückgebliebenen Bewohner, die Dörfer gegen Angriffe zu verteidigen“ (S.41), führte. Daß es bei der Zwangsevakuierung und -internierung unter der Bevölkerung zahlreiche Opfer gab, daß deren Häuser und Felder abgebrannt wurden, bleibt unerwähnt.

Zusammenfassend ist festzustellen: Der Autor stellt den Krieg als einen zwischen Süd- und Nordvietnam ausgetragenen Bürgerkrieg im Zeichen der „Großmächterivalität“ dar, wobei er eine nordvietnamesische Aggression unterstellt, die Stärke der FNL bei der Bevölkerung in erster Linie auf die Schwäche des südvietnamesischen Regimes zurückführt und versucht, die FNL als nordvietnamesischen Fremd-

körper in Südvietnam erscheinen zu lassen. Er bleibt damit weit hinter dem aktuellen Diskussionsstand über die Vietnamfrage zurück. Anders dagegen das Buch von

Günter Giesenfeld, *Land der Reisfelder. Vietnam, Laos, Kampuchea*, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1981, 220 Seiten, 14,80 DM.

Der Autor tritt durch die Vermittlung authentischer Information sowohl „linken“ Mythologisierung als auch proimperialistischen Verdrehungen der Geschichte Vietnams entgegen. Das Buch beschränkt sich dabei weder zeitlich auf die neuere geschichtliche Entwicklung, noch regional auf Vietnam, sondern verdeutlicht dem Leser die wesentlichen geschichtlichen Entwicklungen in Indochina von den Anfängen bis in die heutige Zeit und arbeitet dabei Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den einzelnen indochinesischen Staaten heraus.

Besonderes Gewicht wird den Entwicklungen in Indochina seit dem ersten direkten Eingreifen europäischer Mächte zugemessen. Niemals wird dabei das historische Geschehen im indochinesischen Raum isoliert betrachtet, sondern auch die machtpolitischen Ursachen für das Vorgehen der Kolonialmächte – Konkurrenz untereinander, Ausbeutungsinteressen an Rohstoffen usw. – aufgezeigt. Die materiellen Entbehrungen, welche die indochinesischen Völker unter französischer Kolonialherrschaft ertragen mußten, werden ebenso veranschaulicht wie die Auswirkungen der Kolonialpolitik auf die kulturelle Identität: „Wie die alte Dorfstruktur, so sollte auch das konfuzianische Bildungssystem zerstört werden.“ Der „Analphabetismus breitete sich wieder stark aus; zu Beginn des 20. Jahrhunderts gingen in Vietnam kaum noch 10% der Bevölkerung in die Schule“ (S.70).

Wie wichtig derartige historische Kenntnisse für das Verständnis des heutigen Indochina sind, zeigt das in der aktuellen Diskussion um Kampuchea häufig benutzte Klischee eines unüberwindbaren Hasses zwischen Khmer und Vietnamesen. G. Giesenfeld weist nicht nur auf vielfältige indochinesische Gemeinsamkeiten im Widerstandskampf gegen die französische Kolonialmacht hin. Er zeigt auch, daß „der angeblich jahrhundertalte und unüberwindliche Haß zwischen Khmer und Vietnamesen, der für spätere Herrscher Kampuchreas, wie Lon Nol oder Pol Pot, zum bestimmenden Element ihrer Politik werden sollte, zum großen Teil auf sehr gezielte Maßnahmen der Franzosen zurückzuführen (ist) und von ihnen als Herrschaftsinstrument benutzt worden (war): alle führenden Posten der Exekutive ihres Herrschaftsapparates besetzte die Kolonialmacht in Laos und Kampuchea mit Vietnamesen“, so daß dort die „Herrschaft praktisch von Franzosen und Vietnamesen ausgeübt wurde“ (S.63).

Dem Kampf um die Unabhängigkeit Indochinas gegen den französischen und japanischen Imperialismus ist ein eigenes Kapitel gewidmet. In ihm werden der damalige Stand der Produktionsweise, das Verhältnis von Arbeitern und Bauern sowie die Befreiungsbewegungen und die Parteien dargestellt. Vor allem wird am Beispiel Ho Chi Minhs nachgewiesen, daß der Marxismus Indochina nicht von außen aufgezwungen wurde. Der Marxismus ist „in einer für das Land adäquaten Form durch den patriotischen Widerstand vermittelt worden“, und „niemand war von seinen umfassenden Kenntnissen und Erfahrungen her so gut vorbereitet, den Marxismus in die nationalen Traditionen des Widerstandes einzuführen und den Nutzen zu erkennen, den er für diesen Befreiungskampf haben konnte, wie Ho Chi Minh“ (S.85).

Das Buch enthält ausführliche Darstellungen des französischen Kolonialkriegs in Indochina sowie der US-amerikanischen Aggression von 1954 bis 1975. Eine besonders wertvolle Argumentationshilfe sind G. Giesenfelds aktuelle Erläuterungen zu den Hintergründen des Konflikts zwischen Vietnam und Kampuchea einerseits und des chinesischen Angriffs im Jahre 1979 andererseits. Der Rolle der VR China wird dabei auch historisch auf den Grund gegangen, ohne daß sich der Autor zu vorschnellen oder simplifizierenden Schlußfolgerungen hinreißen läßt.

Was jedoch die aktuelle Konfrontation in der Region betrifft, so ist sein Urteil eindeutig: „Wieder sehen sich die drei indochinesischen Länder einem gemeinsamen Feinde gegenüber. Die VR China, neuerdings in 'Waffenbrüderschaft' mit den USA, ist offensichtlich fest entschlossen, den Wiederaufbau mit der Perspektive des Sozialismus in den drei Ländern, zu dem diese sich in freier Selbstbestimmung entschlossen haben, mit allen Mitteln zu verhindern, Krieg eingeschlossen.“ (S.191)

Günter Giesenfeld hat „ein parteiliches Buch“ geschrieben, wie Erich Fried in seinem Vorwort zu Recht feststellt – ein Buch, dem eine weite Verbreitung zu wünschen ist.

A. Krajczek

## Was will der 6. BUKO?

Für den 17.-21. November 1982 ruft der BUKO-Koordinierungsausschuß zum VI. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen in Mannheim auf. Der Kongreß steht unter dem Motto „Entwicklung heißt Befreiung“.

„Wir wollen die Rolle der BRD in der Dritten Welt aufdecken“, heißt es in dem Aufruf, „ihren Anteil an der Herausbildung und Festschreibung unterdrückerischer Strukturen und internationaler Abhängigkeiten deutlich machen. Dazu müssen wir alle Ebenen imperialistischer Politik einbeziehen: Interessen und Wirtschaftspolitik der deutschen Industrie, deren Rahmenabsicherung durch staatliche Politik und auch die Rolle anderer gesellschaftlicher Kräfte (z.B. Kirchen). Der Schwerpunkt muß aber auf den ersten beiden Bereichen liegen.“ In einem weiteren Schritt soll nach Alternativen zur herrschenden Dritte-Welt-Politik, nach „eigenen Ansätzen zur Veränderung“ gesucht werden.

Insgesamt sind Arbeitsgruppen zu 17 Themenbereichen geplant, zu denen eine Reihe von Vorbereitungsmaterialien erstellt werden. Diese Materialien können bezogen werden bei: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1.

**Aufrufe** mit dem detaillierten Arbeitsgruppenprogramm und den Teilnahmebedingungen können bestellt werden bei: BUKO, Nerstweg 32-34, 2000 Hamburg 50.

## Filmereignis zu Chile

In jeder Hinsicht empfehlenswert ist der neue Spielfilm des „Z“-Regisseurs Costa-Gavras, „Missing – Vermißt“, der im September 1982 in den bundesdeutschen Kinos angelaufen ist. Der Hollywood-Streifen spielt vor dem historischen Hintergrund des Militärputsches in Chile 1973. Am Beispiel des jungen US-Bürgers Charles Horman, der durch Zufall an geheime Informationen über die Verwicklung der US-Botschaft und des CIA in das Putschgeschehen gelangt, wird das Schicksal tausender Verschwundener und Ermordeter exemplarisch dargestellt.

Die Spuren führen ins Fußballstadion von Santiago, dem KZ der Militärs, wo Horman schließlich ermordet wird. Sein Vater Edward, ein konservativer und gutsituierter New Yorker Geschäftsmann, stößt bei den Nach-



„Missing“-Regisseur Costa-Gavras

forschungen nach seinem Sohn auf unumstößliche Beweise, daß die Mörder in der US-Botschaft sitzen. Er gelangt zu der für US-Streifen ungewöhnlichen Erkenntnis: Nicht menschliches Versagen, Korruption oder moralische Schwachstellen im American Way of Life sind verantwortlich, sondern die US-amerikanische Politik ist vom System her verbrecherisch. Prädikat „Besonders wertvoll“.

## Honduras

Die fortgesetzten Aktionen der Konterrevolution gegen Nicaragua und El Salvador von honduranischem Gebiet aus nahmen am 23.8.1982 40 Bremer Bürger zum Anlaß, das dortige honduranische Konsulat symbolisch zu besetzen. Aufgerufen zu dieser Aktion hatte das Bremer Nicaragua/El-Salvador-Komitee, das darauf hinwies, daß honduranische Truppen direkt in El Salvador gegen die Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) eingesetzt werden.

## Guatemala

Günter Herterich, SPD-MdB und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, gab bei einem Aufenthalt in Guatemala Ende Juli 1982 folgendes zum besten: „Das Volk und die Regierung Deutschlands sind sehr erfreut über die positiven Veränderungen, die sich unter dem neuen Regime von General Rios Montt abgezeichnet haben. Die Bundesrepublik hat großes Interesse daran, wirtschaftliche Hilfe an die Länder Zentralamerikas zu leisten... Wir wissen, daß unter Präsident Rios Montt eine Politik verfolgt wird, in der den Menschenrechten ein bevorzugter Platz eingeräumt wird.“

Angesichts von 500 Ermordeten im Monat nach dem Putsch vom 23. März d.J. scheint dieser SPD-Abgeordnete hier die Reagan'sche Menschenrechtsdefinition anzuwenden. Daß G. Herterich der Militärdiktatur nicht aus Unwissenheit zu Hilfe eilt, sondern eher wohl den Boden für eine aktivere Unterstützung der Bundesregierung für das Mordregime bereiten will, zeigt allein schon die Tatsache, daß er Abonent des AIB ist.

## Südafrika-Aktionsbeispiele

Mülheimer und Duisburger Schüler beschäftigten sich mit Südafrika und stellten ihre Positionen mit mehreren Aktionen der Öffentlichkeit dar. Verschiedene Termine und Erfahrungen der Schüler werden in der Dokumentation „Südafrika – Was geht uns das an?“ (140 S.) ausführlich beschrieben.

Nicht so sehr als Sammlung von Fakten über das Apartheid-Regime, sondern als interessantes Beispiel ist es für die Arbeit von Schülern, Lehrern und Solidaritätsinitiativen eine nützliche Hilfe. Es kann zum Selbstkostenpreis von 8,80 DM plus Porto bei der Informationsstelle Südliches Afrika, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1 bestellt werden. Ferner ist über die Aktionen der Schüler ein gleichbetitelter Film bei G. Meißner, Sandstr. 1, 4330 Mülheim/Ruhr zu entleihen.

## Aktuelle Buchtips: Nicaragua



Kurz vor dem 3. Jahrestag des Sieges der sandinistischen Revolution in Nicaragua erschienen einige empfehlenswerte Bücher.

Das neue Nicaragua hat die Broschüre: „...und lernen die Freiheit, Zwei Jahre Revolution in Nicaragua, Informationsbüro Nicaragua e.V., Wuppertal, 64 S., 3 DM zum Thema. Sie behandelt knapp aber präzise die Aufbaufolge im Rahmen der Wirtschaftsprogramme, der Agrarreform, der Gesundheitspolitik oder des Aufbaus der Massenorganisationen. Hervorzuheben ist das gut aufgearbeitete Zahlen- und Quellenmaterial. Die Alphabetisierung in Nicaragua untersucht das Buch: Lore Schultz-Wild, Die zweite Befreiung, Jugenddienstverlag, 204 S., 9,80 DM. Es enthält Tagebuchaufzeichnungen über den Unterrichtsablauf, seine Vorbereitung. Es stellt einige Alphabetisatoren vor, informiert über die Alltagsprobleme im sozialen und gesundheitlichen Bereich sowie über die Tätigkeit der lokalen Massenorganisation. Ein dokumentarisches, hautnahes Bild des täglichen Lebens in Nicaragua.

Zur Rolle der Kirchen im Befreiungskampf erschien:

**Nicaragua: Revolution und christlicher Glaube**, Verlag Otto Lembeck, 204 S., 19,80 DM. Der Band dokumentiert u.a. die Stellungen lateinamerikanischer Christen und Kirchen zu den revolutionären Entwicklungen in Nicaragua anlässlich eines ökumenischen Treffens 1980 in Managua.

Desweiteren sind zwei Bildbände zu nennen. Der eine,

**Perry Kretz, Barfuß zum Sieg**, Hannibal Verlag, 128 S., 19,80 DM,

dokumentiert die Kämpfe in den letzten Tagen bis zur Revolution. Sergio Ramirez liefert in seinem Vorwort eine gute Übersicht über die Geschichte, vor allem über die wenig bekannte Zeit nach der Ermordung Sandinos. **Carlos Rincon/Krista Tebbe (Hrsg.), Vor uns die Mühen der Ebene**, Peter Hammer Verlag, 224 S., 28,80 DM

verdient ganz besondere Aufmerksamkeit. Hier haben vortreffliche Fotografen faszinierende Bilder bereitgestellt – vom Leid, vom Krieg, vom Sieg der Revolution und dem Triumph, vom Aufbau des Landes und seinem Alltag. Eingerahmt werden die Fotos von Aufsätzen profilierter Autoren wie Sergio Ramirez, Antonio Skarmeta oder Ernesto Cardenal über die Geschichte der Revolution und den revolutionären Prozeß heute.

## Papua-Neuguinea



Michael Somare, unter dessen Führung Papua-Neuguinea 1975 von Australien unabhängig geworden war, ist am 2.8.1982 vom 109-Sitze-Parlament wieder zum Premierminister gewählt worden. Seine Vereinigte Partei von Papua und Neuguinea (Pangu-Partei) hatte bei den Juni-Wahlen 52 Sitze (1977: 35) gewonnen und verfügt nun in Koalition mit 9 Unabhängigen und 5 Vertretern der Vereinigten Partei (UP) über eine komfortable Mehrheit. Verlierer der Wahl ist der bisherige Premierminister J. Chan, dessen Volkspartei (PPP) 11 ihrer ehemals 21 Sitze abgab.

M. Somares Regierung ist mit gravierenden Problemen konfrontiert. Wegen sinkender Weltmarktpreise sind die Exporteinnahmen seit 1980 um 40% gefallen, die Auslandsverschuldung erreichte 1,5 Mrd DM. Die uneingeschränkte Öffnung des Landes für ausländische Kapitalanlagen hat den Multis die Kontrolle über die reichen Bodenschätze beschert und die nationale Kleinindustrie geschädigt. Im Gefolge steigender Arbeitslosigkeit wuchs die Kriminalität.

## Bolivien

Nach dem Machtantritt General Guido Viloso Calderóns (siehe AIB 7-8/1982, S. 82) halten die Aktionen verschiedener Gesellschaftssektoren gegen die Wirtschaftspolitik und für den Rücktritt der Militärs an.

Angesichts einer Inflationsrate von 80% führten die Bauern Aktionen gegen den Erzeugerpreisstopp für Agrarprodukte durch. Ein Streik der Transportunternehmer für eine Erhöhung der Busfahrpreise um 200% wurde mit Massendemonstrationen beantwortet. Die Bergarbeitergewerkschaft führte am 27. und 28. August d.J. einen Streik gegen die Wirtschaftspolitik und für vorgezogene Wahlen durch.

Aufgrund des Massendrucks hat sich die Regierung bereit erklärt, die Wahlen vorzuziehen und über den vom Gewerkschaftsverband COB vorgeschlagenen Wahltermin (5.12.1982) zu verhandeln. Gleichzeitig kündigte sie an, die Wahlen nicht nach dem gültigen Wahlrecht von 1980 abzuhalten, sondern nach dem von 1965, das eingeführt wurde, um den Sieg des Regierungskandidaten abzusichern.

## Nikaragua

Anlaß zu neuen Auseinandersetzungen zwischen der Amtskirche und Anhängern der Revolution gab eine Affäre, an der der antisanidinistische Sprecher des Erzbistums, Pater Bismarck Carballo, beteiligt war. Er war am 11. August 1982 zusammen mit einer Frau, beide nackt, auf der Straße gefilmt worden, nachdem der Ehemann sie überrascht hatte. B. Carballo behauptete später, er wäre gezwungen worden, sich auszuziehen.

Dies nahmen am 16. August d.J. Schüler und Mitglieder der konterrevolutionären Demokratischen Bewegung Nikaraguas (MDN) zum Anlaß, um aus Protest gegen die „antichristliche“ Haltung der Regierung mehrere katholische Schulen zu bestreiken und zu besetzen. Als in Massaya 15.000 Personen gegen diese Aktionen protestierten, wurde aus dem Salesianerkolleg auf sie geschossen und 2 Personen getötet. Daraufhin wurden 81 Personen festgenommen und der spanische Direktor des Kollegs des Landes verwiesen.

Diese Vorfälle sind Teil einer Strategie der konterrevolutionären Kräfte, über die Amtskirche Teile der Christen in Opposition zur Revolution zu bringen (siehe AIB 7-8/1982, S.12). Zu diesem Zweck wird versucht, Priester, die die Revolution unterstützen, und die kirchlichen Basisgemeinden zu disziplinieren. In diese Auseinandersetzung griff schon Wochen vor den erwähnten Zwischenfällen der Papst ein, indem er in einem Brief vor der Entstehung einer Volkskirche warnte. In diese Strategie paßt auch die Reaktion des US-Außenministeriums, das in Verdrehung der Tatsachen die Ereignisse als eine „neue Stufe in der Eskalation der Unterdrückung und der Gewalt seitens der sandinistischen Regierung“ bezeichnete.

## Mexiko

Am 20. August 1982 ist Mexiko knapp am Staatsbankrott vorbeigeschlittert. In Verhandlungen mit Vertretern von mehr als 100 Banken in New York erreichte das mit 80 Mrd Dollar höchstverschuldete Land der Welt einen Zahlungsaufschub für Kreditrückzahlungen von etwa 10 Mrd Dollar, die in den nächsten drei Monaten fällig geworden wären. Die mexikanische Zahlungsunfähigkeit ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Einkünfte aus dem Erdöllexport, mit dem die ehrgeizigen Investitionsprogramme finanziert werden sollte, in den letzten Monaten weit hinter den Erwartungen zurückblieben. Zusätzlich zu dem Schuldenaufschub hat die mexikanische Regierung neue internationale Kredite mobilisiert: 4,5 Mrd Dollar vom Internationalen Währungsfonds (IMF), 1 Mrd von der US-Regierung als Vorauszahlung auf zukünftige Erdöllieferungen, 1 Mrd Dollar von US-Banken und 1,5 Mrd Dollar von den Zentralbanken westeuropäischer Länder und Japans. Als Bedingung für das – anders als im Falle Polens – prompte Entgegenkommen der internationalen Banken wird Mexiko ein Sparprogramm nach typischem IMF-Muster in Kauf nehmen müssen. Zugleich wird sein politischer Handlungsspielraum gegenüber den USA, sowohl was die Lieferbedingungen für Erdöl als auch was die betont antiinterventionistische Haltung gegenüber Mittelamerika betrifft, drastisch eingeschränkt.

## Peru

Seit dem Frühjahr d.J. macht die Guerillagruppe „Sendero Luminoso“ durch Aktionen in der Bergbauregion von Ayacucho von sich reden. Seit der Sendero im März d.J. aus einem Gefängnis 250 Insassen befreite, herrscht dort der Ausnahmezustand. Im August d.J. gelang dem Sendero gar die Lahmlegung der gesamten Stromversorgung in der Hauptstadt Lima, wo prompt ebenfalls der Ausnahmezustand verhängt wurde.

Der maoistische Sendero scheint wegen seiner Aktionsformen innerhalb der Linksparteien und der Gewerkschaftsbewegung weitgehend isoliert zu sein. Viele befürchten, daß der Sendero mit seinen Aktionen nur den Boden dafür bereitet, daß dem Militär eine Rückkehr zur Macht erleichtert wird.

## Dominikanische Republik

Am 16. August 1982 trat Salvador Jorge Blanco sein Amt als neuer Präsident der Dominikanischen Republik an. Jorge Blanco war im Mai d.J. als Präsidentschaftskandidat der sozialdemokratisch orientierten Dominikanischen Revolutionären Partei (PRD) siegreich aus den Wahlen hervorgegangen. Er ist Nachfolger von Jacobo Majluta, der seit dem mysteriösen Selbstmord von Antonio Guzmán am 4. Juli d.J. als Interimspräsident fungiert hatte.

Gleich nach dem Guzmán-Selbstmord hatte die US-Botschaft in Santo Domingo dem putschbereiten Militär zu verstehen gegeben, daß Washington keine Beeinträchtigung des verfassungsmäßigen Regierungswechsels wünsche. Anlässlich seiner Amtseinführung brachte J. Blanco zum Ausdruck, daß er die „exzellenten Beziehungen“ zu den USA fortzusetzen gedenke, einem „Land, das wir trotz der historischen Umstände, die uns zum Zusammenstoß geführt haben (gemeint ist die US-Intervention 1965; siehe AIB 5/1980, S. 36; d. Red.), bewundern und respektieren.“ (Le Monde, Paris, 18.8.1982) Entsprechend besitzen für ihn Schritte wie beispielsweise die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Kuba „keine Priorität“.

Stattdessen wird die neue Regierung dem krisengeschüttelten und hochverschuldeten Land (488 Mio Dollar) ein Austeritätsprogramm des Internationalen Währungsfonds verordnen. Dazu gehören neben einer unvermeidlichen Abwertung des Dominikanischen Peso, die zur weiteren Steigerung der Lebenshaltungskosten führen wird, die Entlassung



Jorge Blanco, neuer dominikanischer Präsident

von 30% der im öffentlichen Sektor Beschäftigten, ein einjähriger Lohnstopp, Lohnkürzungen für die oberen Staatsangestellten, ein Importverbot für die dominikanischen Grundnahrungsmittel Reis, Bohnen, Schweine- und Hühnerfleisch sowie eine höhere Besteuerung von Vermögen und Luxusgütern.

## Waffenhandel

Die Sowjetunion lieferte die meisten Waffen in die Dritte Welt. Zu diesem Ergebnis kam ein im Auftrag des US-Außenministeriums angefertigter Geheimdienstbericht im August 1982. Der Trick: Verglichen werden nicht der Wert, sondern die Stückzahlen gelieferter „Waffensysteme“. Zu diesen zählen je nach Bedarf Flugzeuge, Raketen, Schiffe, Panzer etc. Bereits in der Studie wurde eingeräumt, daß die US-Waffenexporte – in Dollareinheiten gerechnet – 20% über den sowjetischen liegen. James Bruckley, Vizestaatssekretär für Sicherheitsfragen im US-Außenministerium, gab bei der Präsentation des Berichts vor der Presse sogar noch mehr zu: Tatsächlich würde diese Differenz 100% betragen.

## China-USA

Nach monatelangen Geheimverhandlungen einigten sich die USA und die VR China über die strittige Taiwanfrage und deren zukünftige Behandlung. In einer gemeinsamen Erklärung vom 17.8.1982 heißt es, daß die Waffenlieferungen der USA an Taiwan das Ausmaß der vorangegangenen Jahre nicht übertreffen bzw. ständig herabgesetzt werden sollen (1979 erhielt Taiwan Waffen und Ersatzteile in der bisherigen Rekordhöhe von 800 Mio Dollar). China verpflichtet sich, eine Wiedervereinigung mit der Insel grundsätzlich auf friedlichem Wege zu vollziehen.

Der Leiter der Fernostabteilung im US-Außenministerium, Holdridge, sagte vor dem Kongreß, die neue Formel sei für beide Seiten zufriedenstellend. Präsident Reagan fügte hinzu, daß „eine starke und dauerhafte Beziehung“ mit Peking „lebenswichtig ist für unsere langfristigen nationalen Sicherheitsinteressen hinsichtlich der zunehmenden Bedrohung seitens der UdSSR“. (Zit. nach: U.S. News & World Report, Washington, 30.8.1982) Das Weiße Haus betonte demgegenüber, daß Taiwans Sicherheit – festgelegt im Taiwan Relations Act – nicht in Frage gestellt sei, da das neue Shanghai-Kommuniqué die USA nicht davon abhalte, weiter Waffen an Taiwan zu liefern. So hat die Reagan-Administration den Verkauf von 60 F-5E Überschall-Jagdflugzeugen im Wert von 240 Mio Dollar an Taipei angekündigt.

Die Volksrepublik China will daran festhalten, sich gegenüber der Außenwelt nicht abzuschließen, und ihre Verbindungen mit anderen Ländern weiter ausbauen. Das sagte Deng Xiaoping, stellvertretender Vorsitzender der KP Chinas in seiner Rede zur Eröffnung des 12. Parteitag am 1.9.1982 in Peking. Als Hauptaufgaben der 80er Jahre nannte er außer der inneren Modernisierung Chinas das Bemühen um Wiedervereinigung, insbesondere mit Taiwan, und den Kampf gegen den „Hegemonismus“ (gemeint ist die UdSSR; d. Red.).

## Südafrika: Ruth First zum Gedenken



Ruth First (M.) mit ANC-Generalsekretär W. Sisulu (L.) im Jahr 1956

Am 17. August 1982 wurde Ruth First in Maputo/Moçambique Opfer eines Mordanschlags, hinter dem der südafrikanische Geheimdienst NIS und der US-Geheimdienst CIA stehen.

Ruth First wurde beim Öffnen einer Briefbombe tödlich verletzt. Absender des Anschlags war das in Washington residierende African Center of Bibliography – eine Einrichtung des CIA, die regelmäßig hunderte afrikanischer Intellektueller mit dem Periodikum Sadex beschickt. Als die Briefbombe in ihren Händen explodierte, befanden sich gleichzeitig Aquino de Bragança (Direktor des Zentrums für Afrikanische Studien der Universität Maputo) und mehrere seiner Mitarbeiter in den Räumen des Studienzentrums. Sie wurden teilweise schwer verletzt.

Ruth First, Mutter von drei Töchtern, war eine der prominentesten Gegnerinnen des südafrikanischen Apartheidregimes. Als langjähriges führendes Mitglied des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) und der Südafrikanischen Kommunistischen Partei spielte sie eine wichtige Rolle in der Kongreßbewegung

der 50er Jahre und wirkte an der Vorbereitung und Durchführung des Volkskongresses in Kliptown am 26. Juni 1956 mit. Nachdem sie Ende der 50er Jahre zum erstenmal verhaftet worden war, verließ sie Südafrika und bekämpfte seither von ihrem Londoner Exil aus den Apartheidstaat. Seit den 60er Jahren hat sie mehrere Bücher über Afrika veröffentlicht und sich auf internationalen Konferenzen als Anklägerin der westlichen Zusammenarbeit mit Südafrika weltweite Anerkennung erworben. Zusammen mit ihrem Mann, dem ANC-Führer Joe Slovo, stand sie deshalb seit langem auf der Abschußliste des südafrikanischen Geheimdienstes. In Moçambique arbeitete sie zuletzt an einem Forschungsprojekt über moçambiquanische Wanderarbeiter im Südlichen Afrika und die Verhältnisse in den südafrikanischen Bergwerken.

Ruth First bleibt ein Vorbild für alle Journalisten und Wissenschaftler, die sich der Sache der Befreiung Südafrikas verpflichtet wissen. Das Attentat auf sie reiht sich ein in ähnliche Mordanschläge auf die ANC-Vertretungen in London (März 1982) und Swasiland (Juni 1982).

## Seychellen

Neun Monate nach der von Südafrika organisierten Söldner-Aggression (siehe AIB 1/1982, S.58) scheiterte in der Inselrepublik Seychellen ein weiterer Putschversuch. In der Nacht vom 17. zum 18. August 1982 rebellierten Armeeeinheiten einer Garnison, besetzten eine Radiostation und forderten Veränderungen in der politischen Führung des Landes.

Obwohl der Putschversuch im Inneren der Seychellen seinen Ausgang nahm und die Umstände im einzelnen noch nicht geklärt sind, deuten erste Indizien auf eine neuerliche, diesmal indirekte ausländische Beteiligung. Bezeichnenderweise war die betroffene Garnison nach der Aggression vom November 1981 mit der Bewachung der internierten südafrikanischen Söldner beauftragt. Nach der Zeugenaussage eines Verantwortlichen des von den Putschisten vorübergehend besetzt gehaltenen Radios Seychellen standen die Putschisten während ihrer Aktion in telegrafischem Kontakt mit einem südafrikanischen „Journalisten“. Sie kündigten ihre Absicht an, alle Söldner zu befreien, und forderten Hilfe von Südafrika und Großbritannien.

## Tschad

Nach der Eroberung der Hauptstadt des Tschad, N'Djamena, am 7.6.82 durch die Truppen Hissène Habrés (FAN) zeichnet sich noch immer keine Lösung des Konflikts ab. H. Habré hat mit Abdelkader Kamougué, dessen Truppen (FAT), den Süden des Landes beherrschen und mit dem Demokratisch-Revolutionären Rat (CDR), dessen Führer Acyl Ahmat am 19.7. d.J. ermordet wurde, in Libreville/Gabun bisher ergebnislose Gespräche über eine Aussöhnung aufgenommen. Gleichzeitig finden Kämpfe statt innerhalb der FAT sowie zwischen Teilen der FAT und den Truppen des CDR. Goukouni Oueddei, ehemaliger Präsident des Tschad, der in Algerien im Exil lebt, hat es abgelehnt, mit H. Habré zu verhandeln, und versucht stattdessen, alle fortschrittlichen Kräfte um die Nationale Befreiungsfront des Tschad (Frolinat) zu vereinen, um den Kampf wiederaufzunehmen. Während Frankreich und die USA H. Habré de facto als rechtmäßigen Präsidenten anerkennen, lehnten die Delegationen auf dem Anfang August d.J. gescheiterten OAU-Gipfel in Libyen eine Anerkennung H. Habrés ab.

**1** iteraturherbst 1982: Gibt es nach Peter Weiss nur noch die Ästhetik des kleinsten Widerstands? Den Jahrmarkt der kleinen Wahrheiten? Ist die Literatur endgültig von der allgemeinen Krise eingemacht? · Literatur zwischen Kulturimperialismus und neuer deutscher Welle, oder: was lesen die 400.000 Friedensdemonstranten? · Mythisches, Märchenhaftes, Phantastisches, Science Fiction, Pädagogik-, Mütterlichkeits- und Psychoboom. · Wer schreibt mir (35 J., alleinstehend, 1 Kind, Sozialarbeiterin, wohnhaft in...) mein Buch? · Theater heute: Warum muß man sich dieses forsche Gelispel und die Stellungskämpfe in einem geschlossenen Raum ansehen? · Bedingt zurechnungsfähig: Schriftsteller für den Frieden · Rezensionen und konkrete Literaturtips

**Autoren:** Heinar Kipphardt, Hermann Peter Piwitt, Gerd Fuchs, Walter Boehlich, Michael Schneider, Christel Dormagen, Karin Reschke, Yaak Karsunke, Jörg Huffschmid, Günter Herburger, Volkmar Sigusch, Michael Scharang, Bernt Engelmann, Jörg Sandkühler, Martin Walser, Hermann L. Gremliza

## LITERATUR KONKRET:

Ab 5. Oktober 1982 an jedem Kiosk

**Konkret**  
**literatur**  
1982/1983 7 MARK



**AUTOREN:**  
Hermann Peter Piwitt  
Günter Herburger  
Hermann Kant  
Christel Dormagen  
Gerd Fuchs  
Walter Boehlich  
Bernt Engelmann  
Hermann L. Gremliza  
Gisela Breittling  
Hans-Christoph Buch  
Jörg Huffschmid  
Paul Kersten  
Michael Schneider  
Karin Huffsky  
Jörg Sandkühler  
Michael Scharang  
Hans Heinz Holz  
Volkmar Sigusch  
Heinar Kipphardt  
Martin Walser

**Literatur des kleinsten Widerstands?**

|  |   |  |  |
|--|---|--|--|
| Zwischen Kulturimperialismus und neuer deutscher Welle | Mythologien, Märchen, Mütterlichkeit, Science Fiction und Phantasy: die Kellergeister schlagen zurück | Bedingt zurechnungsfähige Schriftsteller für den Frieden | Der Jahrmarkt der kleinen Wahrheiten<br>Theater heute: forsches Gelispel und Stellungskämpfe |
|--|---|--|--|